Kathrin Voss,
Peter Hurrelbrink (Hrsg.)

Die digitale Öffentlichkeit Band II

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Herausgeber:
Kathrin Voss
Peter Hurrelbrink

Die digitale Öffentlichkeit Band II

Wie das Internet unsere Demokratie verändert

Editorial / *Dr. Peter Hurrelbrink* 3
Vorwort / *Dr. Kathrin Voss* 4

01 / Digitalisierung aller Lebensbereiche – Die Herausforderung für den Gesetzgeber
Prof. Dr. Wolfgang Schulz 13

02 / Digitalpolitik wird erwachsen
Lars Klingbeil 25

03 / Digital Citizens - ein neuer Typ individueller politischer Kommunikation. Ergebnisse einer Langzeit-Panelstudie
Prof. Dr. Gerhard Vowe 31

04 / Von Hashtags zu E-Petitionen - Personalisierung von Protest online / *Prof. Dr. Sigrid Baringhorst* 43

05 / Zukunftsweisende Entwicklung: die Standardisierung von e-Partizipationsprozessen
Eva Panek & Charlotte Bolwin 51

06 / Die sozialen Medien und das Partizipationsparadox
Dr. Jan-Hinrik Schmidt 57

07 / Veränderungen der persönlichen Öffentlichkeit durch soziale Netzwerke aus Sicht von Facebook
Eva-Maria Kirschsieper 65

08 / Troll, Partner und Kunde – vom spannungsreichen Verhältnis zwischen Publikum und Journalismus / *Prof. Dr. Volker Lilienthal* 71

09 / Chancen der Digitalisierung in der Arbeitswelt / *Andrea Nahles* 77

10 / Kreativ und frei? Zwischen Amazon und illegalem Download – Vom wirtschaftlichen Überleben Kreativer im digitalen Zeitalter
Matthias Politycki 85

11 /KREATIVPAKT – es geht nicht nur um Vergütung und Soziale Sicherung / *Siegmund Ehrmann* 95

12 / Der Staat öffnet sich
Kirsten Wohlfahrt 103

13 / Vertrauen und Sicherheit im Internet – Die Basis. Oder: Kommt es darauf nicht mehr an?
Matthias Kammer 111

14 / „Big Data“ und Datenschutz
Dr. Moritz Karg 119

15 / Daten — der Rohstoff der Zukunft. Wie nutzen und bändigen wir die Datenflut?
Marco Maas 127

Veranstaltungen 2012 - 2015 138
Impressum 144

Fußnoten

Interessante Webseiten

Literatur-empfehlungen

Editorial

Die Digitalisierung breiter Teile der Öffentlichkeit ist noch nicht einmal zwanzig Jahre alt, dennoch hat sie uns und unser Zusammenleben bereits fundamental verändert. Digitalisierung meint kein neues Medium oder schöne neue Geräte, denen wir jeden Tag stundenlang unsere Aufmerksamkeit widmen. Digitalisierung steht für ein neues Zeitalter, für ungeahnte neue Öffentlichkeiten, in denen wir heute leben – mit all ihren Möglichkeiten und Schönheiten und mit all ihren Risiken und Schattenseiten.

Welche Auswirkungen hat das digitale Zeitalter auf den einzelnen Menschen, auf unsere Gesellschaft und auf unsere Demokratie? Das ist die leitende Fragestellung, die das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung seit einigen Jahren in der Veranstaltungsreihe „Die digitale Öffentlichkeit“ aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln untersucht. Im Jahr 2011 haben wir einen ersten Sammelband[1] über die Diskussionen und Erkenntnisse unserer Reihe herausgebracht. Mit diesem zweiten Band greifen wir die Themen auf, die uns seit Erscheinen der ersten Publikation beschäftigt haben.

Wir bedanken uns bei allen Referentinnen und Referenten, die bei der Veranstaltungsreihe bislang mitgewirkt haben, und vor allem bei jenen, die diese Publikation mit ihren Beiträgen möglich gemacht haben. Ein besonderer Dank gilt Kathrin Voss, die in den letzten Jahren die einzelnen Veranstaltungen moderiert, die Interviews geführt und die Texte für diesen Band gesammelt hat. Susanne Wurlitzer hat diese, wie schon in Band I, anschaulich gestaltet und illustriert, damit die Lektüre erneut nicht nur intellektuell, sondern auch ästhetisch anregend ist.

1 **Abzurufen als PDF-Datei unter: http://tiny.cc/digioeff_1**

DR. PETER HURRELBRINK
Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vorwort

Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle Lebensbereiche: Wir lesen morgens unsere Zeitung auf dem Tablet. Wir teilen unseren Freunden unser aktuelles Befinden per Statusmeldung auf Facebook mit. Wir kaufen online ein und lesen in der U-Bahn den neuesten Roman als E-Book. Wir unterstützen per Mausklick eine E-Petition und teilen per Twitter der Welt unseren Unmut über ein bestimmtes Thema mit. Das Internet ist zum festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Laut ARD-ZDF-Onlinestudie sind 79 Prozent der Deutschen online.[1] Durchschnittlich ist ein Internetnutzer an 5,9 Tagen in der Woche online und verbringt jeden Tag nahezu drei Stunden im Netz. Dazu trägt sicherlich auch die Tatsache bei, dass inzwischen jeder zweite Onliner auch von unterwegs auf das Netz zugreift.

Mit der noch immer stetig wachsenden Zahl von Nutzern und immer neuen Anwendungen stellt die Digitalisierung die Gesellschaft und die Politik vor immer neue Herausforderungen. Wie auch schon im ersten Band, versucht diese Publikation der Frage nachzugehen, welchen Einfluss die Digitalisierung auf unsere Gesellschaft hat. Wie verändert sich unsere Demokratie? Welche Chancen stecken in der digitalen

Oft verbunden mit dem Versprechen auf Fortschritt und Verbesserungen, erzeugen die neuen Technologien doch auch Ängste.

Kommunikation, aber natürlich auch welche Risiken? Doch auch wenn Politik und Demokratie im Mittelpunkt stehen, greift dieser Band auch die Veränderungen in anderen Bereichen auf, in der Arbeitswelt ebenso wie im persönlichen Alltag der Menschen. Die weltweite Vernetzung, neue Geschäftsideen und eine ansteigende Informationsflut verändern unser Verhalten und unsere Sicht auf die Welt. Oft verbunden mit dem Versprechen auf Fortschritt und Verbesserungen, erzeugen die neuen Technologien doch auch Ängste.

Eine ganze Reihe von Beiträgen in diesem Band beschäftigt sich mit der Frage, wie die Politik, wie der Gesetzgeber auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren kann. Eine Reaktion war das Einsetzen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft", die der Bundestag 2010 beschlossen und mit einem umfangreichen Auftrag versehen hatte – von Medienkompetenz über Datenschutz bis hin zur Arbeitswelt wurden die verschiedensten Themen betrachtet und Empfehlungen erarbeitet.[2] Prof. Dr. Wolfgang Schulz war von 2010 bis 2013 als Experte in der Enquete-Kommission. Mit ihm sprachen wir über die Ergebnisse der Enquete, über die aktuellen Herausforderungen für den Gesetzgeber und die Bedeutung nationaler Regelungen für ein globalisiertes Netz.

Eine Konsequenz aus der Enquete-Kommission war die Einrichtung eines Ausschusses „Digitale Agenda" beim Deutschen Bundestag[3], der sich seit 2015 mit den verschiedenen Feldern der Netzpolitik beschäftigt. Dass Netzpolitik längst kein Thema nur für ein paar Technik-Nerds ist, sondern eben die Gesellschaft in vielen Bereichen betrifft und beeinflusst, das erläutert der Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil, Sprecher der SPD im Ausschuss „Digitale Agenda", in seinem Beitrag.

Digitale Daten sind ein Thema, das sich durch viele Veranstaltungen der Reihe „Die digitale Öffentlichkeit" gezogen hat. Die Frage, wie wir Nutzer mit unseren persönlichen Daten umgehen, kam ebenso vor, wie Fragen dazu, wie der Gesetzgeber die Daten seiner Bürger schützen kann und wie der Staat selbst mit Daten umgeht. Nicht erst seit der NSA-Affäre stellen sich viele Menschen die Frage, wo sie im Netz Spuren hinterlassen und wer was mit ihren Daten macht. Ganz grundsätzlich widmet sich daher der Beitrag von Matthias Kammer vom Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet der Frage, wie Vertrauen im Internet entstehen und gesichert werden kann und welche Erwartungen die Menschen an Politik und Unternehmen haben. Dabei ist das

1 http://www.ard-zdf-onlinestudie.de
2 Schlussbericht der Enquete: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf
3 https://www.bundestag.de/ada

Verhalten der Menschen in Sachen Datenschutz durchaus widersprüchlich, gehen wir doch zum Teil sehr sorglos mit unseren privaten Informationen im Netz um. Gleichzeitig sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Datenschutz als ein sehr wichtiges Thema an.

Während die Politik sich vor allem mit Fragen der Regulierung der neuen digitalisierten Welt beschäftigt, müssen sich Bürgerinnen und Bürger in den neuen Kommunikationswelten zurechtfinden. Wer heute am Leben teilhaben möchte, kommt meist gar nicht mehr darum herum, im Netz auch

Während die Politik sich vor allem mit Fragen der Regulierung der neuen digitalisierten Welt beschäftigt, müssen sich Bürgerinnen und Bürger in den neuen Kommunikationswelten zurechtfinden.

selbst aktiv zu sein und dabei hinterlassen wir alle Datenspuren. Soziale Netzwerke aber auch andere Internetanwendungen zwingen jeden, sich mit der Frage zu beschäftigen, was eigentlich zur Privatsphäre gehört. Wo beginnt die eigene Privatsphäre und wo endet sie? Wem gehören eigentlich die Daten, die bei der Nutzung der verschiedensten Internetanwendungen erzeugt werden? Dringlicher werden diese Fragen durch die zunehmende Bedeutung von Daten für die Wirtschaft, aber auch für die Politik. „Big Data", die gezielte Auswertung großer Datenmengen, ist da das Schlagwort. In wohl kaum einem anderen Bereich liegen das Versprechen auf Fortschritt und Nutzen für die Allgemeinheit und die Ängste vor Missbrauch und Kontrollverlust so nahe beieinander. Die einen betonen das große wirtschaftliche Potenzial von „Big Data" und bezeichnen Daten als wichtigsten Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Gleichzeitig gibt es immer wieder Beispiele für fehlerhafte Rückschlüsse aus den Datenmengen. Mit der Frage, welche Konsequenzen „Big Data" für den Datenschutz hat,

beschäftigt sich der Jurist und Datenschützer Dr. Moritz Karg. Dass wir die Analyse von Daten nicht nur als Bedrohung sondern auch als Chance sehen können, das hat uns Datenjournalist Marco Maas im Interview erklärt.

Für Journalisten stellen Daten eine besondere Herausforderung und auch eine Chance dar, umso mehr als auch der Staat immer mehr Daten öffentlich macht. Transparenzgesetze, wie das in Hamburg, lassen das Amtsgeheimnis zunehmend verschwinden. Der Staat öffnet sich, auch wenn sich dieser Kulturwandel erst allmählich vollzieht. Kirsten Wohlfahrt vom Government 2.0 Netzwerk Deutschland erläutert, welche Chancen in „Open Data" liegen, also in der öffentlichen Bereitstellung von staatlichen Daten, die vormals nur Behörden und Politikern zugänglich waren. Natürlich ist diese Öffnung des Staates nicht an die Digitalisierung geknüpft, aber sie wird durch sie befördert. Es entstehen Strukturen für eine neue politische Transparenz, die allerdings auch eine neue Form von Medienkompetenz oder fachkundige „Dolmetscher" erfordert.

Ob „Big Data" oder „Open Data" – der Dschungel der digitalen Informationsflut weckt den Bedarf an kundigen Experten. Die klassische Aufgabe des Journalismus – zu recherchieren, zu berichten und zu erklären – bekommt durch die Digitalisierung eine noch höhere Bedeutung. In einer Zeit, in der

Ob „Big Data" oder „Open Data" – der Dschungel der digitalen Informationsflut weckt den Bedarf an kundigen Experten.

viele Informationen nur einen Mausklick entfernt sind, sollte sich der Journalismus also eigentlich einer hohen Nachfrage erfreuen, aber die Digitalisierung hat die Medien vor ganz eigene Herausforderungen gestellt. Sie verlangt nicht nur nach neuen Geschäftsmodellen, das Publikum fordert inzwischen auch selbstbewusst den Dialog mit den Medienmachern. Dass

dieser Dialog aber längst nicht von allen Medien wahrgenommen wird und auch nicht immer konfliktfrei verläuft, zeigt Prof. Dr. Volker Lilienthal anhand von Ergebnissen aus einer Studie zum digitalen Journalismus.

Journalismus ist auch ein Beispiel dafür, wie stark die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert. Es entwickeln sich völlig neue Branchen. Digitale Produkte und Dienstleistungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auf der anderen Seite werden zahlreiche Branchen und Arbeitsplätze bedroht, weil Technologie nicht nur Erleichterung, sondern zunehmend auch Ersatz für die menschliche Arbeitskraft ist. Diese Entwicklung wird mit Begriffen wie Industrie 4.0 und Arbeiten 4.0 versehen und stellt eine weitere Herausforderung für Politik und Gesellschaft dar. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zeigt in ihrem Beitrag die Chancen der Digitalisierung in der Arbeitswelt auf, betont aber auch die Notwendigkeit, diese Entwicklungen von politischer Seite zu lenken und zu regulieren.

Wie eine solche politische Lenkung aussehen könnte, zeigt Siegmund Ehrmann, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien, in seinem Beitrag zum „Kreativpakt". Denn in keiner anderen Branche hat das Internet und die damit verbundenen Technologien die Arbeit bereits heute so stark beeinflusst wie in der Kreativwirtschaft. Der Kreativpakt ist der Versuch, Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Digitalisierung dieses Arbeitsfeldes zu finden. In der Kreativwirtschaft zeigt sich auch ein Problem, das die Digitalisierung in vielen Bereichen hervorbringt: Regelungen, die über Jahrzehnte funktioniert haben, werden auf einmal in Frage stellt. Das beste Beispiel dafür ist das Urheberrecht. Die einfachen Möglichkeiten der Vervielfältigung und der Verbreitung digitaler Inhalte macht es zunehmend schwierig, ein Urheberrecht durchzusetzen, das aus vordigitalen Zeiten stammt. Mit dem Schriftsteller Matthias Politycki haben wir daher darüber gesprochen, wie er als Kreativer die Auswirkungen der Digitalisierung empfindet, welche Chancen und Risiken er sieht, aber auch wie eine Lösung aussehen könnte.

Zu den neuen Kommunikationswelten, in denen sich die Menschen heute bewegen, gehören auch die sozialen Netzwerke und andere Social Web-Angebote. In ihnen informieren wir uns nicht nur, sondern sie sind auch eine Plattform für die Selbstdarstellung. Fotos oder Geschichten, die wir früher im direkten Freundeskreis erzählt haben, teilen wir heute online mit großen Kreisen von Freunden und Bekannten und zum Teil mit jedermann. Wie diese Veränderungen der persönlichen Öffentlichkeit aus Sicht eines sozialen Netzwerkes wie Facebook aussehen, zeigt der Beitrag von Eva Maria Kirschsieper. Dabei wird auch klar, dass der Staat zwar den Datenschutz regeln kann, wir als Nutzer aber auch „Datenkompetenz" erwerben müssen und uns unserer Handlungen im sozialen Web bewusster werden müssen.

Menschen schaffen sich durch die Nutzung sozialer Medien ihre eigene „persönliche Öffentlichkeit", sie präsentieren sich selbst, pflegen Beziehungen und beteiligen sich an gesellschaftlichen Diskursen. Dies führt zu einem Partizipationsparadox, wie Jan-Hinrik Schmidt in seinem Beitrag erläutert. Denn auch wenn die Möglichkeiten sich in den sozialen Medien zu beteiligen – politisch und gesellschaftlich – enorm gestiegen sind, die Räume, in denen dies stattfindet, werden überwiegend von kommerziellen Plattformen zur Verfügung gestellt. Ihre Nutzung bezahlen wir meist mit unseren Daten und müssen dabei die Regeln befolgen, die wenige meist global agierende kommerzielle Akteure bestimmen. Sie legen die Grenzen unserer Teilhabe fest.

Mehr Partizipation und mehr politische Informiertheit – das waren Vorstellungen, die schon recht früh mit dem Internet verbunden worden sind. Politisch gut informiert zu sein

wurde schon immer als eine grundsätzliche Voraussetzung für die Demokratie angesehen. Das Informationsangebot hat sich durch das Internet ohne Frage enorm vergrößert. Neben den traditionellen Medien, die auch im Web höchst aktiv sind, können Bürgerinnen und Bürger sich auf den Webseiten von Politikern, Parteien und Organisationen direkt informieren. Mit dem Zuwachs an politischer Information ist die Hoffnung verknüpft, der so besser informierte Bürger würde sich auch

Mit dem Zuwachs an politischer Information ist die Hoffnung verknüpft, der so besser informierte Bürger würde sich auch vermehrt politisch beteiligen.

vermehrt politisch beteiligen. Ob das wirklich so ist, beleuchtet Prof. Dr. Gerhard Vowe in seinem Beitrag. Basierend auf den Ergebnissen einer Langzeit-Panelstudie zeigt er, dass die schweigende Mehrheit auch in Zeiten einfacher Beteiligung per Mausklick weiterhin schweigt. Auf der anderen Seite entsteht mit dem „Digital Citizen" ein neuer Typ von Bürger, der sich nicht nur politische Informationen im Internet besorgt, sondern sich auch im Netz politisch engagiert und damit die traditionellen politischen Akteure wie Parteien vor besondere Herausforderungen stellt. Eine Reaktion auf diese Entwicklung aber auch auf die Forderungen der Bürger nach mehr Beteiligung insgesamt, sind sicherlich die ersten Versuche, Partizipationsangebote im Netz zu machen. Wie so etwas aussehen kann und welche Erfahrungen mit dem Verfahren „Liquid Democracy" gemacht wurden, das vermitteln Eva Panek und Agnieszka Niezgoda in ihrem Beitrag.

Auch außerhalb von eher formalen Bürgerbeteiligungsverfahren bieten sich dem Bürger im Internet viele Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren. Eine E-Mail-Aktion von Greenpeace unterstützen, eine E-Petition auf Change.org starten, über Facebook-Gruppen oder Tweets seinen politischen Unmut äußern – schön längst findet Protest nicht mehr nur auf der Straße statt. Im Internet scheint politischer Protest schnell und unkompliziert zu sein und entsprechend folgt eine Protestwelle der nächsten. Auch Protest aus anderen Ländern erreicht uns umgehend, wenn Demonstranten in Kiew oder Kairo ihre Bilder über YouTube und Twitter um die Welt schicken. Wie sich durch das Internet Protest zunehmend personalisiert und welche Folgen das hat, erläutert Prof. Dr. Sigrid Baringhorst in ihrem Beitrag.

Viele Entwicklungen, über die unsere Autorinnen und Autoren in diesem Band schreiben, stehen erst am Anfang. „Big Data" oder „Arbeit 4.0" sind heute noch eher Schlagworte für Prozesse, die gerade erst begonnen haben und bei denen weder deren Ende noch die Auswirkungen für Gesellschaft und Demokratie wirklich absehbar sind. Insofern ist dieser Band der Versuch, den aktuellen Stand der digitalen Öffentlichkeit und der Digitalisierung unserer Lebenswelten zu dokumentieren, im Bewusstsein, dass dies längst nicht der Endpunkt ist, sondern die Entwicklung weiter voranschreiten wird und Gesellschaft und Demokratie in Zukunft vor immer neue Herausforderungen stellen wird.

DR. KATHRIN VOSS

ist selbstständige Beraterin, spezialisiert auf den Non-Profit-Bereich, berät vor allem NGOs, Verbände und Behörden bei ihren Kommunikationsaktivitäten. Sie lehrt außerdem an der Universität Hamburg und erforscht Protestkommunikation.
www.kathrinvoss.de

01

Digitalisierung aller Lebensbereiche – Die Herausforderung für den Gesetzgeber

EIN INTERVIEW MIT PROF. DR. WOLFGANG SCHULZ (AUGUST 2015)

Die Digitalisierung erfasst immer mehr Lebensbereiche, das hatte auch der Deutsche Bundestag erkannt und in der 17. Legislaturperiode die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“[1] damit beauftragt, die Auswirkungen des Internets auf Politik und Gesellschaft zu beraten und Empfehlungen für das Parlament zu erarbeiten. Medienrechtler Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung in Hamburg und des Alexander-von-Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft in Berlin, war als Experte dabei. Mit ihm haben wir über die Arbeit der Enquete, ihre Wirkung zwei Jahre nach Abschluss, aber auch über die Herausforderungen der Digitalisierung für den Gesetzgeber gesprochen.

Sie waren als Experte in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Welche Erfahrungen haben Sie in der Enquete gemacht?

Sehr interessant fand ich, wie die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten und den Experten verlief. Mir war nicht klar, dass davon ausgegangen wird, dass man – zugespitzt formuliert – als Wissenschaftler die Texte schreiben soll, während die Abgeordneten sich darüber unterhalten, wo die politischen Schwerpunkte zu setzen sind. Auf der anderen Seite gab einem das Schreiben natürlich auch wieder eine Menge Möglichkeiten, den Prozess mitzugestalten und tatsächlich auch Inhalte einzubringen. Was mir auch noch aufgefallen ist, und das würde ich heute definitiv anders machen, ist die Tatsache, dass man sich sehr genau überlegen muss, auf welchem Abstraktionsniveau man die Texte gestalten will. Diese Enquete hatte das Problem, dass man versuchte, das Thema enzyklopädisch anzugehen, was einfach nicht funktioniert.

1 **Die Webseite der Enquete-Kommission ist beim Bundestag archiviert: http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=2944&id=1223**

Die Enquete hatte einen sehr breiten Arbeitsauftrag – die Themen reichten von Medienkompetenz über Datenschutz bis hin zur Arbeitswelt und Green IT. Entsprechend gab es auch keinen Abschlussbericht im herkömmlichen Sinne, sondern zwölf Berichte von den einzelnen Arbeitsgruppen. Zeigt uns das auch, wie komplex und alle Lebensbereiche durchdringend die Digitalisierung inzwischen ist?

Ja, auf jeden Fall. Man sieht dem Auftrag der Enquete an, dass das Parlament nach und nach immer mehr Fragen angesammelt hatte und gesehen hat, dass eben alle Lebensbereiche und auch alle Politikbereiche von Internetfragen betroffen sind. Das spiegelte sich in dem Auftrag wider, den man nur vernünftig erfüllen konnte, wenn man Schwerpunkte setzt. Das ist nicht immer so gut gelungen, allerdings finde ich einige Abschlussberichte schon sehr interessant und eigentlich auch wert, dass man sich jetzt zwei Jahre nach Abschluss der Enquete noch mal damit auseinandersetzt. Das gilt zum Beispiel für das Thema Urheberrecht. Leider stürzen Diskussionen über das Urheberrecht und seine Reform immer wieder auf einen Stand unterhalb dessen ab, was wir da schon erreicht hatten. Wir haben da schon die sehr weitreichende Feststellung getroffen, dass man das Urheberrecht gar nicht komplett anders konzipieren muss, was ja immer mal wieder gefordert wird. Auch in der digitalen Gesellschaft müssen die Rechte von Kreativen und Werkschöpfenden geschützt werden. Auf der anderen Seite haben auch Vertreter der Verwerter, also zum Beispiel der Musikindustrie, akzeptiert, dass die Art, wie das im Augenblick durchgesetzt wird, nicht zukunftstauglich ist. Das, finde ich, ist schon eine ganze Menge, ganz abgesehen von konkreten Vorschlägen, die der Bericht enthält.

Das Urheberrecht den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen, ist eine der großen Herausforderungen der Digitalisierung. Lässt sich da wirklich eine Lösung finden und umsetzen? Welche Rolle können dabei Verwertungsgesellschaften wie die GEMA spielen?

Für bestimmte Bereiche ist es unausweichlich, dass man mit Verwertungsgesellschaften arbeitet. Aber so wie diese im Augenblick funktionieren, sind sie nicht immer besonders effektiv und auch nicht durchgehend effizient.

Was wir in dem Bericht beschrieben haben, zum Teil getragen von allen, ist meines Erachtens die einzige Lösung. Erstens, man bekennt sich dazu, dass wir das Urheberrecht, so wie es jetzt existiert, im Prinzip weiterhin brauchen – also den Schutz von geistiger Kreativität und der Leistung, die in Werken hineingeht. Aber es muss auch anerkannt werden, dass in einer digitalen Gesellschaft das Interesse an einfachem Informationszugang, an Zugang zu Inhalten, etwa um damit weitere kreative Werke zu schaffen, stärker berücksichtigt werden muss, als das beim bisherigen Urheberrecht der Fall ist.

Im Bereich der Rechtsdurchsetzung haben wir vorgeschlagen, ein modulares System einzuführen. Das ist ziemlich kompliziert und lässt sich nicht so einfach erklären, aber es bedeutet im Prinzip, dass es bestimmte Bereiche gibt, in denen wir das Recht nicht durchsetzen können oder der Eingriff in Freiheitsrechte durch die Kontrolle zu intensiv wäre. Dazu müssen wir Wege finden, solche Nutzungen zu genehmigen, also beispielweise auch sehr umfangreiche private Nutzungen. Da können dann Verwertungsgesellschaften oder andere kollektive Mechanismen dafür sorgen, den Wert weiterhin den Werkschaffenden zuzuweisen. Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, in denen man das Recht auf traditionelle

Weise weiter durchsetzen kann, also auch mit Abmahnungen. Da muss aber klar gestellt werden, dass es nicht zum Missbrauch des Abmahnwesens kommt, so wie das heute zum Teil der Fall ist. Wir haben in der Enquete ein relativ differenziertes System vorgeschlagen, was allerdings leider immer noch nicht in einer Reform umgesetzt wurde.

Wie schätzen Sie insgesamt die Wirkung der Enquete ein – zwei Jahre nach dem Abschluss?

Also die Wirkung der Enquete ist sehr, sehr schwach für das, was da erarbeitet wurde. Das muss man leider so sagen. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen war das Timing ungünstig. Der Bericht wurde im Bundestag ins Plenum gegeben, zu einer Zeit, in der gerade andere Themen wichtiger waren und es eine Krise gab. Zum anderen ist das Ergebnis dann eben auch so komplex, dass ich den Eindruck habe, dass viele Abgeordnete es nicht so richtig wahrgenommen haben. Das einzige wirklich handgreifliche Ergebnis ist, dass es jetzt einen ständigen Internet-Ausschuss im Bundestag gibt. Leider – das ist zumindest mein Eindruck – machen die aus ihrer Rolle auch recht wenig. Dabei hätte dieser Ausschuss die Möglichkeit, viel mehr zu tun, weil die Kompetenzen bei der Bundesregierung so zersplittert sind, es aber nur einen Ausschuss zu dem Thema gibt.

Ist das wieder das Problem der Komplexität und der Überschneidung der Themen mit den Aufgabengebieten anderer Ausschüsse?

Ja, diese Ubiquität ist natürlich für alle Internetthemen eine Schwierigkeit. Das ist ein Problem der gesamten

Netzpolitik und der parlamentarischen Bearbeitung dieser Themen. Je stärker das Internet Bestandteil aller Lebensbereiche ist, desto stärker wird auch in den einzelnen Politikfeldern selbst eine Auseinandersetzung damit stattfinden und dann eben nicht in einem Ausschuss, der sich querschnittsartig mit Netzfragen auseinandersetzt. Ich glaube, was so ein Ausschuss oder auch eine Enquete schaffen kann, ist dem Parlament Know How zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gibt es natürlich auch einige Themen, bei denen dieser Ausschuss federführend sein könnte, wenn es zum Beispiel um den Netzausbau geht oder auch um die Netzneutralität oder das Innovationspotenzial von netzgetriebenen Geschäftsmodellen.

Die Enquete hat ja auch im Verfahren neue Wege beschritten und das Thema Bürgerbeteiligung nicht nur von außen betrachtet, sondern auch selbst ausprobiert. Sitzungen wurden als Live-Stream übertragen. Es gab einen Blog und als so genannte 18. Sachverständige konnten sich Bürgerinnen und Bürger über das Adhocracy-Tool einbringen. Die Zahl der Teilnehmenden war eher gering und blieb hinter den Erwartungen zurück. Wie haben Sie die Beteiligungsverfahren erlebt?

Ich fand es extrem interessant zu sehen, wie so ein parlamentarisches System damit umgeht. Da lernt man zum Beispiel, dass ein Parlament in Teilen auch von seiner eigenen Verwaltung gesteuert wird. Zum anderen konnte man sehen, dass die Fraktionen sehr unterschiedlich offen dafür sind. Im konservativen Lager gab es da anfangs eher Bedenken, auch sehr grundsätzlicher Art, und auf der anderen Seite gab es dann auch so eine Art Übereuphorie. Das hat sich im Laufe der Diskussion dann aber auch abgeschliffen.

Ähnliches gilt für die Forderung nach maximaler Transparenz. Das durchzog die ganze Enquete, der Wunsch, alles müsse transparent sein. Dann wurde deutlich, dass es einer Abstufung bedarf. Also kein Mensch kann ein Interesse daran haben, dass in den einzelnen Arbeitsgruppen so gearbeitet wird wie im Plenum, wo auf einmal mental umgeschaltet wird, nur noch die politische Darstellung in die Kamera eine Rolle spielte und Kompromisse, die vorher mühsam erarbeitet worden waren, dann da zum Teil wieder gefährdet worden sind. Das Verhalten der Politiker hat sich vollständig verändert, wenn die Öffentlichkeit per Live-Stream dabei war. Es herrschte dann nur noch die Logik von Regierung und Opposition, ein Machtspiel. Da ist vielen deutlich geworden, dass Transparenz auch negative Folgen haben kann und dass es im Prinzip ein wohlgeordnetes System geben muss. Das heißt, dass man natürlich so viel Transparenz wie möglich hat, aber es auch Formen von Öffentlichkeit geben muss, etwa in den Arbeitsgruppen, bei denen nur die Tagesordnung und das Protokoll veröffentlicht werden. Das ist dann immer noch eine große Transparenz, aber keine, die dazu führt, dass man sofort in diese politischen Selbstdarstellungslogiken verfällt.

Das war der eine Punkt, der zweite Punkt war die Qualität und Quantität von Partizipation. Es gibt auch schon Studien darüber, dass der quantitative Aspekt bei Partizipation oft überschätzt wird, während die Frage, was Partizipation qualitativ beitragen kann, meist unterschätzt wird. Den Eindruck hatte ich auch bei der Enquete. Partizipation wird immer ganz stark – von Politikern und Bürgern – als Mitentscheiden angesehen. Das erklärt vielleicht auch die recht geringe Beteiligung. Wenn ein Ausschuss nichts zu entscheiden hat, dann macht da auch keiner mit. Dabei wird unterschätzt, wie

bedeutsam es ist, eine gemeinsame Erkenntnisbasis für Entscheidungen zu erarbeiten. Dafür kann Partizipation meines Erachtens viel mehr leisten.

Der dritte Punkt ist die Glaubwürdigkeit. Bei allen Partizipationsangeboten ist die Motivation entscheidend und die liegt überwiegend darin, dass meine Stimme gehört wird und dass die Beteiligung einen Unterschied macht. Daher ist es wichtig, glaubwürdige Partizipationsangebote zu machen und das funktioniert nur, wenn man das gesamte Verfahren darauf einstellt. Es reicht nicht, Unterlagen zum Kommentieren ins Netz zu stellen, weil es dann passieren kann, dass man Rückmeldung zu Fragen bekommt, die längst abgeschlossen sind und man gar nicht weiß, wie man damit umgehen soll. Man muss also den Ablauf so abstimmen, dass man immer Zeit hat, das Feedback der Bürger auch einzubauen. Ansonsten wird es ganz schnell zu einer Partizipationsattrappe.

Was für Menschen haben sich da denn als 18. Sachverständiger beteiligt? Eher Experten oder eher Jedermänner und -frauen?

Beides. Auf jeden Fall ist nicht das passiert, was man zum Teil befürchtet hat, dass es nämlich vor allem professionelle Lobbyisten sind, die sowieso die Möglichkeit haben, ihre Interessen einzubringen, und diesen Kanal zusätzlich bespielen. Das war nicht der Fall. Das war schon sehr vielfältig, von den Themen und den Vorschlägen. Das waren sicher zum Teil Leute, die in den Themen tief drin stecken, zum Teil aber auch Leute, die sich einfach für ein Thema interessieren.

Ein Thema der Enquete war auch die Internationalität des Internets. Es ist eben ein globales Netz und viele Anbieter

kommen aus den USA. Reicht da nationales Recht aus oder brauchen wir mehr internationale Regelungen?

Aus meiner Sicht wird die Rolle des nationalen Rechts zum Teil unterschätzt. Nehmen wir Google als Beispiel. Die werden in Deutschland permanent zivilrechtlich verklagt und stellen sich dem auch. In vielen Bereichen wie dem Persönlichkeitsrecht gibt es keine strukturellen Probleme mit der Anwendung nationalen Rechts. Der Nationalstaat ist da gar nicht so ohnmächtig, wie das manchmal dargestellt wird. Klar kann die Internetkommunikation, wenn sie grenzüberschreitend ist, zu Jurisdiktionskonflikten führen, weil ein Staat etwas so regelt und ein anderer so. Das ist eine Entwicklung, die sich zuspitzen wird. Da ist zum Beispiel das so genannte Recht auf Vergessenwerden, das der Europäische Gerichtshof 2014 entschieden hat. Der französische Datenschutzbeauftragte hat Google jetzt dazu verpflichtet, dass bei entsprechenden Anfragen die Verlinkungen auch bei google.com gelöscht werden sollen. Das heißt im Prinzip, dass bei google.com alles herausgenommen werden muss, was irgendwo auf der Welt von einem Gericht oder von einer nationalen Behörde als problematisch angesehen wird, zum Beispiel auch von islamistischen Staaten oder Diktaturen. Da müssen wir uns noch mal die grundsätzliche Frage stellen, wie wir mit so etwas umgehen wollen.

Das Recht auf Vergessenwerden zeigt aber auch, dass wir zunehmend hybride Mischformen der Regelbildung bekommen werden. Der EuGH hat gesagt, Suchmaschinen sind verantwortlich und wenn sie verantwortlich sind, dann müssen sie selber handeln, d.h. sie müssen sich selber überlegen, nach welchen Regeln sie eigentlich entscheiden. Diese Regeln, die da unternehmensintern entstehen, sind eine Mischung aus europarechtlichen Überlegungen, aus deutschem Recht und natürlich spielt auch das First Amendment, also die Meinungsfreiheitsgarantie in der US-Verfassung, eine Rolle. So entsteht dann eine private Regulierung auf Basis von ganz unterschiedlichen rechtlichen Konzepten.

Ganz unterschiedliche Vorstellungen soll auch die EU-Datenschutz-Grundverordnung verbinden, die sich gerade in der Abstimmung zwischen Rat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission befindet. Die ist der Versuch, das wichtige Thema Datenschutz zumindest EU-weit einheitlich zu regeln und ganz unterschiedliche Vorstellungen von Datenschutz unter einen Hut zu bekommen. Kann das funktionieren?

Von der Datenschutz-Grundverordnung würde ich mir jetzt nicht so furchtbar viel versprechen. Die ist nach dem letzten mir bekannten Entwurf dem Grundsatz nach zwar verhältnismäßig strikt, hat aber inzwischen über 30 Ausnahmen, wo die Mitgliedsstaaten wieder irgendetwas anders regeln können. Außerdem liegt der Verordnung ein eher altmodischer Ansatz von Datenschutz zu Grunde. Das Problem im Bereich Datenschutz ist, dass der so polarisiert erscheint, dass man im Prinzip nicht über neue Konzepte nachdenken kann. Jeder, der neue Konzepte vorschlägt, wird schnell dargestellt, als jemand, der den Datenschutz wegrasieren will. Man hat überhaupt gar keine Chance auf einen rationalen Diskurs. Ich hätte mir von der Datenschutz-Grundverordnung erhofft, dass sie mal sehr grundsätzlich nach dem Verhältnis von Personen und Daten fragt und dann ein modernes, eher risikoorientiertes Konzept dazu entwickelt.

Ist ein Problem vielleicht auch die Rasanz der technischen Entwicklung? Schafft das Internet nicht vielfach schneller neue Tatsachen, als der Gesetzgeber mit Regelungen hinterher kommt?

Ja, das stimmt, aber das ist eigentlich schon immer so gewesen und das hängt auch ein bisschen davon ab, welchen Regulierungsanspruch man hat. Wenn es einem gelingt, bestimmte Sachverhalte grundsätzlich, also auf der Ebene von generellen Regeln und Prinzipien zu organisieren, dann kann man auch heute noch eine ganze Menge wirksam regulieren. Das Bürgerliche Gesetzbuch war ja auch in der Lage, so komplexe Dinge wie Leasing abzubilden, ohne dass man dafür gesetzliche Änderungen brauchte. Das Problem ist aber auch die Regelungstechnik, weil wir immer versuchen, in Gesetzen alles differenziert und genau abzubilden. Das führt dann dazu, dass man sich eben nicht schnell den Entwicklungen anpassen kann. Wichtiger wäre es daher, sich auf Prinzipien und Grundkategorien zu einigen.

Was sehen Sie in diesem Feld als größte Herausforderung für den Gesetzgeber an?

Ich glaube, gerade für Deutschland mit der Problematik „EU, Bund, Länder" ist das Entscheidende, dass es einen kohärenten Rahmen gibt. Das ist die Hauptherausforderung. Es besteht das große Risiko, dass an unterschiedlichen Stellen irgendetwas gemacht wird, was für sich genommen sinnvoll sein kann, aber überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem steht, was an anderen Stellen passiert. Das ist die reglungstechnische Seite. Von den Reglungsinhalten finde ich die spannendste Herausforderung, ob man es schafft, Regelungsziele unter veränderten Bedingungen innovationsfreundlich zu erreichen. Wir haben nach meinem Eindruck heute häufig den Reflex, wenn eine disruptive Entwicklung – wie man heute so schön sagt – kommt und sie die Regelungsziele nicht erfüllt, dass sie verboten werden muss. Der eigentlich intelligente Weg müsste sein, beispielsweise Dienste wie die Ferienwohnungsvermittlung „AirBnB" oder den Fahrdienstvermittler „Uber" so zu regulieren, dass ich die Vorteile – für die Wertschöpfung und für den Verbraucher – erhalte und gleichzeitig dabei sicherstelle, dass die Arbeitsbedingungen fair sind, dass der Verbraucher geschützt ist, dass die Sicherheitsstandards stimmen und so weiter. Wie kann ich es schaffen, dass die Regelungsziele erreicht werden, ohne dabei Innovationen abzuwürgen? Das ist für Deutschland die größte Herausforderung und zwar eine, bei der Wissenschaft und Politik zusammen arbeiten sollten, um gute Regulierungskonzepte zu entwickeln.

PROF. DR. WOLFGANG SCHULZ

studierte in Hamburg Rechtswissenschaft und Journalistik. Seit November 2011 hat Wolfgang Schulz die Universitätsprofessur „Medienrecht und Öffentliches Recht einschließlich ihrer theoretischen Grundlagen" an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg inne. Er ist Direktor des Hans-Bredow-Instituts und des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft.
www.hans-bredow-institut.de
www.hiig.de

02

Digitalpolitik wird erwachsen

Wie die Digitalisierung in der Mitte des politischen Diskurses angekommen ist.

VON LARS KLINGBEIL

Es ist erstaunlich, wie schnell sich das Mega-Thema Digitalisierung in den vergangenen vier bis fünf Jahren auch in der Politik entwickelt hat. Noch im Jahr 2010 standen netzpolitische Themen eher am Rand. Eine kleine Gruppe von Abgeordneten beschäftigte sich damit und kämpfte neben den etablierten Politikfeldern um Einfluss und Aufmerksamkeit. Im Jahr 2015 gibt es einen eigenen Ausschuss für Internetthemen im Bundestag. Es gibt eine Digitale Agenda der Bundesregierung. Es gibt drei Internetminister, die sich um das Thema reißen, und es gibt in Kürze auch ein digitales Grundsatzprogramm der SPD. Es ist das erste dieser Art in der deutschen Parteienlandschaft.

Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik und kein Nerd-Thema für ein paar Technik-Interessierte. Das haben die, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, immer wieder gepredigt. Inzwischen hat sich diese Erkenntnis durchgesetzt. Das Internet und die Digitalisierung sind mitten auf der politischen Agenda angekommen.

In Zukunft gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen Online und Offline. Mit dem Internet der Dinge wird sich praktisch alles um uns herum vernetzen. Vom Smartphone, zur Smartwatch, zum Smarthome, zum Smartcar, zum Smarteverything.

„Digital Leben“ hat die SPD ihren Programmprozess zur Digitalisierung überschrieben. Ein passender Titel, weil er dem umfassenden Wandel eine Klammer gibt. In Zukunft gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen Online und Offline. Mit dem Internet der Dinge wird sich praktisch alles um uns herum vernetzen. Vom Smartphone, zur Smartwatch, zum Smarthome, zum Smartcar, zum Smarteverything.

Politisch geht es darum, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Denn klar ist auch: Durch den Bedeutungsge-

winn allein werden zentrale politische Herausforderungen nicht gelöst. Inhaltlich gibt es nach wie vor viel Spielraum in der Digitalpolitik, wenn es darum geht, Chancen zu nutzen.

Ich möchte an vier Themenfeldern kurz skizzieren, wo ich den größten politischen Handlungsbedarf sehe.

1. Digitale Infrastruktur

Der Breitband-Ausbau bleibt für mich das Thema Nummer 1. Schnelles Internet für alle ist die Grundlage für die Chancen und Möglichkeiten, die die Digitalisierung bereit hält. Es geht auch um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land, die wir im Jahr 2015 immer noch erkennen, muss der Vergangenheit angehören. Hier rächt sich, dass die Politik lange Jahre so halbherzig agiert und auf den Markt gewartet hat. Es war wichtig, dass das Tempo hier deutlich erhöht wurde. Mindestens 50 Mbit/s für jeden Haushalt bis 2018 ist ein ambitioniertes Ziel, aber in Wahrheit nur ein Zwischenschritt für das, was in Zukunft benötigt wird. Das gilt erst recht mit Blick auf die Vernetzung von Fabriken und die zunehmende Nutzung von intelligenten Netzen, beispielsweise im Strombereich.

Steigen wird auch der Bedarf an hohen Mobilfunkgeschwindigkeiten. Immer mehr Menschen nutzen mobile Endgeräte, kommunizieren, surfen, kaufen ein. Die nächsten Mobilfunkgenerationen stehen bereits in den Startlöchern. Auch offene WLAN-Netze müssen weiter ausgebaut werden. All das gehört zu einer modernen digitalen Infrastruktur dazu.

2. Digitale Bildung

Die kompetente, souveräne Nutzung digitaler Anwendungen und Geräte ermöglicht Teilhabe in der Digitalen Gesellschaft.

Auch hier darf es keine digitale Spaltung geben. Schule muss sich verändern. Der Begriff Medienkompetenz ist dabei vielfach verkürzt, weil es um mehr geht als die kompetente Benutzung eines Tablets oder PCs. Das Leitbild der Digitalen Selbstständigkeit muss im Unterricht verankert werden. So wie es die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft im Deutschen Bundestag gefordert hat.

Im 21. Jahrhundert müssen Kinder neben den klassischen Kompetenzen Rechnen, Lesen und Schreiben auch die grundlegende Kenntnis technischer Zusammenhänge und das Verständnis für Algorithmen und Programmierung erwerben. Darüber hinaus geht es aber auch darum, früh ein Verständnis für einen selbstbestimmten Umgang mit persönlichen Daten zu vermitteln. Es gibt viele tolle Ansätze und Beispiele in Deutschland, wie das in den Schulen, Hochschulen, Berufsschulen oder Volkshochschulen gelingt. Dies ist jedoch häufig abhängig von persönlichem Engagement von Eltern oder Lehrern.

3. Digitale Arbeit

Schon heute ist es in vielen Berufen möglich, überall und zu jeder Zeit zu arbeiten, weil die Digitalisierung dafür gesorgt hat, dass viele Aufgaben unabhängig von Ort und Zeit zu erledigen sind. Für den Einzelnen bedeutet das die Chance auf einen riesigen Qualitätsgewinn. Sei es durch eine individuellere Zeiteinteilung oder eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kehrseite sehen wir dort, wo mehr Freiheit gleichzeitig Überforderung und Ausuferung von Arbeitszeiten bedeutet. Auch die Auslagerung und Segmentierung von Arbeit in Kleinstaufträge, die von Clickworkern geleistet werden, ist etwas, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Es wird ein langer Weg, diese neue Arbeitswelt im Sinne der Arbeitnehmer auszutarieren. Die Debatte darüber hat gerade erst

begonnen. Es ist gut, dass inzwischen auch die Gewerkschaften sich dieses Themas angenommen haben und mit bestimmen wollen.

4. Neue Datenpolitik

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Diskussion über Datenschutz anders führen müssen. Daten sind nicht nur die Währung der Digitalen Gesellschaft, sondern im Prinzip ihre Grundlage. Menschen sind bereit, ihre Daten Unternehmen zur Verfügung zu stellen, wenn sie dafür interessante Angebote bekommen und dem Unternehmen vertrauen, dass es vernünftig mit ihren Daten umgeht. Dieses Bewusstsein für Datenschutz und Datensicherheit wird in Zukunft eher noch weiter steigen. Das ist eigentlich eine Riesenchance für alle, die sich für mehr Datenschutz einsetzen. Es gibt aber in der politischen Debatte nach wie vor keinen Weg, der Datenschutz-Interessen mit Innovationsmöglichkeiten verknüpft. Was nicht passieren darf ist, dass es so hohe Hürden gibt, dass Innovationen in Deutschland und Europa abgewürgt werden. Dann haben wir nichts gewonnen.

Datensouveränität ist für mich der Begriff, um den es geht. Dafür braucht es kompetente Nutzer, aber auch praktikable und vor allem userfreundliche Möglichkeiten, über die Verwendung seiner Daten zu entscheiden.

Jeder kann heute bei einem Online-Versandhaus nachvollziehen, was er in den vergangenen Jahren gekauft hat, wo sich Lieferungen befinden, kann Dinge bewerten, die Lieferadresse ändern etc. Warum gibt es so etwas nicht für den Umgang mit persönlichen Daten? Nachvollziehbare Übersichten, die darstellen, was mit den Daten passiert und klare Optionen für den Nutzer enthalten, was er zulassen möchte und was nicht. In diese Richtung sollten wir in Zukunft weiterdenken und entsprechende Transparenz und Nutzerrechte verankern, statt auf mehr Datensparsamkeit- und Vermeidung zu setzen.

Ausschuss Digitale Agenda beim Deutschen Bundestag: http://www.bundestag.de/ada

Wichtig finde ich auch die Debatte um Machtstrukturen im Netz. Natürlich ist es für die Pluralität im Netz ein Problem, wenn riesige Konzerne massenhaft Daten sammeln und Monopolstellungen aufbauen. Ich rate der Politik hier aber dringend zu mehr Selbstbewusstsein. Auch die Googles und Facebooks dieser Welt können reguliert werden, wenn es einen Marktmissbrauch gibt. Sicher nicht komplett national, aber mindestens europäisch. Dies sollte nicht ängstlich oder reflexhaft geschehen, sondern nüchtern und an den tatsächlichen Problemen orientiert.

Die beiden letzten Beispiele zeigen: Das Feld ist längst nicht bestellt. Es gibt neue Herausforderungen, Themen und es braucht dafür auch neue politische Konzepte und Antworten. Fakt ist: Digitalpolitik ist erwachsen geworden. Das ist der Bedeutung der Digitalisierung und der Herausbildung der Digitalen Öffentlichkeit angemessen. Ich bleibe jedoch dabei, dass sie erst erfolgreich sein wird, wenn sie sich selbst abgeschafft hat. In zehn Jahren muss jeder Wirtschaftspolitiker ein digitaler Wirtschaftspolitiker sein, jeder Arbeitsmarktpolitiker ein digitaler Arbeitsmarktpolitiker und so weiter. Einen eigenen Internetausschuss des Bundestages braucht es dann vielleicht schon gar nicht mehr.

Bis dahin liegt noch ein gehöriges Stück Wegstrecke vor uns. Langweilig wird es denen, die sich mit den politischen Erfordernissen der Digitalisierung auseinandersetzen, in naher Zukunft garantiert nicht.

LARS KLINGBEIL

ist Sprecher der SPD im Ausschuss Digitale Agenda. Der 37-jährige gehört seit 2009 dem Deutschen Bundestag an und war in der vergangenen Legislaturperiode Obmann der SPD in der Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft.
www.lars-klingbeil.de

03

Digital Citizens – ein neuer Typ individueller politischer Kommunikation. Ergebnisse einer Langzeit-Panelstudie

VON PROF. DR. GERHARD VOWE

Leitfrage: Wie verändert sich die politische Kommunikation durch das Internet?

In einem medienhistorisch beispiellos kurzen Zeitraum hat sich ein breites *Spektrum von Online-Medien* herausgebildet, also von Medien, die Kommunikationsmöglichkeiten auf der Basis von vernetzten Computern öffnen. Die Entwicklung ist längst nicht abgeschlossen, und ihre *Dynamik* wird durch immer neue Innovationen vorangetrieben.
Dies wirft unter politischem Aspekt zahlreiche Fragen auf, die sich bündeln lassen in der leitenden *Fragestellung* dieses Beitrags: Wie verändert sich die *politische Kommunikation* der Bürger durch das Internet? Wie verändert sich insbesondere ihre *Beteiligung* an kollektiv bindenden Entscheidungen?

Untersuchungsdesign: Profil einer Langzeitstudie zur individuellen politischen Kommunikation der Bevölkerung

Um die leitende Frage zu beantworten, sind in einer Langzeitstudie die Veränderungen politischer Kommunikation erfasst worden (Emmer et al. 2011; 2012). Es wurde eine *repräsentative Bevölkerungsstichprobe* detailliert befragt nach ihren politischen Kommunikationsaktivitäten - jeweils in der Online- und in der Offline-Variante vom Zeitunglesen bis zur Mitzeichnung elektronischer Petitionen. Außerdem wurden alle *Variablen* erfasst, die als mögliche Kausalfaktoren für Veränderungen wirken könnten. Die Studie war als *Langzeitstudie* angelegt, und zwar mit sieben Befragungswellen von 2002 bis 2009. In den Zeitraum der Studie fallen die hohen Zuwachsraten in der Internetnutzerschaft; die Daten zeigen also, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung das Internet angeeignet hat und welche Folgen der Einstieg in den Handlungsweisen großer Bevölkerungsgruppen hatte. Diese Längsschnittanalyse erlaubt darüber hinaus die Beobachtung von Veränderun-

gen der politischen Kommunikation auf Individualebene und von Kausalzusammenhängen, denn es ist eine *Panelstudie*: Dieselben Personen wurden bis zu siebenmal befragt.

Ergebnisse: Moderate Veränderungen der individuellen politischen Kommunikation durch das Netz

Welche Veränderungen der politischen Kommunikation werden nun in diesen sieben Jahren sichtbar?

Insgesamt zeigen sich im Untersuchungszeitraum *moderate Veränderungen* in der individuellen politischen Kommunikation durch das Internet. Das Netz hat keine durchschlagende Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung insgesamt.

Es finden sich signifikante Veränderungen bei der *politischen Information*. So werden nunmehr regelmäßig und intensiv Online-Quellen zu politischen Themen genutzt: Nachrichtenseiten, auch Websites politischer Organisationen. Parallel dazu zeigt sich, dass insbesondere in jüngeren Altersgruppen

So werden nunmehr regelmäßig und intensiv Online-Quellen zu politischen Themen genutzt: Nachrichtenseiten, auch Websites politischer Organisationen.

die Zeitungslektüre an Bedeutung verliert. Insgesamt nimmt jedoch die Nutzung politischer Informationen infolge der Internetnutzung zu.

Die verstärkte Information aus Online-Quellen geht einher mit leichten Zunahmen in der Intensität der *politischen Diskussion* zwischen den Bürgern – sowohl in Kopräsenz als auch über mediale Plattformen vermittelt.

Bezogen auf die Bevölkerung insgesamt nimmt auch die Intensität der *politischen Beteiligung* schwach zu – von einer breiten Mobilisierung durch das Netz kann aber nicht die

Rede sein. Es ist nicht so, dass bislang politisch Inaktive nun das Internet für Beteiligung nutzen. Nur ein sehr kleiner Anteil der Onliner artikuliert sich politisch im Netz.

Diese Veränderungen des politischen Kommunikationsverhaltens sind *sozial unterschiedlich* ausgeprägt – ob die Netzoptionen für politische Kommunikation genutzt werden, hängt entscheidend ab von Alter, Bildung und politischem Interesse. Moderat sind die Veränderungen insgesamt deshalb, weil der Gewohnheit ein großer Stellenwert zukommt. Erst recht gilt dies für Bereiche wie die politische Kommunikation,

Diese Veränderungen des politischen Kommunikationsverhaltens sind sozial unterschiedlich ausgeprägt – ob die Netzoptionen für politische Kommunikation genutzt werden, hängt entscheidend ab von Alter, Bildung und politischem Interesse.

die für die meisten Menschen einen geringen Stellenwert hat. Individuen bleiben mit hoher Wahrscheinlichkeit bei ihren Verhaltensweisen, auch wenn sich Rahmenbedingungen ändern; denn jede Umstellung ist mit hohen Kosten verbunden. Die *Habitualisierung* des Kommunikationsverhaltens ist deshalb der Faktor mit der größten Erklärungskraft.

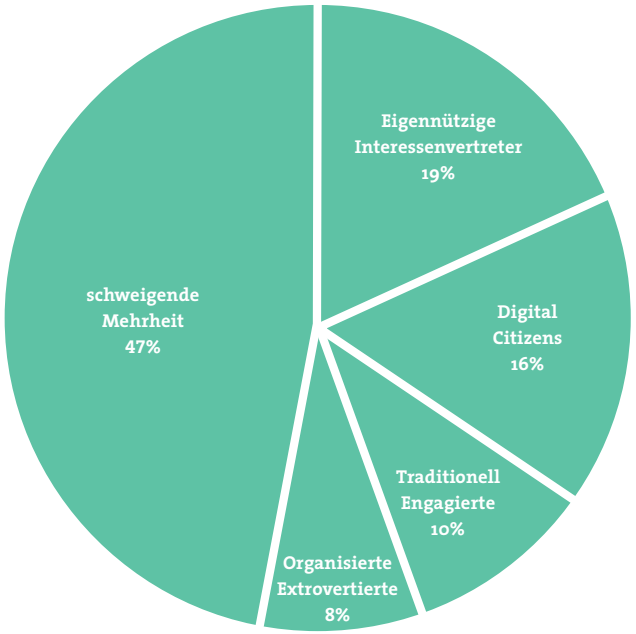
Im Aggregat der Gesamtbevölkerung zeigen sich also in diesem Kontext nur moderate Veränderungen. Dies droht den Blick darauf zu verstellen, dass es Gruppen gibt, deren Verhalten von bisherigen Mustern stark abweicht.

Typenbildung: Muster der individuellen politischen Kommunikation in Deutschland

Die Daten der Langzeituntersuchung erlauben einen genaueren Blick auf einzelne Gruppen, indem man auf ihrer Grundlage *Typen individueller politischer Kommunikation* bildet.

Diese *Typen* von Bürgern werden nicht aus theoretischen Annahmen deduziert, sondern induktiv aus den Ergebnissen der Repräsentativbefragung gebildet. Die befragten Personen werden durch statistische Verfahren danach gruppiert, wie ähnlich sie sich im Hinblick auf ihre politischen Kommunikationsaktivitäten sind.

Typen politischer Kommunikation
(Emmer et al. 2011; Füting; 2014.)



Die Analysen führten zu *fünf Typen*. Jede Gruppe zeichnet sich durch ein spezifisches Aktivitätsprofil aus. Hier kann nur

auf die *Schweigende Mehrheit* und die *Digital Citizens* eingegangen werden.

Schweigende Mehrheit: Generelle Distanz zu politischer Kommunikation

Etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung macht um jegliche politische Kommunikation einen weiten Bogen. Diese Schweigende Mehrheit bleibt stabil über die Jahre hinweg: Mal sind es 47, mal 52 Prozent der Bevölkerung. Individuen, die mit ihren Kommunikationsmustern in diese Gruppe fallen, haben wenig Interesse am politischen Teil der Tageszeitung, sie schauen nebenbei die Tagesschau und hören mit halbem Ohr im Auto die Nachrichten. Sie unterhalten sich auch wenig mit Kollegen, Verwandten oder Freunden über Politik; andere Themen sind drängender und kommunikativer. Ihre Teilhabe an politischen Entscheidungen reduziert sich auf die Teilnahme an Wahlen.

Etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung macht um jegliche politische Kommunikation einen weiten Bogen. Diese Schweigende Mehrheit bleibt stabil über die Jahre hinweg.

Die Gründe für diese generelle Distanz können vielfältig sein: Sie haben es früher nicht gelernt. Sie sind nicht davon überzeugt, dass man politisch etwas bewegen kann. Sie haben Schwierigkeiten, die Komplexität der Probleme zu reduzieren. Und vieles ist ihnen bei weitem wichtiger: Gesundheit, Kinder, Enkel, Nachbarschaft, Arbeitsbedingungen, Urlaub, Geld. Für diese 50 Prozent hat die Veränderung der Rahmenbedingungen für politische Kommunika-

tion durch Online-Medien so gut wie keine Bedeutung. In diesem Segment gibt es keinerlei Anzeichen für eine politische Mobilisierung durch das Netz.

Das sozio-demographische Profil dieser Gruppe sieht so aus: Der Bildungsgrad ist niedriger als der Durchschnitt aller Befragten, das Alter ist höher. Darum sind die Verhaltensweisen bereits tief eingeschliffen.

Digital Citizens: Kommunikation in der Online-Welt

Neu herausgebildet hat sich eine andere Gruppe – die Digital Citizens. Sie umfasst etwa 15 Prozent der Bevölkerung – das sind mehr als zehn Millionen. Ihr herausstechendes Merkmal ist, dass ihre politischen Kommunikationsaktivitäten durch Online-Medien geprägt sind.

In diesem knappen Sechstel der Bevölkerung finden sich vor allem sogenannte Digital Natives, also netzaffine Angehörige der Jahrgänge 1980 und jünger, und zwar diejenigen dieser Jahrgänge, die nicht nur in der Online-Welt leben, sondern das

Zu Veränderungen der politischen Kommunikation kommt es also dadurch, dass nachrückende Generationen ihre eigenen Gewohnheiten in den neuen medialen Räumen erstmals ausbilden und dann beibehalten.

Netz auch für politische Kommunikationsaktivitäten nutzen, zugleich aber die herkömmlichen Arten von politischer Kommunikation weitgehend meiden. Sie gehen seltener wählen, lesen kaum noch eine gedruckte Zeitung, schreiben keine klassischen Leserbriefe und besuchen auch keine Versammlungen. Vielmehr informieren sie sich hauptsächlich im Netz, sie unterhalten sich gelegentlich mit ihren Facebook-Freunden über Politik und sie nutzen das Netz für Partizipation, sie zeichnen also Online-Petitionen oder arbeiten in Organisationen mit, wenn das elektronisch ermöglicht wird. Mittlerweile können sie alle ihre Aktivitäten über ihre Smartphones integrieren – politische Kommunikation ohne Medienbruch. Die politische Online-Kommunikation hat für die Lebenswelt der Digital Citizens einen unterschiedlichen Stellenwert. Bei den einen ist er größer, bei anderen kleiner. Aber es verbindet sie, dass sie online kommunizieren, wenn sie politisch kommunizieren.

Wie kann man sich einen Digital Citizen vorstellen? Der Prototyp ist männlich, Anfang 30, mit dem Studium gerade fertig, noch ohne Kinder, bereits berufstätig, aber noch mit geringem Einkommen. Er ist politisch durchschnittlich interessiert, ist aber nicht an eine Partei gebunden. Vor allem ist er sehr davon überzeugt, dass sein eigenes Handeln politische Wirkung entfaltet. Auch deswegen ist er überdurchschnittlich zufrieden mit dem politischen System. Sein (Kommunikations-)Verhalten ist stärker von Kosten-Nutzen-Kalkülen geprägt. Zwar sieht auch er den Ertrag von politischen Kommunikationsaktivitäten im Regelfalle als nicht sonderlich hoch an, aber er beteiligt sich, wenn und solange der Aufwand durch die Inanspruchnahme des Netzes gering gehalten werden kann. Er orientiert sich an postmateriellen Werten wie Selbstentfaltung.

Wie kommt es zu diesem Verhaltens- und Einstellungsmuster? Von großer Bedeutung ist, dass die Digital Citizens wesentlich jünger sind als der

Durchschnitt der Bevölkerung. Das Alter ist deshalb der Schlüssel zu ihrem Verhalten, weil das Ausmaß an Habitualisierung mit dem Alter zunimmt. Sie wachsen mit dem Netz auf und entwickeln im und mit dem Netz ihre speziellen Kommunikationsformen. Ohne den Aufwand des Umlernens und der Umstellung können sie voll von den veränderten Rahmenbedingungen profitieren. Ebenfalls von großer Bedeutung ist, dass sie besser gebildet sind als der Durchschnitt. Damit hängt auch zusammen, dass sie über die zeitlichen, kognitiven und sozialen Ressourcen verfügen, um sich zu engagieren.

Es ist also nicht so, dass die traditionelle politische Kommunikationselite sich der neuen Möglichkeiten im Online-Bereich auch noch bemächtigt und dadurch ihren Vorsprung gegenüber anderen vergrößert, sondern hier bildet sich ein neues Elitensegment heraus.

Zu Veränderungen der politischen Kommunikation kommt es also dadurch, dass nachrückende Generationen ihre eigenen Gewohnheiten in den neuen medialen Räumen erstmals ausbilden und dann beibehalten. Veränderungen kommen nicht dadurch zustande, dass alle Menschen ihr Verhalten unter dem Einfluss neuer Medien grundlegend ändern.

Politische Folgen der Veränderung politischer Kommunikation

Aus den Befunden ergibt sich also ein *Zugleich von Beharrung und Veränderung* im individuellen Kommunikationsverhalten. Die skizzierten Veränderungen der politischen Kommunikation sind so grundlegend, dass von einem strukturellen

Emmer, M./ Vowe, G./ Wolling, J.: Bürger Online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. Konstanz: 2011.

Emmer, M./Wolling, J./ Vowe, G.: Changing political communication in Germany: Findings from a longitudinal study on the influence of the internet on political communication, discussion and the partcipation of citizens. Communications, 37. Jg., S. 233–252, 2012.

Füting, A.: Politische Kommunikation in Deutschland. Eine typologische Längsschnittanalyse individueller politischer Kommunikation. Berlin, 2014.

Luhmann, N.: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: 2002.

Sarcinelli, U.: Politische Kommunikation in Deutschland. 3. Aufl., Wiesbaden, 2011.

Wandel der politischen Kommunikation gesprochen werden kann. Hat dieser strukturelle Wandel nachhaltige *politisch relevante Folgen*? Für die Antwort ist die Unterscheidung von analytischen Perspektiven hilfreich.

Aus einer *Mikroperspektive* ist der strukturelle Wandel der politischen Kommunikation deshalb bedeutsam, weil sich die *politischen Einstellungen der Bürger* verändern, zum Beispiel ihre Vorstellungen von der eigenen politischen Wirksamkeit. Diese Einstellungsveränderung beeinflusst wiederum die *Wahlentscheidungen* und damit die Chancen der politischen Akteure.

Aus einer *Mesoperspektive* ist der strukturelle Wandel politischer Kommunikation deshalb politisch bedeutsam, weil er einen *Machtverlust für etablierte Organisationen und Professionen* bedeutet. Denn wenn man Macht versteht als das Privileg, nicht lernen zu müssen, dann hat der Strukturwandel zur Folge, dass etablierte mediale und politische Organisationen und auch Professionen wie Journalisten, PR-Verantwortliche und Berufspolitiker lernen müssen.

Aus einer *Makroperspektive* ist der strukturelle Wandel politischer Kommunikation deshalb politisch bedeutsam, weil es zu einem Wandel des Politischen führt. Denn die politische Kommunikation berührt nicht allein die öffentliche Darstellung, sondern auch die Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen (Sarcinelli 2011). In einem demokratischen Kontext bedürfen kollektiv bindende Entscheidungen einer öffentlich erörterbaren Legitimität – darum ist politische Kommunikation von zentraler Bedeutung für die Politik. Der Wandel des kommunikativen Kontextes führt sicherlich nicht dazu, dass sich der Code des Politischen ändert (Luhmann 2002). Politik bleibt Politik, bleibt Kampf um die Macht, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu setzen und durchzusetzen. Aber wie dieser Kampf geführt wird, das ändert sich auch nach Maßgabe der kommunikativen Bedingungen.

Ausblick: Was ist zu tun, was ist zu lassen?

Das Zugleich von Beharrung und Veränderung bringt die Politik in ein *Dilemma*: Sie muss unterschiedliche Anforderungen an Stabilität *und* Flexibilität, an Entlastung *und* an Teilhabe, an Schutz *und* an Freiräume ausbalancieren. Was soll, was kann die Politik tun?

Die *Digital Citizens* werden die politische *Kommunikation der Zukunft* prägen. Aber: Eine *Liquid Democracy* ist riskant. Eine vordringliche politische Aufgabe ist es deshalb, für *Stabilität* im Strukturwandel zu sorgen. Es ist ein Gegengewicht zur permanenten Veränderung erforderlich. Inbegriff dessen ist der institutionelle Rahmen, den unsere Verfassung auch der politischen Kommunikation gibt, vor allem in Form der Grundrechte und der Kompetenzverteilung und der prozeduralen Regeln für den Entscheidungsprozess. Trotz digitaler Bürgerbeteiligungssysteme kann wohl nur die *repräsentative Demokratie*, eine der folgenreichsten Erfindungen der Moderne, auch die *Schweigende Mehrheit* integrieren und sie so berücksichtigen, dass ein Sockel an Grundvertrauen in das politische System gewährleistet bleibt. Aus triftigen Gründen werden nicht nur denjenigen Bürgern Entscheidungsrechte eingeräumt, die sich stark für Politik interessieren und die sich deshalb in hohem Maße informieren und beteiligen.

Die Digital Citizens werden die politische Kommunikation der Zukunft prägen.

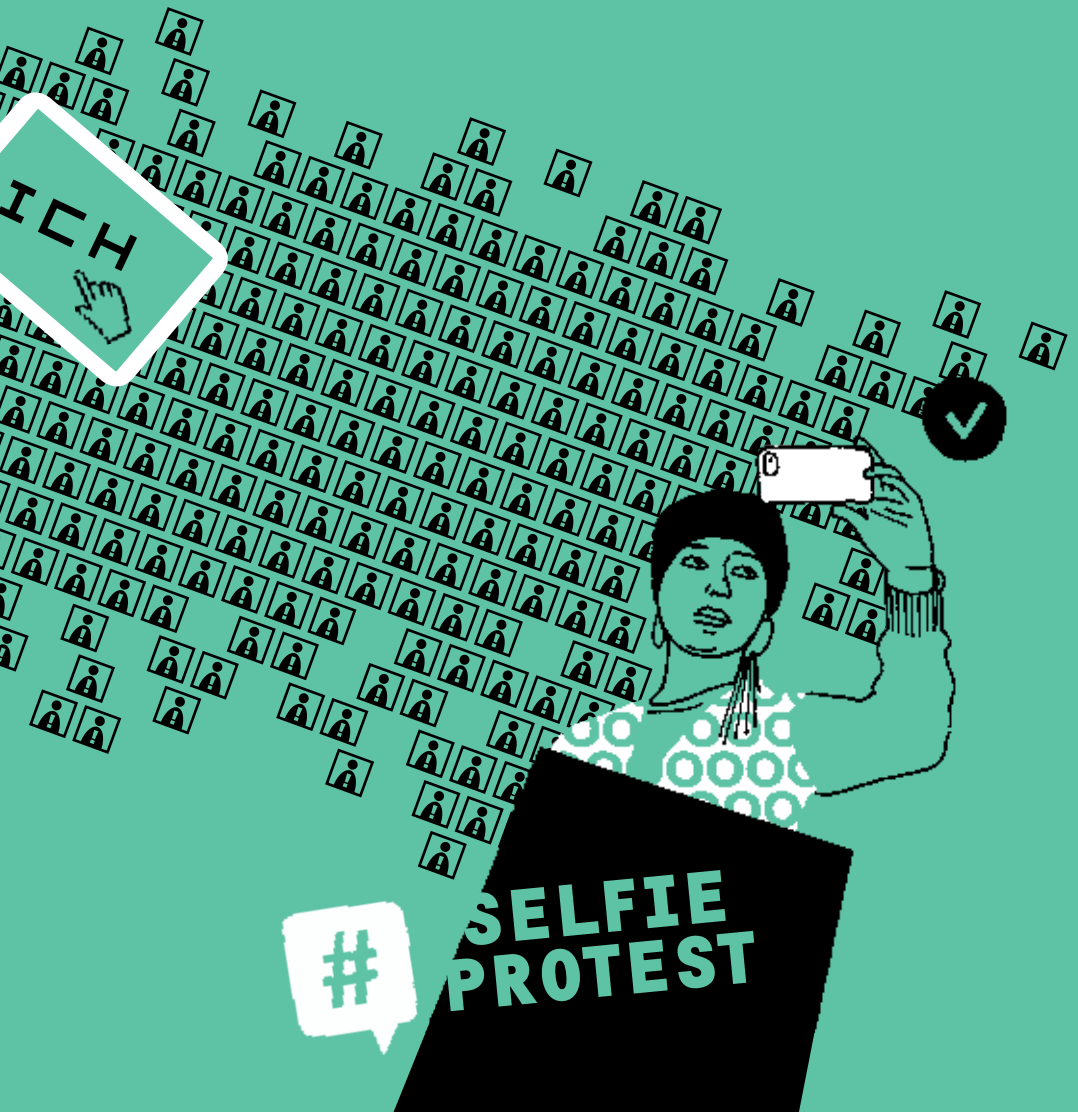
Diese Herausforderung ist in keiner Weise neu. Im Rückblick zeigt sich, dass es etwa *alle 20 Jahre* zu einem Veränderungsschub kommt, der Gelegenheit bietet, die Balance von Veränderung und Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland neu zu finden. 1949, 1968, 1989 – und nun das, was als digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit begriffen werden kann. Die Aufgabe ist, in diesem Strukturwandel die unterschiedlichen Präferenzen und Kommunikationsmuster zusammenzuhalten, um daraus ein Gemeinwesen zu formen. Dieses Aushalten von Ambivalenzen ist von enormer Bedeutung. Es gilt einerseits zu verhindern, dass die auf Flexibilität und Teilhabe ausgerichtete Gruppe der *Digital Citizens* sich abspaltet und ihre Energie verpufft. Auf der anderen Seite müssen auch die anderen Gruppen im Gemeinwesen gehalten werden: Insbesondere die *Schweigende Mehrheit* muss inkludiert werden, und zwar zu deren Bedingungen, nämlich mit Respekt vor ihrem Schweigen.

PROF. DR. GERHARD VOWE

ist Inhaber des Lehrstuhls I für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und seit 2011 Sprecher der DFG-Forschergruppe „Politische Kommunikation in der Online-Welt“.
www.phil.uni-duesseldorf.de/kmw-vowe/

04

Von Hashtags zu E-Petitionen – Personalisierung von Protest online



VON PROF. DR.
SIGRID BARINGHORST

„Je suis Charlie", „#Yo soy 43, AYOTZINAPA", so beispielhafte Hashtags und Slogans internationaler Protest- und Solidaritätsaufrufe der letzten Jahre. Unabhängig davon, ob es um Opfer terroristischer islamistischer Anschläge oder ermordete Lehramtsstudierende in Mexiko geht, kollektive Protestaktionen der letzten Jahre werden häufig mit personalisierten Solidaritätsbekundungen verbunden. Dies gilt für lokale Protestinszenierungen, bei denen mehr oder weniger individuell gestaltete Plakate und Körperbeschriftungen die Aufmerksamkeit auf den individuellen Beitrag zur kollektiven Handlung lenken. Diese Tendenz zur Personalisierung von Protest und Solidarität zeigt sich in noch eindrücklicheren und vielfältigeren Formen im Internet, überall dort, wo Einzelne und Kollektive zu Solidaritätshandlungen wie E-Petitionen oder E-Spenden aufrufen oder uns dazu auffordern, unsere Bekanntschaftsnetzwerke für die virale Verbreitung von Protestbotschaften zu nutzen.

Der protestpolitische Trend zum „me going public" wird nicht nur in den oft als reine Image-Aktionen kritisierten Solidaritätsaufrufen von Prominenten deutlich, wie etwa in der

Insbesondere im Zuge der Verbreitung Smartphone-gestützten Engagements ist eine Protestpolitik „for to go" entstanden, bei der die Verbreitung von Selbstbildern vor wechselnden Hintergründen zu einem charakteristischen ästhetischen Element der politischen Selbstdarstellung von Jugendlichen (Selfie-Protest) geworden ist.

Ice-Bucket-Challenge, in der sich 2014 in einer Kettenreaktion nacheinander mehr oder weniger bekannte TV-Größen dabei filmen ließen, wie sie mit Eiswasser überschüttet wurden, um im Anschluss daran diese Selbstinszenierungen viral verbreiten zu können. Um welche seltene Krankheit (ALS) es dabei

ging, schien zweitrangig und haben die meisten inzwischen vermutlich vergessen. Auch in den weniger im Verdacht narzisstischer Selbstbespiegelung stehenden kollektiven Aktionen wie der Occupy-Bewegung des Protestjahres 2011 entwickelte sich eine bemerkenswerte Kultur der politischen Selbstmediatisierung. „Write a story why you are the 99 %", so eine User aktivierende Aufforderung zur Selbstdarstellung

Erst das Internet hat die medientechnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Personalisierung von Protestbotschaften zu einem allgemeinen Trend werden zu lassen.

auf dem bewegungsnahen Blog „Sharing Occupy: We are the 99%". Insbesondere im Zuge der Verbreitung Smartphone-gestützten Engagements ist eine Protestpolitik „for to go" entstanden, bei der die Verbreitung von Selbstbildern vor wechselnden Hintergründen zu einem charakteristischen ästhetischen Element der politischen Selbstdarstellung von Jugendlichen (Selfie-Protest) geworden ist.

Und dies gilt interessanterweise nicht nur für westliche, hoch individualisierte, liberale demokratische Gesellschaften. Selbst in diktatorischen Regimen finden wir mutige Aktionen, in denen Protest gegen staatliche Unterdrückung mit riskanten Selbstenthüllungen verbunden wird. Anschauliches Beispiel ist die auf Facebook dokumentierte Aktion „My Stealthy Freedom", auf der Iranerinnen Selbstbilder hochladen, auf denen sie für einen kurzen Moment ihren Schleier lüften und so gegen die rigide frauenfeindliche Körper- und Kleiderpolitik der Mullahs protestieren.[1]

Zwar gab es personalisierte Protestaufrufe schon in analogen Zeiten – man denke an die klassische Petition und Unterschriftenliste oder die fernsehwirksamen, von Prominenten getragenen Soli-Aktionen zur Befreiung Nelson Mandelas oder

1 Vgl. https://fa-ir.facebook.com/StealthyFreedom, Zugriff 06-08-2015

Proteste von Werbeikonen gegen das Tragen von Tierpelzen (vgl. Baringhorst 1998). Doch erst das Internet hat die medientechnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Personalisierung von Protestbotschaften zu einem allgemeinen Trend werden zu lassen. (vgl. Bennett 2012) Ganz entgegen der Annahme einer zunehmenden Abstraktheit und Entpersönlichung von Kommunikationsbeziehungen durch das Internet, scheinen mit persönlichen Kommentaren, Selbstbildern oder auch nur mit Unterschriften versehene Protestaufrufe die Grundlage für eine erfolgreiche virale Verbreitung geworden zu sein.

In den kommunikativen Räumen des Social Web können kreative Eigenleistungen dank Kommentarfunktionen auf Webseiten und Kamerafunktion mobiler Medien, dank Pho-

Der Trend zur Personalisierung von Protest- und Solidaritätshandeln ist nicht nur in schwach organisierten Schwarmaktionen zu erkennen. Auch stark vorstrukturierte, von Nichtregierungsorganisationen initiierte und getragene Kampagnen offerieren zunehmend Mitmachaktionen

toshop und anderer bildbearbeitender Software relativ leicht erbracht werden (vgl. Bieber 2012). Medientechnische Innovationen unterstützen einen allgemeinen Wandel politischer Beteiligungskulturen, der wesentlich durch eine fortschreitende Individualisierung politischer Partizipation gekennzeichnet ist. Während Pflichtgefühl und Altruismus im Motivspektrum politischen Engagements an Bedeutung verlieren, sind Freiwilligkeit, Selbsttätigkeit und Spaß zu wichtigen Motivfaktoren geworden. Engagement wird damit zum integralen Bestandteil eines Identitätsmanagements, mit dem wir versuchen, diejenige Person zu werden, die wir sind. Dazu gehört es auch, diejenigen politischen Wertorientierungen auszu-

drücken und Tugenden zu leben und netzöffentlich zu demonstrieren, die unserem Idealbild entsprechen.

Der Trend zur Personalisierung von Protest- und Solidaritätshandeln ist nicht nur in schwach organisierten Schwarmaktionen zu erkennen. Auch stark vorstrukturierte, von Nicht-

Vom wohlmeinenden User oft nicht wahrgenommen, sind die Schattenseiten einer Personalisierung von Protest: die Instrumentalisierung von Daten zur Person, zu Einstellungen und Handlungspräferenzen durch NRO bzw. Betreiber von Kampagnen- und Petitionsplattformen.

regierungsorganisationen initiierte und getragene Kampagnen offerieren zunehmend Mitmachaktionen, in denen Unterstützer_innen zu persönlichen Statements oder anderen Kreativbeiträgen aufgefordert werden. Sei es, dass sie an Plakatwettbewerben mitwirken, Bildunterschriften für vorgegebene Plakatmotive erfinden oder Bilder von ihrer Unterstützung von Protest-Themen vor Ort einsenden sollen. Letztere werden dann in Bildergalerien hochgeladen, um den netzgetragenen Aktionen ein Identität und Glaubwürdigkeit stiftendes Gesicht zu geben. Aber auch durch das Ausflaggen der eigenen Homepage oder des Social Network-Profils mit dem Logo oder Slogan von Protestaktionen oder mit der Übernahme von Protesticons in Social Media-Attacken können Unterstützer_innen ihre personalisierten Netzöffentlichkeiten zu Orten vernetzter Protestöffentlichkeiten werden lassen.

Mehr Mitmachaktionen und die Sichtbarkeit personalisierter Artefakte individueller Unterstützer_innen können jedoch nicht unbedingt mit einem grundlegenden Wandel der partizipatorischen Struktur von Nichtregierungsorganisationen (NRO) gleichgesetzt werden. Bisher scheuen noch viele, gerade kleinere NRO, den Aufwand, der mit webgestützten

Partizipationsofferten verbunden ist. Aber auch die Angst vor einem möglichen Kontrollverlust ist groß, so dass die angebotenen Beteiligungsoptionen oft eher Spielwiesen der Partizipation gleichen als Foren entscheidungsrelevanter Deliberation (vgl. Hoffjann et.al 2013).

Vom wohlmeinenden User oft nicht wahrgenommen, sind die Schattenseiten einer Personalisierung von Protest: die Instrumentalisierung von Daten zur Person, zu Einstellungen und Handlungspräferenzen durch NRO bzw. Betreiber von Kampagnen- und Petitionsplattformen. Personalisierung ist insofern mehr als nur eine Frage des technischen Formatting durch vorgegebene Muster einer massenpersönlichen Betei-

Eine bezogen auf die User nicht intendierte Nebenfolge ihres Wunsches nach einer stärkeren Kopplung von politischem Engagement und medialer Selbstdarstellung im Netz ist die Instrumentalisierung und oft intransparente Nutzung persönlicher Daten.

ligung. Sie ist damit verbunden auch eine organisationspolitische Strategie von Webseitenbetreibern. Glaubwürdigkeit setzt Identifizierung voraus. Namentliche Nennung von Unterstützer_innen ist schon seit eh und je eine unverzichtbare Voraussetzung jeder politischen Unterschriftenkampagne. Neben dem expliziten Ziel, Resonanz in relevanten Öffentlichkeiten und bei politischen Entscheidern oder wirtschaftlichen Unternehmen zu erzielen, sind aber auch die nicht genannten Interessen der Organisatoren zu bedenken, die Kampagnen- bzw. Protestplattformen betreiben.

Eine bezogen auf die User nicht intendierte Nebenfolge ihres Wunsches nach einer stärkeren Kopplung von politischem Engagement und medialer Selbstdarstellung im Netz ist die Instrumentalisierung und oft intransparente Nutzung

persönlicher Daten. Je mehr Informationen wir über unsere Person und unsere politischen Interessen und Handlungspräferenzen preisgeben, desto zielgruppenspezifischer, ja individualisierter, können NRO ihre Mitmachaufforderungen auf unsere spezifischen Bedürfnisse zuschneiden. Wir erhalten nur Infos zu den Offline-Aktionen, die in unserer Nähe stattfinden, und nur Petitionsaufrufe zu den Themen, für die wir uns in der Vergangenheit schon eingesetzt haben.

Protestpolitische „Filterblasen" (Pariser 2011), mit denen NRO und Kampagnenplattformen protestrelevante Webinhalte userspezifisch anpassen, mögen vordergründig als willkommene Hilfe erscheinen. In einem Forschungsprojekt zum Engagement von politischen Konsument_innen im Netz konnten wir zeigen, dass User in ihrem Alltag oft eine Vielzahl von Solidaritätsappellen erreicht. So erhielt eine Untersuchungsteilnehmerin, die bei change.org registriert war, nach eigenen Aussagen an einem Tag bis zu 30 Petitionsaufrufe, so dass sie viel Zeit investieren musste, um sich überhaupt einen Überblick darüber zu verschaffen, welchen Aufruf sie unterstützen wollte. Ganz entgegen der Behauptung, dass Protest im Netz nicht mehr sei als Faulenzeraktivismus (Slacktivism), lehnten es viele der Untersuchungsteilnehmer_innen ab, einfach zu unterschreiben, ohne Hintergrundinformationen recherchiert zu haben.

Personalisierte datenbasierte Profilbildung hilft uns, Zeit zu sparen und die alltägliche Informationsflut im Netz zu bewältigen. Sie erhöht zugleich die Effizienz von NRO und Kampagnenplattformen. Deren Kommunikationsstrategien gleichen immer mehr dem Marketing kommerzieller Unternehmen: auch sie checken die Wirkung ihrer Aufrufe, der Themen, der Slogans, der Grafiken en detail in sogenannten AB-Tests, bevor breitenwirksame Kampagnen mobilisiert werden. Lanciert werden nur diejenigen Aufrufe, Bilder, Betreffzeilen, die nach dem Vorab-Check eine schnelle und breite

Baringhorst, S.: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Opladen, 1998.

Bennett, L.W.: The Personalization of Politics. Political Identity, Social Media and Changing Patterns of Partizipation. ANNALS of American Academy of Political and Social Science, 644, S. 20-38, 2012.

Bieber, C.: Partizipation durch Pixel? Visuelle politische Kommunikation und der kreative Umgang mit digitalen Bildern, in: Besand, A. (Hrsg.): Politik trifft Kunst. Zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung, S. 66-83, Bonn, 2012.

Hoffjann, O./ Gusko, J./ Sliwa, A.: Der Partizipationsmythos. Deutschlands Verbände wollen viel Beteiligung ermöglichen, bieten aber nur wenig an. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26 (2), S. 88-99, 2013.

Pariser, E.: Filter Bubble. What the Internet Is Hiding from You. London, 2011

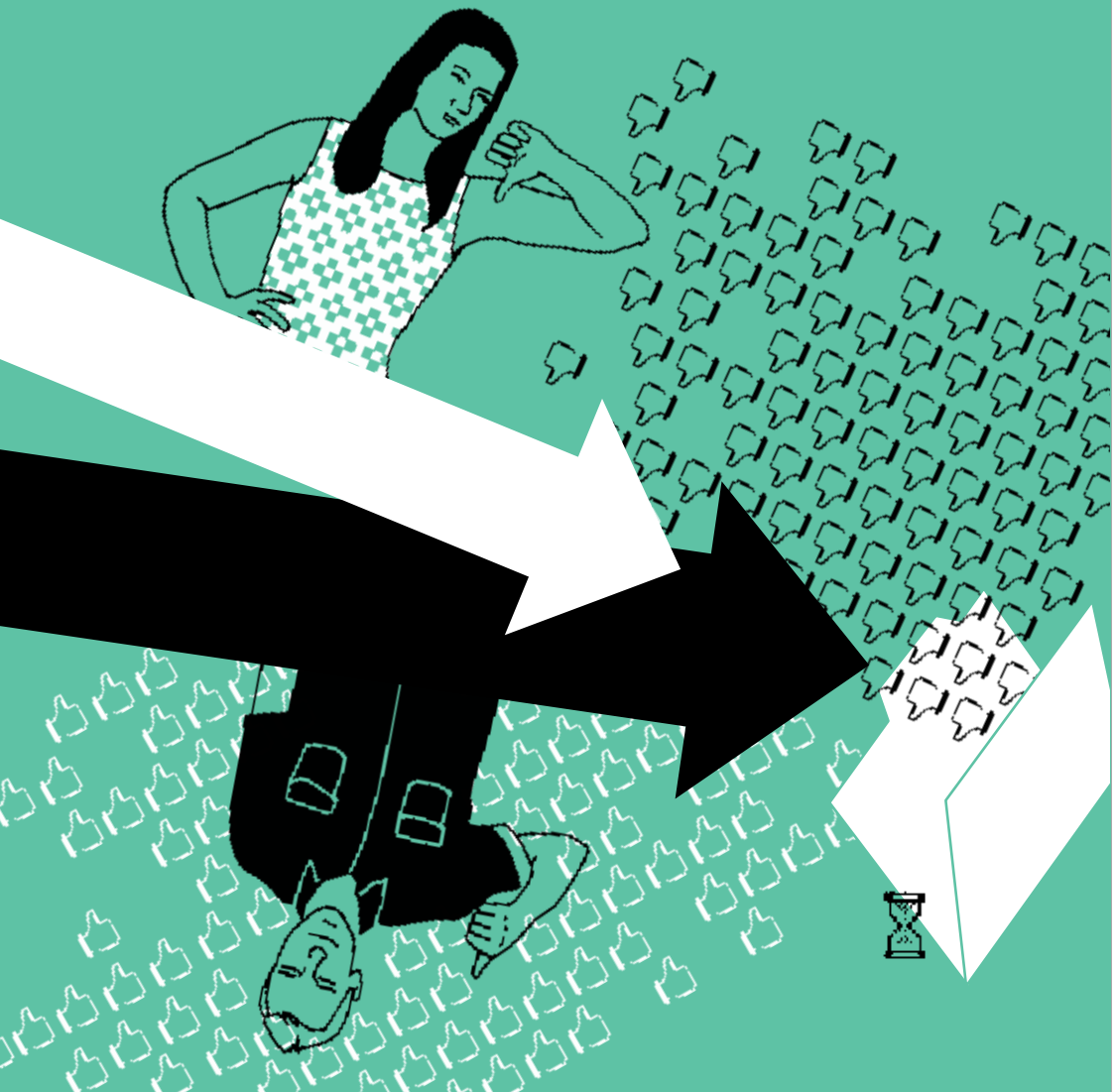
Unterstützung versprechen. Die möglichen Effizienzgewinne im Sinne schneller Breitenunterstützung sind jedoch mit einem Verlust an inhaltlicher Diversität erkauft. Die Rückwirkungen dieses Verlusts auf die demokratische Qualität von Protestaufrufen sind noch kaum erforscht. Gegen die demokratische Forderung nach einer Öffnung des politischen Raums für alle Themen, d.h. auch Minderheitsthemen, tendiert ein auf der Auswertung persönlicher Unterstützerdaten basiertes Protestmarketing eher zu einer Schließung als zu einer Ausweitung der public sphere.

PROF. DR. PHIL. SIGRID BARINGHORST

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Forschungsschwerpunkte sind politische Partizipation, politische Kommunikation sowie vergleichende Migrations- und Integrationspolitik.
www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/politik/mitarbeiter/baringhorst

05

Zukunftsweisende Entwicklung: die Standardisierung von e-Partizipationsprozessen



VON EVA PANEK UND
CHARLOTTE BOLWIN

Die Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien hält merklich Einzug in unseren Alltag. Und das politische System bleibt davon nicht ausgeschlossen: Mehr und mehr Kommunen zeigen Interesse an der Einrichtung von digitalen Informations- und Partizipationsangeboten. Von einer stärkeren Einbeziehung der Bürger*innen in internetbasierte Dialog- und Konsultationsprozesse erhoffen sie sich nachhaltigere Entscheidungen, in die die Präferenzen und das lokale Wissen der Beteiligten eingeflossen sind.

In Deutschland äußert sich diese Offenheit gegenüber neuen Partizipationsformaten in einer zunehmenden Umsetzung von webbasierten Dialog-, Diskurs- und Beteiligungsverfahren.[1] Dennoch gibt es insbesondere im kommunalen Raum einige Barrieren zu überwinden: Neben mangelnden personellen Ressourcen und der bestehenden, analog geprägten Verwaltungskultur, werden in diesem Kontext vor allem hohe Investitionskosten bei der Einführung neuer IT-Systeme aufgeführt.[2] Eine Chance, diese Hürden abzubauen, kann die Standardisierung von e-Partizipationsverfahren bieten.

Die Standardisierung von e-Partizipationsprozessen

In Deutschland arbeiten viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Unternehmen an innovativen Formaten für digitale Beteiligung. Sie entwickeln Tools und Softwarelösungen, wie z.B. die Beteiligungssoftware Adhocracy, die der gemeinnützige Verein Liquid Democracy e.V. seit 2009 als freie Open Source Software bereitstellt.[3] Am Beispiel der Entwicklung von Adhocracy soll im Folgenden der Versuch einer Standardisierung von e-Partizipationsprozessen erläutert werden.

Adhocracy ist als Betriebssystem für demokratische Beteiligung konzipiert. Die Software orientiert sich ideell am Liquid Democracy-Konzept als eine innovative Form der demokratischen Beteiligung.[4] Die Funktionen von Adhocracy beruhen

1 Eine informative Übersicht zur quantitativen und qualitativen Entwicklung von e-Partizipationsangeboten in Deutschland seit 1997 gibt Kubicek, H. 2014, S. 278 ff.

2 Vgl. Branchenkompass 2013: Public Services.

3 Mehr Informationen unter: https://liqd.net und https://github.com/liqd.

4 Eine ausführliche Erläuterung des Konzeptes findet sich bei Paetsch, J./Reichert, D. (2015), sowie bei Reichert, D. / Panek, E. (2014).

auf der Standardisierung von Partizipationsverfahren, die von Anwenderorganisationen beim Initiieren digitaler demokratischer Prozesse stark nachgefragt werden. Die Software ermöglicht die Umsetzung verschiedenster Beteiligungsprozesse, z.B. Agenda Setting, Konsultationen, Dialogverfahren, kollaborative Textarbeit oder Stadt- und Raumplanungsprojekte.

Adhocracy wird in zahlreichen Projekten von unterschiedlichen Organisationen eingesetzt, etwa von Parteien, politischen Institutionen, Universitäten, Unternehmen und Kommunen. Durch die Erprobung der Softwarefunktionen in konkreten Kontexten wird Praxiswissen generiert, das aus der Anwendung wieder in den Prozess der Standardisierung zurückfließt und so hilft, die funktionalen Lösungen den Anforderungen der Beteiligungsverfahren immer besser anzupassen.

Die Weiterentwicklung der Software durch Konzeption und Umsetzung beinhaltet dabei immer auch Arbeit an Konzepten für die vereinheitlichte Durchführung von Onlinebeteiligungsverfahren.[5] Am Beispiel der *Radwegeplanung* in Kommunen sollen das Verfahren der Standardisierung von digitalen Beteiligungsverfahren und die Vorteile derselben deutlich werden.

Wie wird bei der Entwicklung von standardisierten Beteiligungsverfahren vorgegangen?

Eine Beteiligungssoftware muss sowohl besonderen Anforderungen des Beteiligungsverfahrens wie auch der Anwenderorganisation genügen.[6] Um diese möglichst genau zu identifizieren, analysieren Experten des Liquid Democracy e.V. die Durchführung des herkömmlichen Verfahrens, also der analogen Radwegeplanung in der Kommune. Die einzelnen Schritte der Informationsbereitstellung, der Beteiligung, sowie interne Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse werden untersucht und auf Basis der Ergebnisse wird ein Konzept für die optimale Verbindung von Online- und Offlineelementen für das Verfahren entwickelt. Dem schließt sich die Entwicklung von Softwarefeatures an, die auf das Beteiligungsverfahren abgestimmt sind. Unter einem *Softwarefeature* wird eine Softwarekomponente verstanden, die eine bestimmte Funktion erfüllt. Ein Feature ermöglicht es Nutzer*innen beispielsweise, einen Kommentar einzustellen oder einen Vorschlag positiv oder negativ zu bewerten. Beim Beispiel der Radwegeplanung zählen hierzu etwa die Möglichkeit für Verwaltungsmitarbeiter*innen, online Hintergrundinformationen zum kommunalen Radwegeausbau bereitzustellen, oder die Nutzerfunktion, im Internet Vorschläge auf einer Karte einbringen zu können. Das digitalisierte Beteiligungsverfahren wird schließlich in der Kommune angewendet und getestet. Auf Grundlage des Feedbacks der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden die Onlinefeatures für das Verfahren optimiert – mit Blick auf Anwendbarkeit in anderen Kommunen und Bundesländern. Auf diese Weise erhält jeder Beteiligungsprozess Schritt für Schritt ein standardisiertes Featureset, in das die Wünsche und Rückmeldungen der Anwender eingeflossen sind.

Das fertige Featureset für Radwegeplanung steht hernach als neue Softwarekomponente allen Städten und Gemeinden zur Verfügung. So kann ein digitales Partizipationsverfahren, das einmal entwickelt worden ist, von vielen Anwendern genutzt werden – ohne dass ihnen zusätzliche Entwicklungskosten entstehen. Einzelne Features werden zudem so entwickelt, dass sie sich in weiteren Beteiligungsverfahren einsetzen lassen: Das Kartenfeature für die Radwegeplanung lässt sich gleichermaßen für Bauleitplanungen, Verkehrsplanung oder Straßennetzplanung anwenden. Dadurch wird ein hoher Grad an Ressourceneffizienz erreicht: Im Softwaresystem können mit wenigen Features viele Partizipationsprozesse bereitgestellt werden. Obgleich die Beteiligungsprozesse so generisch entwickelt sind, dass sie von

5 In diesem Beitrag wird unter dem Begriff „Standardisierung" die Vereinheitlichung der Durchführung von Onlinebeteiligungsverfahren verstanden.

6 Zu solchen Anforderungen gehören beispielsweise die Erfüllung von Datenschutz- und Barrierefreiheitsrichtlinien, die Verfügbarkeit von unterschiedlichen Authentifizierungsstufen für Verwaltungsmitarbeiter und Bürger, oder die Anbindungsfähigkeit an Arbeitsabläufe in anderen Behörden.

Forsa-Umfrage (2014): Meinungen zum Thema E-Participation. Umfrage im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2014 – Die digitale Gesellschaft.

Kubicek, Herbert (2014): Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet (S. 265-298). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Paetsch, Jennifer / Reichert, Daniel (2015): Potentiale nutzen mit Liquid Democracy, in: Friedrichsen, Mike / Kohn, Roland A.: Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien (S. 499-515). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Reichert, Daniel / Panek, Eva (2014): Alles ist im Fluss – die fließenden Ebenen einer Liquid Democracy, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet (S. 299-310). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Steria Mummert Consulting AG (2013): Branchenkompass 2013 Public Services. Aktuelle Entscheiderbefragung. Frankfurt a.M.: F.A.Z.- Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH.

vielen Anwendern eingesetzt werden können, ist die Möglichkeit für Anpassungen gegeben. Will eine Kommune individuelle Einstellungen bei der Radwegeplanung vornehmen, können Verwaltungsmitarbeiter*innen den Prozess entsprechend der Anforderungen konfigurieren.

Vorteile für Anwender und Bürger*innen

Neben der Radwegeplanung werden weitere Beteiligungsprozesse entwickelt, optimiert und standardisiert, so dass eine Software-Systemlösung für Onlinebeteiligung entsteht. Für interessierte Städte und Kommunen hat dies den Vorteil, dass sie nicht mehr Mittel für (kostenaufwändige) Einzellösungen ausgeben müssen, sondern bereits vorhandene – und erprobte – Lösungen anwenden können. Des Weiteren bietet die Einführung optimierter Beteiligungsprozesse die Gelegenheit zur Ablösung ineffizienter Verfahrensweisen, wodurch in den Kommunen Effizienzgewinne gemacht und Kosten eingespart werden können.

In komplex aufgebauten Verwaltungen kann Standardisierung die Etablierung einer verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit erleichtern. In einem Ministerium auf Landesebene kann beispielsweise ein standardisiertes Dialogverfahren von allen Ressorts, Abteilungen und Unterabteilungen, allen nachgeordneten Landesbehörden und Ämtern und schließlich auf Städte- und Gemeindeebene angewendet werden. Der Einsatz von standardisierten Verfahren fördert dabei ein einheitliches Vorgehen gegenüber den Bürger*innen, welches den Wiedererkennungswert der e-Partizipationsangebote steigert. Ausserdem ermöglichen wiederkehrende Designelemente und Features sowohl bei den Verwaltungsmitarbeitern als auch bei den Bürger*innen Lerneffekte im Umgang mit der Software.

Für die Bürger*innen kann die Standardisierung für eine bessere Qualität der Beteiligungsangebote sorgen, denn sie

7 Die Qualität von Partizipationsangeboten gilt als wesentlicher Faktor für die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu beteiligen. Siehe: http://www.ifib.de/publikationsdateien/ifib-zebralog-e-partizipation-lang.pdf

8 So ein Ergebnis der Forsa-Umfrage 2014: Meinungen zum Thema E-Participation. Umfrage im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2014 – Die digitale Gesellschaft, Seite 10-11.

CHARLOTTE BOLWIN

ist beim Liquid Democracy e.V. verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Master-Studentin an der Humboldt Universität zu Berlin an der kultur-, sozial- und bildungswissenschaftlichen Fakultät.
https://liqd.net

setzt Maßstäbe im Bereich Durchführung, Einbindung von Politikern, Transparenz, Informationsbereitstellung, Responsivität und Ergebnisvermittlung.[7] Außerdem senkt Standardisierung die Kosten für Entwicklung und Umsetzung webbasierter Verfahren und führt potentiell in einer wachsenden Zahl von Kommunen zur Einrichtung eines größeren Angebots von Beteiligungsverfahren im Internet. Letzteres wiederum kann langfristig zu einer Stärkung des Vertrauens in die Politik führen.[8] Werden die Bürger*innen auf kommunaler Ebene verstärkt in die Entscheidungsfindung eingebunden, ist der Nutzen für sie hoch, da sie von politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene besonders betroffen sind. Des Weiteren erhöht die Standardisierung von Onlineprozessen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verfahren. Die Diskussions- und Entscheidungsergebnisse können online einfach nachvollzogen werden, wodurch sich die Akzeptanz der Entscheidungen erhöht.

EVA PANEK

berät und begleitet seit 2012 als Projektmanagerin netzbasierte Beteiligungsprojekte beim Liquid Democracy e.V. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Jugendbeteiligungsplattform Ypart.eu und betreut als Projektkoordinatorin die europaweiten ePartizipations-Projekte "EUth – Tools and Tips for mobile and digital Youth Participation in and across Europe" und "Speechless in Europe".
https://liqd.net

Resümee

Standardisierung hat natürlich ihre Grenzen: Wenn individuelle Angebote, Flexibilität und Kreativität von Seiten der Kommunen gefragt sind, muss von formalisierten Prozessen abgewichen werden können. Dennoch führt die Standardisierung von Onlineverfahren zu einer Angebotspalette von digitalen Partizipationsverfahren, die getestet, vervielfältigbar und in unterschiedlichen Beteiligungsverfahren einsetzbar sind. Dies reduziert die Aufwände für die Einführung von webbasierten Partizipationsangeboten und führt potentiell dazu, dass es sich mehr Städte und Gemeinden leisten können, eigene Erfahrungen zu machen. So bietet die Standardisierung von e-Partizipationsverfahren die Chance, eine flächendeckende Ausbreitung von digitaler Beteiligung und die Entstehung einer neuen Beteiligungskultur zu fördern.

06

Die sozialen Medien und das Partizipationsparadox

VON DR. JAN-HINRIK SCHMIDT

Das Internet hat sich in den inzwischen fast 50 Jahren seiner Existenz beständig weiterentwickelt. Rasante Fortschritte im Bereich der Übertragungstechnologien und der Endgeräte, vor allem aber innovative Dienste, Angebote und Plattformen haben dazu geführt, dass es als Universalmedium nicht mehr aus unserem Alltag wegzudenken ist. Die jüngste (aber sicher nicht letzte) Stufe dieser Entwicklung ist das Aufkommen der „sozialen Medien", also von Plattformen wie Facebook oder YouTube, von Wikipedia, Twitter oder Blogs, die die technischen Hürden dafür senken, dass Menschen Informationen aller Art anderen zugänglich machen können.

Was zunächst scheinbar banal klingt, steht bei näherem Hinsehen aber für einen tiefgreifenden Strukturwandel von Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Zwei bislang getrennte Kommunikationsmodi – das „Publizieren" und die „Konversation" – fließen in den sozialen Medien zusammen:

Was zunächst scheinbar banal klingt, steht bei näherem Hinsehen aber für einen tiefgreifenden Strukturwandel von Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Zwei bislang getrennte Kommunikationsmodi – das „Publizieren" und die „Konversation" – fließen in den sozialen Medien zusammen.

Privatpersonen nutzen die sozialen Medien vor allem, um alltägliche Kommunikations- und Informationsbedürfnisse zu befriedigen, also Neuigkeiten mitzuteilen und zu erfahren sowie sich mit Freunden, Bekannten und Gleichgesinnten über persönlich relevante Themen auszutauschen. Sie schaffen sich ihre eigene „persönliche Öffentlichkeit", die vorrangig der Selbstpräsentation und Beziehungspflege dient.

Doch auch publizistische Angebote und politische Parteien sind in den sozialen Medien aktiv, Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Diese sind aber nicht länger nur passive Emp-

fänger von Informationen, sondern können diese kommentieren und weiter verbreiten, also auch zu Multiplikatoren für Informationen und politische Botschaften werden. So kann es zu regelrechten Informationskaskaden kommen – zur positiven Mundpropanda genauso wie zum negativ-kritischen „Shitstorm", bei dem sich Kritik oder Häme über eine Person oder Organisation ergießt.

Dieser Wandel von Öffentlichkeit ist für politische Partizipation deswegen relevant, weil er Bürgerinnen und Bürgern neue Modi der Teilhabe eröffnet. Erstens praktizieren Menschen *Teilhabe in den sozialen Medien*, wenn sie sich auf den entsprechenden Plattformen aufhalten und informieren, dort ihre persönlichen Interessen ausdrücken und Beziehungen pflegen – also Erfahrungen von sozialer Einbindung und Austausch machen. Zweitens kann es zur *Teilhabe mit Hilfe der sozialen Medien* kommen, wenn die sozialen Medien als Werkzeug oder Kanal genutzt werden, um auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Debatten Einfluss zu nehmen. So lassen sich vergleichsweise leicht andere Menschen aktivieren, beispielsweise durch Demonstrationsaufrufe oder Unterschriftensammlungen, die auf Twitter oder Facebook kursieren. Digitale Medientechnologien spielen daher inzwischen eine wichtige Rolle für die Mobilisierung, den Wissensaustausch und die Koordination politischen Handelns. Zugleich ist auch zu beobachten, dass der Schritt von der „Teilhabe im Netz" zur „Teilhabe mit Hilfe des Netzes" nicht immer gelingt. Vielfach bleibt es bei Ansätzen oder Artikulationen von politischen Interessen innerhalb onlinebasierter Räume, die aber nicht an Debatten und Entscheidungen im politischen System angebunden sind.

Drittens schließlich gibt es die *Teilhabe an den sozialen Medien* im Sinne einer demokratischen Technikgestaltung. Sie artikuliert sich unter anderem in der Netzpolitik, einem Politikfeld, das sich in den vergangenen Jahren auch

in Deutschland konturiert und etabliert hat, wofür beispielhaft der Anfang 2014 eingerichtete ständige Bundestagsausschuss Digitale Agenda steht. Politische Debatten um Datenschutz oder Netzneutralität drehen sich zwar auf den ersten Blick um spezifische Details der medien- oder technologiepolitischen Regulierung des Internets, berühren bei näherem Hinsehen aber wesentliche Fragen der Gestaltung von bürgerlichen Freiheiten oder des Mediensystems unter Bedingungen einer rasanten technischen Konvergenz von Medien- und Kommunikationstechnologien.

Die sozialen Medien stellen also Kommunikationsräume für gesellschaftliche Öffentlichkeit zur Verfügung und unterstützen verschiedene Modi von Teilhabe. Allerdings werfen sie Widersprüche auf, die sich als „Partizipationsparadox" beschreiben lassen. Denn die Infrastruktur und die Regeln dieser neuen Kommunikationsräume werden derzeit von einigen wenigen global agierenden Unternehmen bereitgestellt

Die sozialen Medien stellen also Kommunikationsräume für gesellschaftliche Öffentlichkeit zur Verfügung und unterstützen veschiedene Modi von Teilhabe. Allerdings werfen sie Widersprüche auf, die sich als „Partizipationsparadox" beschreiben lassen.

und gestaltet. Diese haben letztlich kommerzielle Interessen, die wiederum den Grad an Teilhabe, den Nutzerinnen und Nutzer an den Infrastrukturen der sozialen Medien ausüben können, in aller Regel einschränken. So ermutigen die Plattformbetreiber zwar zur „Mitwirkung", weil erst die Aktivitäten der Nutzer – das Teilen von persönlichen Informationen, von Fotos und Videos – den Wert einer Plattform ausmachen. Auf den ersten Blick nehmen sie dabei eine reine Mittlerrolle

zwischen den Nutzern ein, doch faktisch lassen sie sich meist weit reichende Rechte an den Daten und Inhalten einräumen und behalten sich auch vor, bestimmte Inhalte oder Profile zu sperren, die nicht den Allgemeinen Geschäftsbedingungen entsprechen.

Dies schließt Partizipation im Sinne von „Mitbestimmung" nicht aus: Nutzer werden zur Mithilfe aufgefordert, weil Plattformen wie YouTube oder Facebook aufgrund der schieren Menge der nutzergenerierten Inhalte keine vollständige redaktionelle (Vor-)Prüfung leisten können und wollen. Zu den Moderationsteams sowie den immer wichtiger werdenden technischen Filtersystemen tritt daher die „community", die Betreiber auf extremistische, gewaltverherrlichende oder anderweitig problematische Inhalte hinweisen soll. Die Teilhabe der Nutzerschaft ist als Form der unentgeltlichen Arbeit somit im Geschäftsmodell einkalkuliert, sie steigert letztlich den Wert einer Plattform.

Doch echte Selbstbestimmung, also das eigenverantwortliche Gestalten von Strukturen und Regeln, ist bei den großen Social-Media-Plattformen nicht vorgesehen. Mit dem

Die Teilhabe der Nutzerschaft ist als Form der unentgeltlichen Arbeit somit im Geschäftsmodell einkalkuliert, sie steigert letztlich den Wert einer Plattform. Doch echte Selbstbestimmung, also das eigenverantwortliche Gestalten von Strukturen und Regeln, ist bei den großen Social-Media-Plattformen nicht vorgesehen.

Registrieren bei einem Angebot akzeptiert man zugleich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und begibt sich dadurch in ein Vertragsverhältnis zum Anbieter, wird also zum Kunden. Für den Einzelnen ist dies möglicherweise auf den ersten Blick gar nicht ersichtlich: Man kann in der Regel die Plattformen ja kostenlos nutzen, und die genauen Bedingungen und Pflichten, die man eingeht, sind für den juristischen Laien aus den umfangreichen Dokumenten kaum zu erschließen. Dennoch findet ein Tausch von Leistung und Gegenleistung statt, denn man zahlt mit seinen persönlichen Daten und seiner Aufmerksamkeit, die wiederum vor allem gegenüber Werbetreibenden vermarktet werden. Zynisch formuliert ist man also noch nicht einmal Kunde von Facebook und anderen Plattformen, sondern selbst das Produkt.

Als Nutzer hat man kaum Möglichkeiten, etwaigen Änderungen in der Gestaltung, im Funktionsumfang oder in den Geschäftsbedingungen einer Plattform zu widersprechen oder sie im Vorfeld zu beeinflussen, weil es keine oder nur rudimentäre Prozeduren der Nutzeranhörung oder der Abstimmung zwischen unterschiedlichen Varianten gibt. Und selbst wenn man sich zum Verlassen einer Plattform entscheiden sollte, bauen sich Hürden auf. Diese können sozialer Art sein, weil zumindest in bestimmten Altersgruppen oder Szenen die Präsenz auf einer Netzwerkplattform wie Facebook derzeit unerlässlich ist, um sich nicht sozial zu isolieren. Aber auch technische Hürden bestehen, denn man kann die aufwändig eingestellten und zusammengetragenen Informationen zum eigenen Kontaktnetzwerk nicht einfach zu einem anderen Konkurrenznetzwerk transferieren. Diese Interoperabilität, die zum Beispiel auf dem Telefonmarkt ermöglicht, auch zwischen zwei unterschiedlichen Betreibern telefonieren oder seine Nummer mitnehmen zu können, ist im Bereich der sozialen Medien noch nicht etabliert.

Dies wiederum ist eng mit einem zweiten Problem verbundenen: Die Anbieter von Social-Media-Plattformen sammeln immense Datenmengen, die von den personenbezogenen Informationen im engeren Sinne (wie Geburtsdatum oder Kontaktadresse) bis zu eher beiläufig anfallenden Informationen über Vorlieben, Interessen und Aktivitäten reichen.

Zudem erfassen sie die soziale Verortung einer Person im Geflecht einander überlappender Beziehungs- und Interaktionsnetzwerke. Aus diesen Informationen lassen sich, eine genügend große Datenmenge vorausgesetzt, relativ treffsichere Vorhersagen über Präferenzen oder Verhalten des einzelnen Nutzers machen.

Aus der Sicht der Betreiber entstehen hier neue Möglichkeiten für zielgerichtete, personalisierte Ansprache und Werbung, die für den Einzelnen relevanter sein kann. Aus Sicht des Datenschutzes ist dies eher ein Albtraum, weil sich die sozialen Medien eben auch für überwachende oder kontrollierende Zwecke nutzen lassen, und weil die auf ihnen basierenden Öffentlichkeiten automatisch und verdeckt gefiltert oder durchsucht werden können. Vorschläge zu einer stärkeren Regulierung sind daher auch als Versuch zu sehen, diesen potenziell freiheitsgefährdenden Datensammlungen Grenzen zu setzen.

Zusammengefasst besteht das Partizipationsparadox der sozialen Medien also darin, dass sie einerseits bisher ungekannte Möglichkeiten eröffnen, sich an gesellschaftlicher Öffentlichkeit zu beteiligen, was wiederum bestehende Machtstrukturen des professionell-publizistischen Systems tiefgreifend verändert.

Zusammengefasst besteht das Partizipationsparadox der sozialen Medien also darin, dass sie einerseits bisher ungekannte Möglichkeiten eröffnen, sich an gesellschaftlicher Öffentlichkeit zu beteiligen, was wiederum bestehende Machtstrukturen des professionell-publizistischen Systems tiefgreifend verändert. Andererseits verschließen sie sich selbst aber der Teilhabe und etablieren neue machtvolle Strukturen, in denen in beispiellosem Ausmaß – und unter Mitwirken von uns Nutzerinnen und Nutzern – Informationen über unseren Alltag erhoben und verarbeitet werden. Teilhabe in, mit Hilfe der und an den sozialen Medien muss sich diesem Paradox stellen und letztlich darauf hinarbeiten, alternative Modelle für digitale vernetzte Öffentlichkeiten zu fördern, die auf dezentralen Infrastrukturen, offenen Standards für den Datenaustausch und frei verfügbaren Softwaretechnologien beruhen.

DR. JAN-HINRIK SCHMIDT

ist wissenschaftlicher Referent für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg.
www.schmidtmitdete.de

07

Veränderungen der persönlichen Öffentlichkeit durch soziale Netzwerke aus Sicht von Facebook

VON EVA-MARIA KIRSCHSIEPER

Um heutige Debatten über die digitale Souveränität des Einzelnen zu verstehen, ist es hilfreich, einen Blick zurück zu werfen. 2004 als „Thefacebook" gegründet, fungierte die Plattform zunächst als „digitales Jahrbuch". Über die Möglichkeit, ein eigenes Profil mit Foto und ein paar wenige Informationen zur Person einzustellen, sollten sich die Studentinnen und Studenten der Universität Harvard miteinander vernetzen können. Seitdem sind gerade einmal elf Jahre vergangen. Von anfänglich wenigen Hundert Nutzern ist Facebook zu einer globalen Plattform mit mittlerweile rund 1,4 Milliarden Nutzern geworden.

Parallel dazu hat sich in den letzten Jahren unser Verständnis von Öffentlichkeit verändert. Bestand unser Umfeld vor einigen Jahren noch im Wesentlichen aus direkten Kontakten, machen es soziale Netzwerke heute möglich, mit Menschen auf der ganzen Welt in Kontakt zu bleiben. Gleichzeitig bietet Facebook vielen Menschen eine „Bühne", um wichtige Momente im Leben mit anderen zu teilen oder die eigene Meinung zu äußern.

So selbstverständlich uns dies inzwischen vorkommen mag, liegt diesem Konzept ein revolutionäres Moment zugrunde. Denn über die Auswahl und die Relevanz geteilter Informationen und Inhalte entscheiden einzig die Menschen selbst. Somit ist der Zugang zu einer Öffentlichkeit, wenn auch in gewissen Grenzen, nicht länger nur wenigen, meist politisch oder gesellschaftlich einflussreichen Organisationen oder Einzelpersonen vorbehalten, sondern steht heute nahezu jeder Person mit Internetzugang offen.

Einher geht damit auch, dass man Freunde wie Bekannte stärker als früher am eigenen Leben teilhaben lassen kann. Inhalte und Informationen, die früher als „rein privat" galten, werden heute sehr viel häufiger als früher online geteilt. Folglich hat sich in den letzten Jahren nicht nur das Verständnis von Öffentlichkeit, sondern auch das von Privatsphäre

verändert. Die Grenzen zwischen den beiden Bereichen sind dabei längst fließend.

Von Anfang an war es Facebooks Anliegen, Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu vernetzen und die Welt offener zu gestalten. Das Teilen von Informationen, die einem wichtig sind oder die einen selbst betreffen, ist ein wichtiger Bestandteil davon. Insbesondere dann, wenn Missstände herrschen, auf die die Menschen aufmerksam machen wollen.

Wir sehen unsere Verantwortung darin, Menschen die richtigen Instrumente an die Hand zu geben und sie gleichzeitig darüber aufzuklären, wie sie dabei die Kontrolle behalten können. Jeder sollte selbstbestimmt darüber entscheiden können, welche Inhalte er oder sie mit wem teilen möchte. Da Entwicklungen im Internetzeitalter häufig sehr rasant passieren, mussten auch wir als Plattformanbieter lernen, wie die souveräne Nutzung unseres Dienstes im besten Fall aussehen kann. Heute geben wir den Menschen zahlreiche Möglichkeiten an die Hand, den Grad an Öffentlichkeit ihrer Inhalte zu kontrollieren.

So gibt es auf Facebook etwa verschiedene Privatsphäre-Einstellungen, wie „öffentlich", „nur für Freunde" oder „Freunde von Freunden". Außerdem können Inhalte ganz individuell und mit wenigen Personen geteilt werden. Wir bieten außerdem einen „Privacy Checkup" an, ein Service, mit dem die Privatsphäre-Einstellungen des eigenen Kontos schnell überprüft werden können. Darüber hinaus werden Nutzer darauf hingewiesen, wenn sie sehr häufig Beiträge öffentlich posten. Sie werden dann gefragt, ob sie sich sicher sind, dass dies in ihrem Sinne ist – oder ob sie lieber die Einstellung auf „Freunde" ändern wollen. Es freut uns sehr, dass die Mehrheit der Nutzer diese Möglichkeiten von Facebook annimmt. So verändern bislang schon mehr als die Hälfte der Menschen, die Facebook nutzen, im Laufe der Zeit die Privatsphäre-Einstellungen ihres Profils.

Ferner besteht mit „Lade deine Informationen herunter" die Möglichkeit, die eigenen Informationen, die auf Facebook hinterlegt sind, herunterzuladen. Und auch wenn in der Vergangenheit häufig Gegenteiliges behauptet wurde, ist es natürlich möglich, sein Konto oder einzelne Inhalte wie Profil-Informationen, Nachrichten oder Fotos zu löschen. Wenn sich ein Nutzer dazu entschließt, sein gesamtes Konto nicht weiterführen zu wollen, dann entfernt er damit alle Informationen, die er dort hinterlegt hat. Das Konto kann nicht reaktiviert werden und die Informationen sind unwiederbringlich gelöscht.

Digitale Selbstbestimmung bedeutet auch, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Jeder Mensch sollte in der Lage sein, Vor- und Nachteile einer Entscheidung abzuwägen und potentielle Risiken einschätzen zu können. Hierbei gibt es keinen Unterschied, ob sich dieses Handeln on- oder offline abspielt.

Bei Facebook ist man sich der Verantwortung bewusst und wir haben daher im Laufe der letzten Jahre verschiedene Instrumente eingeführt, die Medien- und Datenkompetenz der Nutzer zu fördern. Dazu gehört beispielsweise auch das Datenkompetenz-Portal „Leben in einer vernetzten Welt", das wir zusammen mit unserem Partner „Deutschland sicher im Netz" im April 2014 ins Leben gerufen haben. Darüber hinaus haben wir zusammen mit Prof. Julia Wippersberg erst kürzlich eine Grundlagenstudie mit dem Titel „Datenkompetenz. Die dritte Säule der Kompetenzen für die Informationsgesellschaft" in Österreich vorgestellt. Wir verbessern unser Angebot ständig und haben für Anregungen und Vorschläge natürlich ein offenes Ohr. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit der Politik und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ist uns dabei sehr wichtig.

Auch PolitikerInnen beziehen soziale Plattformen zunehmend in ihre kommunikativen Aktivitäten ein. Aktuellen Zahlen zufolge verfügen mehr als 92 Prozent[1] der Deutschen

1 Martin Fuchs, Karsten Dietel: Facebook im Bundestag: Wie aktiv sind die Abgeordneten? http://www.hamburger-wahlbeobachter.de/2015/01/facebook-im-bundestag-wie-aktiv-sind.html

Bundestagsabgeordneten über einen eigenen Facebook-Auftritt, den sie regelmäßig aktiv nutzen. Für Politiker liegen die Vorteile von sozialen Plattformen wie Facebook auf der Hand: Sie können direkt mit den Menschen in Kontakt treten, können sie über ihre Arbeit als Politiker informieren und an Politik teilhaben lassen. Von ihren Unterstützern kann ungefiltertes, wertvolles Feedback generiert werden. Darüber hinaus können die eigenen Positionen sowie die gesetzten Themen nicht nur dem Unterstützerkreis sondern der gesamten (potentiellen) Wählerschaft vermittelt werden. Auf diese Weise können PolitikerInnen für sich und ihre Themen eine gänzlich neue Öffentlichkeit schaffen.

PolitikerInnen können über Facebook zudem Nähe demonstrieren und sind für ihre Wähler erreichbar. In Online-Bürgersprechstunden kann der Dialog mit Wählern geführt werden, unabhängig von örtlichen Veranstaltungen. Facebook ermöglicht es den Abgeordneten außerdem, auch gerade während laufender Debatten, direkt auf die Argumente von Kolleginnen und Kollegen öffentlich einzugehen. So erlauben ihnen soziale Netzwerke, wichtige politische Ereignisse schnell und ortsungebunden einzuordnen und zu kommentieren.[2]

Selbstverständlich öffnen politische Amtsträger in sozialen Plattformen auch ihre Privatsphäre in einem gewünschten Maße für die Öffentlichkeit, treten sie doch mit ihrer eigenen Identität auf und nicht mehr „nur" als Zitatgeber in einer Pressemitteilung der eigenen Fraktion.

Insofern können soziale Plattformen dazu beitragen, die parlamentarische Demokratie zu stärken, da sie den Diskurs über komplexe Sachverhalte fördern, zumal zwischen Wählern und Gewählten, die im Alltag eher selten zusammenkommen. Auch haben wir den Eindruck, dass viele Nutzer den Austausch mit der Politik schätzen. Nicht ohne Grund hat die Bundesregierung für ihr im Februar gestartetes eigenes Facebook-Profil viele positive Rückmeldungen erhalten, insbesondere für den informativen, gleichzeitig aber anfassbaren und teils sogar humoristischen Umgang mit der Vielzahl an täglichen Fragen. Zugegeben: Die Ressourcen für ein eigenes Redaktionsteam sind nicht jedem vergönnt. Und doch zeigt sich, wie sehr politische Debatten auf sozialen Plattformen angenommen und „gelebt" werden.

Doch nicht nur Politiker haben Facebook für sich entdeckt, mittlerweile nutzen auch immer mehr gemeinnützige und politische Organisationen die Plattform für ihre Arbeit. Mit dem Smart Hero Award hat Facebook zusammen mit der Stiftung Digitale Chancen bereits zum zweiten Mal solche Initiativen ausgezeichnet, die soziale Medien auf besonders vorbildliche Art und Weise nutzen. Die Spanne der Preisträger zeigt eindrucksvoll, welchen gesellschaftlichen Wert soziale Plattformen bieten können. Angefangen von „foodsharing.de", einer Lebensmittelverschenk-Plattform, über die Organisation „CUCULA", die Flüchtlingen bei ihrer beruflichen Zukunft unterstützt, bis hin zu „Jugend gegen AIDS", einer Organisation, die Aufklärungsarbeit zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten leistet. Oder die Initiative „Wir versilbern das Netz", die aufzeigt, dass man auch im Alter gut an der digitalen Gesellschaft teilhaben kann. Zu guter Letzt wurde der Publikumspreis an die Organisation „Dresden Nazifrei" vergeben, die Aufklärungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus betreibt.

Diese Beispiele zeigen in meinen Augen sehr gut, wie Facebook bürgerschaftliches, politisches und soziales Engagement fördert und diesen und vielen weiteren Initiativen eine Plattform gibt, über wichtige Themen zu informieren. Facebook wird auch weiterhin den engen und offenen Austausch mit politischen EntscheidungsträgerInnen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, MultiplikatorInnen und nicht zuletzt mit den Menschen auf Facebook suchen. Die Entwicklung bleibt nicht stehen – und wir werden Tag für Tag daran arbeiten, unserer Verantwortung gerecht zu werden.

EVA-MARIA KIRSCHSIEPER

leitet seit September 2014 das Public Policy Team von Facebook in Deutschland. 2009 war sie ein Jahr lang beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) als Leiterin des Referats Telekommunikation, Neue Dienste, Informationsgesellschaft, Postdienste tätig. Von 2007 bis 2009 war sie im Europäischen Parlament als Büroleiterin einer Europaabgeordneten beschäftigt. Eva-Maria Kirschsieper studierte Politikwissenschaft an den Universitäten Regensburg, Erlangen-Nürnberg, Universitá degli Studi di Padova und der Freien Universität Berlin.

2 Facebook - Leitfaden für Politiker und Amtsträger, https://netzpolitik.org/wp-upload/136204668-Facebook-Fuer-Politiker-Download.pdf

08

Troll, Partner und Kunde – vom spannungsreichen Verhältnis zwischen Publikum und Journalismus

Seit mehr als 20 Jahren gibt es Digitalen Journalismus. Seine Existenz aber ist noch immer prekär. Und das Publikum ist für Journalisten zu einem höchst anspruchsvollen Partner geworden.

VON PROF. DR. VOLKER LILIENTHAL

Die Revolution begann 1994. In den USA ging Nando.net online, eine Nachrichtenseite der Lokalzeitung The News & Observer aus Raleigh, North Carolina. Im selben Jahr feierte der deutsche Spiegel eine Weltpremiere: Spiegel Online war die erste Magazin-Website im Netz, lange vor Time.

Seither ist online viel passiert: Der Journalismus hat sich multimedial weiterentwickelt, er nutzt neuartige Recherchetechniken und leistet sich Quellentransparenz. Aber die wirtschaftliche Basis bleibt prekär. Revolutionär gestalten sich seither die Beziehungen zum Publikum. In einer medienhistorisch nie dagewesenen Weise können Leserinnen und Leser auf journalistische Inhalte Einfluss nehmen. Die „gläserne Redaktion" ist keine Utopie mehr, sondern ein Ort, auf den manchmal von außen mit Steinen geworfen wird.

Alle Journalisten und Redaktionen, die etwas auf sich halten, bekennen sich zum Dialog mit dem Publikum. Der „missachtete Leser" gehört der Vergangenheit an – eher geht es heute um den übermäßig beachteten Leser. Grundsätzlich gilt: Die Alltagserfahrung und das Weltwissen von Rezipienten können Journalismus besser machen. Sie sind es, die Recherchetipps geben, Themenhinweise, auf die Journalisten noch nicht gekommen sind.

Für diese Art von vernünftigen „Userbeiträgen" sind die Redaktionen dankbar. Doch da gibt es noch andere. Abseits der Idealvorstellung eines zivilisierten Informationsaustauschs zwischen Publikum und Redaktion stören Trolle und Spammer, verderben die Stimmung, vergraulen und vertreiben Nutzer, die sich in einem solchen Umfeld nicht mehr wohlfühlen. Für seriöse Medien ist das ein Unding: Sie haben ein fundamentales Interesse daran, Stammkunden zu halten – nicht zuletzt, um sie irgendwann zu zahlenden Abnehmern von jetzt noch frei verfügbaren Webinhalten zu machen.

In unserer Studie „Digitaler Journalismus" (Leipzig 2014) haben wir das Spannungsfeld untersucht und u.a. dieses

herausgefunden: Personen, die medienöffentlich den dissozialen Diskurs bedienen, sind eine Minderheit, aber eine hinreichend große und sehr aktive Gruppe, um den Redaktionen Aufwand und fallweise auch Stress zu bescheren. Der Aufwand ergibt sich aus der Notwendigkeit, Rechtsverstöße (wie Rassenhass, Pornographie, Beleidigungen) in den Äußerungen zu erkennen und durch Löschung zu unterbinden – eine personelle Herausforderung. Stress bedeutet, dass Autoren und Redakteure häufig beschimpft werden – nicht selten eine menschliche Zumutung, wenn man Postings wie diese bekommt: „Holladiewaldschwuchtel ihr linksversifftes Geschwätz können Sie sich rektal einführen."

Die Redaktionsleitungen haben dieses Problem inzwischen als Managementaufgabe erkannt – was nicht bedeutet, dass schon perfekte Lösungen gefunden wurden. Die Einführung einer Klarnamenpflicht ist eine Möglichkeit, die Sperrung von Störern eine andere. Süddeutsche.de hat inzwischen folgende Kanalisierung gewählt: Um „die Diskussionen zu verbessern", können einzelne Artikel nicht mehr im direkten Umfeld der Website kommentiert werden, sondern nur ausgelagert auf sozialen Netzwerken. „Schleppscheiße" unter den Artikeln gibt es nicht mehr. Auf der Süddeutsche.de-Website selbst steuert die Redaktion die Userdebatten, indem sie tagesaktuell zwei bis drei Themen vorgibt. Unter dem Rubrum „Ihre SZ" wird beispielsweise durchaus alltagsnah und populär gefragt: „Was haben Sie schon im Bewerbungsverfahren erlebt?" Für die Beteiligung ist eine Anmeldung mit Login erforderlich, die Redaktion behält sich vor, nicht nur widerrechtliche, sondern auch wenig niveauvolle oder redundante Äußerungen zu löschen: „Wir wählen die besten Antworten aus", heißt es in der SZ-Netiquette.

Während die Forschung zum Digitalen Journalismus bislang noch die INklusion des Publikums im Auge hatte, ist die Praxis also schon weiter und setzt eine neue EXklusion ins Werk: den Ausschluss von Pöblern, von missliebigen Personen, die an einem vernünftigen Meinungsaustausch offenbar nicht interessiert sind. Das ist legitim und hat natürlich nichts mit „Zensur" zu tun, wie die Betroffenen reflexartig schimpfen („Medienfaschismus"). Aber es ist eben auch ein Rollback, eine Ent-Täuschung hinsichtlich der Potenziale der demokratietheoretisch erwünschten Publikumspartizipation, eine Desillusionierung, nachdem offenbar wurde, dass auf der digital-medialen Agora nicht nur für Demokratie, Gewaltfreiheit und Menschenrechte plädiert wird, sondern ebenso für das krasse Gegenteil.

Das Problem des dissozialen Diskurses hat noch andere, inhaltliche Folgen. In unserer Befragung von 15 Redaktionsverantwortlichen führender Digitalmedien wurde mehrfach die Erfahrung artikuliert, dass Artikel zu Israel-Themen, die man zwecks Traffic-Generierung auf Facebook postet, gerade dort von Neonazis gekapert werden. Konsequenz daraus: die Platzierung solcher Themen auf dem meistgenutzten sozialen Netzwerk unterbleibt schlichtweg. Ob das Selbstzensur ist, ist eine sekundäre Frage. Interessanter ist die Folge: nur noch ein selektiver, reduzierter Ausschnitt der Aktualität wird gerade dort geboten, wo jüngere Menschen, die sich eher politik- und journalismusabstinent verhalten, für schwierige Themen zu interessieren wären.

Es gibt aber auch positive Publikumseffekte. Um die zu erzielen, müssen viele Journalisten noch zu einem deutlich aktiveren Dialogverhalten finden. Daniel Wüllner, „Redakteur für den Leserdialog" von Süddeutsche.de, kündigt an: „Wir werden uns engagierter als Stimme der Redaktion einbringen, statt wie bisher die Auseinandersetzung nur durch das Freischalten guter Beiträge zu verwalten, was oft zu Kritik geführt hat - von unzufriedenen Kommentarschreibern, aber auch von Lesern, die mit dem Niveau der Diskussion nicht zufrieden waren."

Lilienthal, V./ Weichert. S./ Reineck, D./ Sehl, A./ Worm, S.: Digitaler Journalismus: Dynamik – Teilhabe – Technik. (Schriftenreihe Medienforschung der LfM Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen). Leipzig, 2014.

Das nennt man „Audience Enagement“, aber dabei gibt es vielerorts Nachholbedarf. Viele journalistische Websites haben sich der Nutzer-Partizipation zwar konzeptionell geöffnet – allerdings in einem eng definierten Rahmen, hat unsere Inhaltsanalyse erbracht. Angeboten werden überwiegend Funktionen, die sich auf ein Nutzer-Feedback beschränken, zum Beispiel Bewertungs-, Kommentarfunktionen oder die Möglichkeit, online einen „Leserbrief“ einzureichen. Eigene Themenvorschläge und Inhalte einbringen, das können die Nutzer der untersuchten 388 Websites dagegen seltener. Auch in der Stichprobe unserer qualitativen Analyse – 15 Digitalmedien, die branchenintern als innovativ eingeschätzt werden – war das nur tendenziell besser. Hier bräuchte es mehr explizierte Aufforderungen an das Publikum, sich zu beteiligen – wie es Süddeutsche.de mit „Die Recherche“ vormacht.

Untersucht haben wir auch die Arbeitsbedingungen von Digital-Journalisten, beobachtet wurden insgesamt zehn Journalisten in vier Redaktionen. Hier zeigte sich die hohe Arbeitsverdichtung, die schnelle Taktung eines journalistischen Multitasking und der selbstverständliche, großenteils schon professionalisierte Einsatz von Tools, Hilfsprogrammen und anderen digitalen Techniken, um redaktionelle Fließbandarbeiten wie das permanente Monitoring von Social-Media-Kanälen zu automatisieren. Das funktioniert zu einem Gutteil, es sollte aber allenfalls von einer Halb-Automation gesprochen werden. Der viel beschworene Roboterjournalismus ist noch eine digitale Utopie und keinesfalls Praxis in deutschen Redaktionen.

Digitaler Journalismus gilt als „klickfixiert“ und boulevardesk – zwei Annahmen, die gerne mit Beispielen wie Buzzfedd und Huffington Post belegt werden. Aber das Potenzial ist ein ganz anderes, ausgesprochen positives und qualitätsorientiertes: mehr Vielfalt und Tiefe, mehr Dialog und Transparenz. Das Publikum gewinnt hier Qualitätsjournalismus. Aber nicht automatisch. Es bestimmt mit über die Qualität des Angebots: durch seine Zahlungsbereitschaft, durch seinen inhaltlichen Input – der immer nur von einer aktiven Minderheit kommen wird – und nicht zuletzt durch Gratifikationen und Sanktionen journalistischer Arbeit, wie sie sich in den Diskussionsforen und sozialen Medien artikulieren. Diese Mitverantwortung des Publikums wurde noch nicht von allen erkannt. Bei schlechter Stimmung ist schlecht schreiben.

Kurzfassung der Studie unter: www.lfm-nrw.de/partizipativerjournalismus

PROF. DR. VOLKER LILIENTHAL

ist Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg. Er war bis zu seiner Berufung an die Universität Hamburg Verantwortlicher Redakteur des Fachdienstes „epd medien“ in Frankfurt am Main. Prof. Lilienthal wirkt in mehreren Jurys von Medienpreisen mit, u. a. beim Otto Brenner Preis für Kritischen Journalismus. Mitherausgeber der Internationalen Zeitschrift für Journalismus MESSAGE seit 2012, ein reines Webmedium seit 2015.
www.message-online.com

Die gute Nachricht zum Schluss: Die sogenannte Gratismentalität des Publikums und damit das medienökonomische Haupthindernis für digitalen Qualitätsjournalismus schleicht sich aus und könnte schon bald von einem neuen Wertbewusstsein abgelöst werden. Einer neueren repräsentativen Umfrage des Branchenverbands BITKOM zufolge zahlte 2014 jeder dritte Internetnutzer für redaktionelle Inhalte, die er im Netz fand. Im Vorjahr war es erst ein Viertel gewesen. Pro Monat wurden demnach 15,10 Euro für bezahlpflichtige Inhalte ausgegeben, nach 13,60 Euro im Jahr 2013.

Die jüngeren Mediennutzer (14 bis 29 Jahre) sind zu 40 Prozent zahlungsbereit und zeigen damit, dass ein Umdenken begonnen hat und sich über den Generationswechsel in Zukunft noch stärker bemerkbar machen wird. Klar ist aber auch: Bezahlt wird nicht für alles und jedes, nicht für abgeschriebenen Klatsch, den es an jeder Ecke gibt. Sondern vorzugsweise für qualitativ hochwertige digitale Inhalte, für politischen Journalismus, der kritisch ist und in die Tiefe geht (46 Prozent), für aufwändige Reportagen, Wirtschaft, Sport und Nutzwert. Hoffen wir, dass die Mehrheit von 60 Prozent, die noch immer nicht zahlen will (Argumente: gibt’s überall umsonst, zu teuer, zu schlecht, bezahlen ist zu kompliziert), bald zu einer Minderheit wird. Das liegt im Interesse nicht nur der Medien und der Journalisten, sondern auch des Publikums. Gute Information ist Wertarbeit, die bezahlt sein will. Und auch die Demokratie kommt auf Dauer nicht ohne nachhaltig finanzierte Qualitätsmedien aus.

09

Chancen der Digitalisierung in der Arbeitswelt

VON ANDREA NAHLES

Wie wird die Digitalisierung unsere Wirtschaft und unsere Arbeitswelt verändern? Diese Frage wird seit einiger Zeit breit diskutiert. Industrie 4.0 und neuerdings auch Arbeiten 4.0 sind die Schlagworte. Dabei ist die Digitalisierung in unserem Berufsalltag schon längst angekommen. Die Art und Weise, wie wir arbeiten, wie wir kommunizieren, hat sich in den vergangenen Jahren durch moderne IT-Technik radikal gewandelt. Viele wissensbasierte Tätigkeiten und Verwaltungstätigkeiten können heute von überall erledigt werden; auch Arbeitszeiten sind flexibler geworden. In der Industrie arbeiten Mensch und Roboter mittlerweile Hand in Hand, wobei die Maschine vor allem stark von Routinen geprägte Arbeit übernimmt, darunter auch viel Arbeit, die monoton oder körperlich belastend ist. Auch im Dienstleistungsbereich hat die Digitalisierung voll durchgeschlagen: Online-Banking, Online-Shopping – die „Plattformisierung" der Ökonomie verändert selbst das Geschäftsmodell der Supermärkte.

Ermutigend ist die Erkenntnis, dass technischer Fortschritt noch nie bedeutet hat, dass uns die Arbeit ausgeht. Aber Berufsbilder und Tätigkeiten ändern sich. Einige Berufe werden verschwinden, dafür kommen andere Beschäftigungsmöglichkeiten neu hinzu.

Ermutigend ist die Erkenntnis, dass technischer Fortschritt noch nie bedeutet hat, dass uns die Arbeit ausgeht. Aber Berufsbilder und Tätigkeiten ändern sich. Einige Berufe werden verschwinden, dafür kommen andere Beschäftigungsmöglichkeiten neu hinzu. Und damit auch neue Chancen für viele Menschen. Düstere Zukunftsprognosen sind deshalb fehl am Platze und bringen uns auch nicht weiter. Vielmehr müssen wir uns auf die Veränderungen einstellen, die Entwicklung aktiv begleiten und gute Rahmenbedingungen für

die digitale Arbeitswelt schaffen. Wir wollen, dass der digitale Wandel im Sinne der Menschen gelingt und die Errungenschaften der Humanisierung der Arbeit nicht über Bord fallen.

Dialogprozess Arbeiten 4.0: Arbeit weiter denken

Allerdings verändert nicht nur der technologische Wandel die Arbeitswelt. Auch darüber hinaus haben sich Ansprüche und Realitäten der Menschen am Arbeitsmarkt gewandelt. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist gestiegen. Der Anteil atypischer Erwerbsverhältnisse ist gewachsen und die Arbeitswelt insgesamt instabiler geworden. Gleichzeitig bestehen neue Ansprüche an die Organisation der Arbeit. Viele Erwerbstätige wünschen sich mehr Arbeitszeitsouveränität, um Arbeit und Leben besser vereinbaren zu können. Mit der Generation Y treten zunehmend junge Leute ins Berufsleben ein, denen in größerem Maße die Balance zwischen Beruf und Privatleben wichtig ist. Unter „guter Arbeit" verstehen sie auch, dass Arbeitgeber Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung bieten. Auch bereits bekannte Trends wirken fort. Der demografische Wandel, die globale Verflechtung von Wirtschaftsräumen, der schon länger zu beobachtende Trend zur Wissensgesellschaft – all das wird die Arbeit der Zukunft, zusätzlich zur Digitalisierung, stark prägen und verändern.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass wir einen breiter angelegten Dialog zur Zukunft der Arbeit führen müssen, um die vielen Veränderungen und die Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu erfassen. Als Rahmen habe ich dafür im April den Dialogprozess Arbeiten 4.0 gestartet. Wir wollen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Sozialpartnern, betrieblicher Praxis, aber auch die breite Öffentlichkeit befragen und einbinden. Zum Auftakt hat mein Ministerium ein Grünbuch vorgelegt, das die Ausgangssituation und die wichtigsten Herausforderungen skizziert und die Grundlage für die Diskussion bildet. Ende 2016 wollen wir dann ein Weißbuch vorlegen, das die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse enthalten und Gestaltungsoptionen aufzeigen soll. Am Ende geht es darum, dass wir in Deutschland stark und erfolgreich bleiben, das heißt technologisch und wirtschaftlich führend, aber eben auch gesellschaftlich und sozial vorbildlich.

Herausforderungen für „gute Arbeit" im digitalen Zeitalter

Der Strukturwandel wird sich auf vielen Ebenen vollziehen und viele Herausforderungen für unsere Arbeitsgesellschaft bringen, auf die (auch) die Politik Antworten geben muss. Um welche Veränderungen geht es konkret und was können wir tun?

Erstens: Mit dem digitalen Wandel wird Arbeit räumlich, zeitlich und organisatorisch entgrenzter sein. Mobile Geräte, Breitbandinternet und Cloud-Computing bieten weitgehende technische Möglichkeiten, um orts- und zeitunabhängig zu arbeiten. Flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen mehr Freiheit und Selbstbestimmung und erleichtern die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Gleichzeitig haben sich aber auch die Zeitbedarfe der Unternehmen verändert. Just-in-time-Produktion und ein sich im Zuge der Globalisierung verschärfender Wettbewerb steigern den Druck auf die Betriebe, den Arbeitseinsatz flexibel an den Bedarf anzupassen, ebenso wie ein in ständigem Wachstum und Wandel befindlicher Dienstleistungssektor. Diese betrieblichen Anforderungen an Flexibilität sind aber häufig gerade nicht deckungsgleich mit den Flexi-

bilitätswünschen der Beschäftigten. Deshalb sind neue Gestaltungsoptionen erforderlich. Zum einen geht es darum, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Flexibilitätsoptionen haben und diese auch wahrnehmen können, um zum Beispiel von Zuhause aus arbeiten zu können. Hier hat die Technik vieles möglich gemacht, an dem wir weiter arbeiten. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben. Wir brauchen ein neu definiertes Normalarbeitsverhältnis. Als Grundlage dafür sollten Sozialpartner und Politik einen neuen Flexibilitätskompromiss anstreben, der es den Beschäftigten ermöglicht, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle zu nutzen. Eine denkbare Option ist der aktuell in die Diskussion gebrachte Vorschlag einer Familienarbeitszeit, die Eltern durch eine teilweise Kompensation der Lohneinbußen die Möglichkeit bietet, in der Familienphase weniger zu arbeiten. Eine weitere Möglichkeit ist, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig zeitlich befristet in Teilzeit arbeiten können und das Recht erhalten, zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren.

Zweitens: In einer dynamischen Wirtschaft ist die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit eine zentrale Herausforderung. Dabei geht es um Qualifizierung und um den Erhalt der körperlichen und psychischen Gesundheit.

In der Arbeitswelt von morgen kommt es auf gut ausgebildete Arbeitskräfte an. Wie die PIACC-Studie der OECD (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) zeigt, geht es einerseits um höhere Qualifikationen, damit die Beschäftigten mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten können. Andererseits sind neben fachspezifischen Kenntnissen verstärkt soziale Fähigkeiten und sogenannte „soft skills" gefragt: Kreativität, Kommunikationsstärke, Problemlösungskompetenz und die Fähigkeit zu ganzheitlichem und vernetztem Denken. Gerade hier sind Menschen unverzichtbar und die Digitalisierung stärkt dabei ihre Rolle.

Die berufliche Weiterbildung wird deshalb weiter an Bedeutung gewinnen. Die Beschäftigten brauchen individuelle und bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote während des ganzen Erwerbslebens. Die Zugangschancen zur Weiterbildung, insbesondere für Niedrigqualifizierte und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, müssen verbessert werden. Es wäre kluge Arbeitsmarktpolitik, genau da zu helfen, damit wir erfolgreich sind. Ich könnte mir zum Beispiel eine „Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung" vorstellen, die nicht erst ins Spiel kommt, wenn Arbeitslosigkeit eintritt oder unmittelbar bevorsteht, sondern über das ganze Arbeitsleben als Ansprechpartnerin bei Übergängen und Fragen der Qualifizierung hilft.

Ebenso wichtig ist der gesundheitliche Aspekt. Die digitale Arbeitswelt ist schnell und fordernd. Nur wer körperlich fit und seelisch stark ist, wird ihren Herausforderungen auf Dauer gewachsen sein. Deshalb werden Unternehmen künftig nur erfolgreich sein, wenn sie die körperliche und seelische Gesundheit der Beschäftigten ernst nehmen. Der Einsatz von intelligenten Assistenzsystemen oder Maschinen, die monotone oder körperlich belastende Tätigkeiten erledigen, können den Gesundheits-

schutz verbessern. Gleichzeitig müssen wir aber darauf achten, dass der Umgang mit neuer Technik und die permanente Erreichbarkeit durch moderne Kommunikationsmittel die Menschen nicht überfordern und seelisch belasten.

Drittens: Wenn wir über plattformvermittelte Dienstleistungen on Demand, Crowdworking und Solo-Selbstständige reden, dann heißt das, dass wir genauso wie bei Werkverträgen in der „analogen" Arbeitswelt darüber sprechen müssen, dass Chancen und Risiken zwischen Auftragnehmern und Auftraggebern gerecht verteilt sind, dass es einen fairen Wettbewerb gibt und es zu keinem Missbrauch neuer Arbeitsformen kommt. Dafür ist es zunächst wichtig, dass sich die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer, die die Online-Plattformen beispielsweise für Crowdworker nutzen, selbst organisieren, um ihre Interessen auszuformulieren und gemeinsam zu vertreten. Darüber hinaus ist hier auch der politische Handlungsbedarf zu klären: Benötigen wir für neue, selbstständige Formen der Erwerbsarbeit neue Konzepte der sozialen Absicherung? Bislang ist unser Arbeits- und Sozialrecht vor allem auf den klassischen Beschäftigten ausgerichtet. Im Rahmen unseres Dialogprozesses wollen wir deshalb beispielsweise im Austausch mit den Selbstständigen erörtern, wie wir ihren Wunsch nach Freiheit mit neuen Formen der Absicherung, insbesondere der Alterssicherung, verbinden können.

Viertens: Um ein gutes Zusammenspiel von Mensch und Technik zu ermöglichen, müssen wir die Partizipation der Beschäftigten bei der Einführung neuer Technologien und digitaler Prozesse sicherstellen. Wenn die Beschäftigten den Eindruck gewinnen, dass es am Ende nicht mehr auf sie ankommt, dann brauchen wir nicht mehr von Fortschritt zu reden. Denn auch beim Arbeiten 4.0 müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen.

Informationen zum Dialog „Arbeiten 4.0" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: http://www.bmas.de/DE/Themen/Schwerpunkte/Arbeiten-vier-null/inhalt.html

Der Schlüsselbegriff in diesem Kontext lautet für mich „digitale Souveränität". Er ist der Volkswirtschaft entlehnt und bezeichnet dort die Idee, dass wir als Technologie-Standort weiter in der Lage sein müssen, Schlüsseltechnologien selbst zu entwickeln. Nur so können wir vermeiden, dass wir künftig weder fremdbestimmt noch von der übrigen Welt abgeschnitten sind. Übertragen auf die Arbeitswelt könnte digitale Souveränität bedeuten, dass die Menschen handlungsfähig und selbstbestimmt bleiben, dass sie mit Rechten ausgestattet mitreden und mitgestalten können, wie ihre Arbeit organisiert ist.

ANDREA NAHLES

ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesministerin für Arbeit und Soziales. 1995 erfuhr die studierte Literaturwissenschaftlerin mit ihrer Wahl zur Juso-Vorsitzenden zum ersten Mal bundesweite Aufmerksamkeit. 1998 zog sie in den Deutschen Bundestag ein. 4 Jahre lang leitete sie von 2009 bis 2013 als Generalsekretärin die SPD-Parteizentrale. 1970 in Mendig geboren, lebt sie mit ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter in der Eifeler Heimat.
www.arbeitenviernull.de

Flexible Arbeit fair organisiert, mehr Qualifizierung und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, soziale Sicherheit auch bei neuen Arbeitsformen, schließlich Beteiligung und Einbindung der Beschäftigten bei der Einführung neuer Technologien – das sind vier unserer wichtigsten Ziele, an denen wir in den kommenden Monaten arbeiten werden. Wir befinden uns am Anfang eines großen Wandels. Wenn wir die Herausforderungen gemeinsam und solidarisch anpacken, dann können wir die Kraft dieses Wandels für uns nutzen, um humane Arbeitswelten im 21. Jahrhundert aktiv zu gestalten. Damit auch digitale Arbeit gute Arbeit ist.

10

Kreativ und frei? Zwischen Amazon und illegalem Download – Vom wirtschaftlichen Überleben Kreativer im digitalen Zeitalter

EIN INTERVIEW MIT MATTHIAS POLITYCKI (AUGUST 2015)

Das Internet verändert auch die Arbeitswelt der Kreativen. Ob in der Musikwirtschaft oder bei den Buchverlagen, überall ändern sich die Geschäftsmodelle. Konzerne wie Amazon diktieren neue Regeln und der Streit um das Urheberrecht ist einer der zentralen Konflikte. Auf der einen Seite stehen Urheber, die um ihre Existenz fürchten. Demgegenüber stehen Forderungen, das Urheberrecht abzuschaffen, weil geistiges Eigentum in Zeiten unendlicher digitaler Vervielfältigung ein Anachronismus sei. Die unterschiedlichen Interessen scheinen unversöhnlich. Mit dem Schriftsteller Matthias Politycki haben wir über die Zukunft des Urheberrechts gesprochen und welche Auswirkungen das Internet für Schriftsteller hat.

Wie erleben Sie als Schriftsteller, als Urheber, das Internet? Eher als Bedrohung oder als Bereicherung?

Als Bedrohung jedenfalls nicht, eher als Chance. Zum Beispiel sehe ich, dass sich mein aktuelles Buch „42,195. Warum wir Marathon laufen und was wir dabei denken“ massiv übers Internet als E-Book verkauft, weit mehr als die E-Books meiner früheren Romane. Buch ist Buch, Leser ist Leser; ein Text muss unabhängig vom Medium funktionieren, übrigens auch schon als Hörbuch. Von den Hoffnungen, die ich noch vor zehn Jahren ans Internet knüpfte, bin ich mittlerweile freilich kuriert. Die Sorge, irgendwann von meinen Büchern nicht mehr leben zu können, habe ich trotzdem (noch) nicht. Aufgrund unseres hochindividualisierten Ansatzes sind wir als Schriftsteller eigentlich nicht kopierbar, einzelne Texte vielleicht, nicht jedoch die Person. Ein Schriftsteller ist mehr als die Summe seiner Bücher; diese werden erst durch seine Persönlichkeit beglaubigt – offline.

Sehen Sie ein Problem in der leichten Vervielfältigung von E-Books, die dann kostenlos zum Download angeboten werden? Ist das mit ihren Büchern schon passiert?

Nicht dass ich konkret wüsste! Wobei ich mitunter Google Alerts bekomme, die mich auf irgendwelche Download-Portale hinweisen, auf denen meine Bücher angeboten werden. Ich habe mir aber bewusst antrainiert, derlei nicht weiter zu verfolgen – das sehe ich als Aufgabe der Verlage. Solange sie als Zwischenhändler zwischen Autor und Leser agieren, muss auch durch sie (als den Besitzern der Urheberrechte) dafür gesorgt und notfalls gekämpft werden, dass das klassische Geschäftsmodell weiterhin funktioniert. Was ich allerdings als besorgniserregend empfinde, ist der per Internet betriebene Weiterverkauf von Büchern, also die Zweit-, Dritt- und Zehntverwertung, wie sie heute weltumspannend betrieben wird. Damit verlieren Schriftsteller bzw. ihre Verlage viel mehr an Umsatz als über illegal zum Download angebotenen E-Books, vor allem im Taschenbuchbereich. Was früher in Antiquariaten und Grabbeltischen einigermaßen mühsam und zeitaufwendig gesucht werden musste, ist heute mit ein paar Mausklicks gefunden. Das Buch als solches ist kein Statussymbol oder Bildungsgut mehr, das es ein Leben lang zu bewahren gilt; heute schlüpfen viele Buchkäufer nach erfolgter Lektüre in die Rolle eines Hobby-Antiquars. Als Autor muss man sich damit trösten, dass man mit einem Buch genauso viele Leser findet wie vor zehn Jahren, selbst wenn man damit nur noch ein Drittel verdient.

Sehen Sie die Gratismentalität der Nutzer als ein Problem?

Das tue ich, denn da mangelt es offensichtlich am Respekt für die Leistung anderer. Ein Handwerker will schließlich auch bezahlt werden; und wovon sonst sollte ein Künstler denn leben als von seiner Kunst? Ganz konkret erlebe ich diese Gratismentalität allerdings erst mal nur auf der Bildebene: Wenn mein Verlag kein honorarfreies Autorenfoto zum Download anbietet, dann wird eben auf ein Foto verzichtet – und zwar nicht etwa nur in den Null-Budget-Blogs der Idealisten, sondern von unseren Leitmedien. In dieser Hinsicht ist die Gratismentalität bereits Teil der Branchenstruktur geworden.

Welche Rolle spielen die großen Akteure – also Unternehmen wie Amazon?

Im Grunde erlebe ich sie als durchaus kooperativ. Man verkauft nun mal viele Bücher über Amazon, und im Hörbuch-Sektor geht fast gar nichts mehr ohne die Downloadplattform von Audible, dem Hörbuch-Ableger von Amazon. Keine Frage, diese Quasi-Monopolstellung ist eine Gefahr. Aber die europäischen Verlage sind leider mitverantwortlich dafür, dass es keine konkurrierende europäische Plattform gibt, sie haben die Entwicklung schlichtweg verschlafen. Nun müssen viele Zwerge, die Verlage, mit wenigen Riesen zu kooperieren versuchen, ohne von ihnen abhängig zu werden. Zumal der Zwischenhandelsrabatt, der von Amazon bei der Bücherorder ausgehandelt wird, mittlerweile schon oft jenseits der Schmerzgrenze liegt, wenn ich meinen Verlegern glauben kann.

Die Musikindustrie wird ja immer wieder als Beispiel herangezogen dafür, wie eine ganze Branche eine Entwicklung verschläft. Inzwischen hat sich der Markt radikal ver-

ändert. Man kann einfach einzelne Lieder als Download kaufen oder über Musikstreaming-Dienste hören. Viele Musiker verdienen heute mehr über Konzerte als über den Verkauf der Musik oder vermarkten ihre Musik über eigene Webseiten. Können Sie sich einen ähnlich radikalen Umbruch auch für Schriftsteller und Verlage vorstellen?

Vor kurzem habe ich mit meinem Lektor tatsächlich darüber diskutiert, ob man bei zukünftigen Lyrikpublikationen das iTunes-Modell anwenden und jedes Gedicht einzeln zum Download anbieten solle, vielleicht für 10-20 Cent. Wer nach ein paar Testkäufen feststellt, dass ihm die Gedichte gefallen, könnte sich dann natürlich auch für, sagen wir, zehn Euro den kompletten Band herunterladen. Selbst bei Romanen wäre es durchaus vorstellbar, dass man als interessierter Leser zunächst mal nur das erste Kapitel kauft; und immer so weiter, Kapitel für Kapitel. So war es vor hundert, zweihundert Jahren ja schon mal in Europa, auch ein Balzac hat seine Bücher zunächst als Fortsetzungsromane für die Zeitung geschrieben. Warum sollten wir den heutigen Lesern nicht auch die Möglichkeit bieten, einen Text erst mal nur anzulesen? Übrigens machen wir das schon seit Jahren auf meiner Homepage, indem wir dort respektable Textproben gratis zur Verfügung stellen. Lesungen wiederum, so schätze ich, dürften deutlich teurer werden. Auch hier grassiert derzeit noch die Gratismentalität, zumindest als Fast-Gratismentalität; an manchen Orten wird „prinzipiell" für Lesungen kein Eintritt erhoben, man versteht das als Kulturförderung. Ich halte es für eine Entwertung der Veranstaltung, bevor sie überhaupt stattgefunden hat: Was nichts kostet, so wird der interessierte Zuhörer nicht selten denken, das wird subventioniert und kann also gar nichts taugen. Wäre eine Lesung ähnlich teuer wie ein Konzert, wäre es bald auch ähnlich cool, sich den Besuch derselben zu leisten. Selbstverständlich muss der Schriftsteller dann auch wesentlich mehr bieten als die traditionelle Wasserglas-Lesung. Kern bliebe jedoch trotz aller Perfektionierung die Authentizität des Gebotenen. Literatur hat da ihre größte Chance, wo die Aura eines Schriftstellers zu spüren ist. Gerade das, was er jenseits seines Textes zu sagen hat und wie er es sagt, zieht viele Menschen in eine Lesung.

Welche Rolle können Verlage noch spielen, wenn heute jedermann über Amazon einfach selber veröffentlichen kann?

„Self-Publishing", sofern es nicht bloß die Sehnsüchte von Hobby-Autoren bedienen will, wird weniger durchs Internet gefördert als durch den rigorosen Sparkurs, der auch in unserer Branche Folgen zeitigt. Heute kann jeder Arbeitsgang eines verlegerischen Prozesses an externe Agenturen und Freiberufler ausgelagert werden – an freie Lektoren, Grafiker, Werbetexter, Hersteller und so weiter, nicht zuletzt auch schon die Vorauswahl der Texte an selbstbewusst agierende Agenturen. Ein Verlag läuft dadurch Gefahr, seine traditionelle Gatekeeper-Position zu verlieren: und damit die Berechtigung, den Lesern in jeder Saison aufs Neue das Versprechen zu geben, dass sämtliche Titel seines aktuellen Programms durch eine Menge an Kontrollinstanzen gegangen und nach den jeweiligen Verlagskriterien für gut befunden wurden. Dieses Versprechen, vor- und aussortiert zu haben, ist gerade heutzutage, da wir im digitalen Raum von allen Seiten mit Angeboten bedrängt werden, ein gewaltiger Wert! Vielheit an sich ist auch im Netz eher ein Problem als dessen Lösung, erst strukturierte Vielheit ist ein Quali-

tätsversprechen. Für die Produkte derjenigen, die für uns als Gatekeeper sortiert und gewertet haben, werden wir wohl bald deutlich mehr bezahlen müssen als für all das, was auf irgendwelchen Portalen einfach eingestellt wurde. Qualität hat ihren Preis, wir treiben hier auf dieselbe Zweiklassengesellschaft zu, wie es sie in anderen Bereichen längst gibt: Fastfood und Slowfood, um es im bekannten Bild auszudrücken. Überleben werden nur die Verlage, die jetzt schon auf ihre Marke setzen. Daher versucht Amazon derzeit ja so vehement, neben seiner Verkaufsplattform auch einen eigenen Verlag zu etablieren. – Übrigens kann heute ja nicht nur jeder über Amazon veröffentlichen, sondern auch in die Rolle des Buchkritikers schlüpfen: Wo wir in einer Tageszeitung, für die wir Geld bezahlt haben, die Rezension eines professionellen Literaturkritikers erhoffen dürfen, finden wir im Netz Urteile von jedermann frei Haus: Das simuliert Basisdemokratie, führt aber auch dazu, dass die Glaubwürdigkeit jedes einzelnen Votums zunächst einmal fragwürdig ist. Schließlich gibt es unter den Kritiken auch solche, die von missgünstigen Kollegen geschrieben werden oder gar von Agenturen, die man dafür buchen kann.

Sie haben zwei Aufrufe unterzeichnet, die sich für ein konsequentes Urheberrecht einsetzen. Nun gibt es aber auch Menschen, die geistiges Eigentum für einen Anachronismus halten und für die Abschaffung des Urheberrechts plädieren und das mit der Freiheit des Internets begründen. Was entgegnen Sie solchen Menschen?

Ich würde Ihnen die Gegenfrage stellen: Was sollte sich denn durchs Internet am Eigentumsbegriff geändert haben? Das Netz hat doch nur die Technik der Vermittlung verändert, nicht die Sache selbst. Geistiges Eigentum, ob

in analoger, ob in digitaler Form, ist und bleibt Eigentum wie jedes andere Eigentum auch. Leider wird das Eigentum anderer heutzutage generell immer weniger respektiert. Man sieht es überall dort, wo Gemeinschaftseigentum im öffentlichen oder halböffentlichen Raum von einzelnen unbekümmert besetzt wird. Mangelnder Respekt vor den Rechten des/der anderen beginnt nicht erst im Internet, der Schritt zur Grenzüberschreitung fällt dort allenfalls noch eine Spur leichter, da der öffentliche Raum des Netzes ja abstrakter Natur ist – das Vergehen ist dort „gefühlt“ nicht mal mehr ein Kavaliersdelikt. Manch einer beschönigt das mit der Phrase von der Freiheit des Internets. Aber dass die eigene Freiheit auch den Respekt vor der Freiheit des anderen bedingt (und dessen damit einhergehenden Rechten), wird dabei gern unterschlagen.

Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Urheberrecht im digitalen Zeitalter aussehen?

Ein grundsätzlich neues Urheberrecht brauchen wir nicht, der Schutz des geistigen Eigentums muss auch weiterhin ohne Abstriche gewährt werden. Die Herausforderung liegt in der Anpassung seiner Randparameter an die neuen Gegebenheiten, also in der Adaption der klassischen Kernidee an die neuen Techniken, und zwar ohne dass man letztere von vornherein als feindlich begreift. Man könnte durchaus Zugeständnisse an den Zeitgeist machen, also das Urheberrecht nicht immer nur im Zusammenhang mit kompletten Texten denken. Letztlich ist das Urheberrecht und der mangelnde Respekt davor aber kein von der Gesamtentwicklung ablösbares Problem; dahinter steht immer und vornehmlich die Frage, wie sich eine Gesellschaft definieren will.

Ein Mittel, Urheber auch an Kopien oder Bibliotheksnutzung zu beteiligen, sind Verwertungsgesellschaften wie die VG Wort. Lässt sich das Modell auf die digitale Zeit übertragen?

Verwertungsgesellschaften waren schon im analogen Zeitalter wichtig, im digitalen werden sie's erst recht. Daher habe ich auch den Aufruf der VG Wort „Wir geben 8 aufs Wort" mit unterzeichnet, obwohl ich prinzipiell sonst nirgendwo unterzeichne. Analog zur Geräteabgabe für Kopierer, die die VG Wort durchgesetzt hat, könnte eine Pauschale für Internet-Downloads mit all denjenigen ausgehandelt werden, die die technischen Möglichkeiten dafür schaffen: also mit den Betreibern der Portale, vielleicht auch schon mit den Entwicklern der entsprechenden Programme.

Die Musik- und Filmindustrie hat lange Zeit versucht, über rigorose Abmahnungen Verstöße gegen das Urheberrecht zu verfolgen. Da gab es auch den Ruf nach Internetsperren als Strafe. Die VG Wort konzentriert sich bei ihrem Vorgehen auf Urheberrechtsverletzungen, die im großen Stil und kommerziell betrieben werden. Welche Vorgehensweise halten Sie für angemessen?

Rein theoretisch wäre natürlich jede Art von Übertretung zu ahnden. Unter pragmatischem Gesichtswinkel ist der Ansatz der VG Wort vernünftiger. Im öffentlichen Raum übertreten wir ja fast alle immer mal wieder diese oder jene Vorschrift, beispielsweise beim Überqueren einer Straße trotz roter Fußgängerampel. Man weiß freilich stets, dass man dafür bestraft werden kann, falls man erwischt wird. Dieses Wissen sorgt dafür, dass man die Regeln meistens einhält und sich nur im Ausnahmefall darüber hinwegsetzt.

MATTHIAS POLITYCKI

ist 1955 geboren, lebt in Hamburg und München. Publiziert seit 1987 Gedichte, Romane, Erzählungen, Essays – zuletzt den Roman „Samarkand Samarkand" (2013) und „42,195. Warum wir Marathon laufen und was wir dabei denken" (2015).
www.matthias-politycki.de

EU-Digitalkommissar Oettinger plant für 2016 eine europaweit geltende Regelung für das Urheberrecht und will damit einen gerechten Ausgleich der Interessen schaffen. Das will er unter anderem über eine Abgabe erreichen, die dann Konzerne wie Google zahlen sollen. Halten Sie das für eine Lösung?

Die Frage ist, ob er eine Abgabe überhaupt durchsetzen kann – oder doch nur ein Almosen. Wichtiger wäre meiner Meinung nach die Entwicklung einer grundsätzlichen Gegenstrategie, also einer europaweiten Plattform, die aus unseren eigenen Interessen gespeist wird. Sie dürfte aber nicht anti-googlemäßig ausfallen oder sonst wie gut gemeint. Sondern müsste schlichtweg gut sein, zumindest besser als die von Google, sonst würden sie die Nutzer auf Dauer ja nicht nutzen – kaum noch vorstellbar angesichts der herrschenden Verhältnisse! Natürlich ist durch die Digitalisierung der Weltliteratur auf US-Servern auch unser Urheberrecht gefährdet; aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Schon durch die Art der Selektion und Aufbereitung aus US-Perspektive geht womöglich ein Großteil unserer europäischen Inhalte und sprachlichen Spezifika verloren, sprich, das Ureigene unserer Kulturen. Die Strategie der kulturellen Überwölbung, wie sie von der amerikanischen Seite seit Jahrzehnten weltweit verfolgt wird, erlebt mit dem Internet – nach Coca-Cola, Pop und Hollywood – den nächsten Siegeszug.

11

KREATIVPAKT – es geht nicht nur um Vergütung und Soziale Sicherung

VON SIEGMUND EHRMANN

Unwillkürlich musste ich an Pete Townshends Autobiographie „Who I Am“ denken, als mich jüngst Brian, ein urwüchsiger Ire, begeisternd durch das „Irish Rock’n’Roll Museum“ in der ehemaligen Dubliner button-factory führte. Townshend erinnert an das Jahr 1964, als sich THE WHO entschlossen, es mit den Stones, Beatles und Kinks aufzunehmen. Voraussetzung – der richtige Sound! Und so wurde der junge Tüfftler Jim Marshall angetrieben, Verstärkertechnologie besonderer Qualität zu entwickeln. Aus dem Nukleus eines künstlerisch-schöpferischen Prozesses ergaben sich Impulse für Innovationen, die die gesamte Musikwirtschaft revolutionierten und Nachfrage nach Arbeit schufen. Der Rest ist Geschichte. Was sie zeigte, sieht man in Dublin, aber auch in Darmstadt, Liverpool, Leipzig, Hamburg, München, Köln, Berlin, New York, Wanne-Eickel und Tokio. Das meint Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren innovativen Potenzialen. Mitte der sechziger Jahre wurde dieses Phänomen aber weder so bezeichnet, noch war es Gegenstand politischer Debatten.

Heute ist unbestritten, die Kultur- und Kreativwirtschaft löst enorme Impulse auf unsere Gesellschaft aus und ist zu einem wichtigen Beschäftigungs- und Wachstumstreiber geworden. In den Branchen, die zur Kreativwirtschaft gezählt werden (Buchmarkt, Musikwirtschaft, Film, Rundfunk, Bühne, bildende Kunst, Architektur, Design, Software- und Games-Branchen und Werbewirtschaft) sind in Deutschland inzwischen über eine Million Menschen beschäftigt. Mit einem Umsatz von ca. 140 Mrd. Euro tragen diese Bereiche einen wichtigen Teil zur Wirtschaftsleistung bei.

Um diese Potenziale weiterzuentwickeln, aber auch die soziale Lage der Menschen, die in den Kreativbranchen tätig sind, zu verbessern, hat Frank-Walter Steinmeier 2011 in der SPD-Bundestagsfraktion den Kreativpakt, ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik, initiiert. Das Ziel: Die Bedeutung kreativer Arbeit stärker ins Licht zu rücken und die

Rahmenbedingungen kreativer Arbeit zu verbessern. Es galt, Aspekte der Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, des Urheberrechts und der Netzpolitik in ihren wechselseitigen Bezügen zu betrachten.

Im regelmäßigen Austausch wurden Gespräche mit der Szene geführt, Studien beauftragt und ausgewertet, um präzise Hinweise für politisches Handeln zu ergründen. Ein besonderer Fokus wurde dabei auch auf die weitere Entwicklung,

Neben unbegrenztem Zugang und sehr einfachen Möglichkeit der Teilhabe durch das Internet, sind völlig neue Produktions- und Vertriebszusammenhänge entstanden.

denen Künstler und Kreative durch die Digitalisierung begegnen, gelegt. Neben unbegrenztem Zugang und sehr einfachen Möglichkeiten der Teilhabe durch das Internet, sind völlig neue Produktions- und Vertriebszusammenhänge entstanden.

Viele Inhalte des Kreativpakts sind in den aktuellen Koalitionsvertrag eingeflossen. Nun trägt Früchte, was wir gemeinsam mit guten Ratgebern an Konzepten erarbeitet und im Regierungsprogramm der SPD versprochen haben. Vieles davon konnten wir bereits umsetzen. Und es ist gut, dass Sigmar Gabriel im Wirtschaftsministerium innerhalb der Regierung besondere Verantwortung trägt.

Kreative brauchen faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung für ihre Arbeit, denn sie sollen von ihrer Arbeit leben können. Das muss auch in Zeiten der rasanten Digitalisierung gewährleistet sein. Nutzerfreundliche Geschäftsmodelle im Internet zeigen, dass durchaus die Bereitschaft besteht, für hochwertige Inhalte zu bezahlen. Ein gutes Angebot ist der beste Schutz vor Piraterie, darum müssen solche Modelle gefördert und weiterentwickelt werden, denn auch die Nutzer wollen Rechtssicherheit. Diese Bezahlmodelle dürfen auf Dauer aber nicht zu einer Verschlechterung der Einnahmen der Kreativen führen. Besonders die Verbreitung von Musik über die legalen Streaming-Dienste ist heute schon so normal, wie es einst portable Abspielgeräte waren. Flächendeckender Internetzugang und günstige Abo-Modelle der Plattformen machen es möglich.

Der Komfort für die Kunden ist enorm. Doch was bleibt für die Kreativen übrig?

Bei diesen Geschäftsmodellen bleiben wesentliche Einnahmen in der Verwertungskette hängen, bevor sie bei den Künstlern ankommen. Eine Studie von Ernst & Young im Auftrag der französischen Musikindustrie analysiert, dass aus den monatlichen Nutzerbeiträgen nur ca. 5-10% für die Mu-

Kreative brauchen faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung für ihre Arbeit, denn sie sollen von ihrer Arbeit leben können. Das muss auch in Zeiten der rasanten Digitalisierung gewährleistet sein.

siker bleiben. Auch wenn diese Zahlen nur für den französischen Markt gelten, zeigen sie eine Richtung auf. Es muss aber durchaus gefragt werden, was an Vergütung aus dem Streaming selbst an die Kreativen fließt. Die Position der Künstler gegenüber den Plattenfirmen bewegt sich selten auf Augenhöhe (sieht man von Ausnahmen wie Taylor Swift ab). Das Damoklesschwert des sogenannten blacklistings für Künstler, die versuchen, ihr Recht durchzusetzen, schwebt immer über ihnen. Wenn aber pro Klick nur ein Bruchteil eines Cents für die Kreativen übrig bleibt, kann es auch über die Masse nicht mehr zu auskömmlichen Vergütungen kommen.

Dieses Phänomen dürfte sich auf die anderen Segmente der Kulturszene übertragen: Flatrates für Bücher, Streaming von Serien und Filmen, Abomodelle von Software und Spielen...

Auch wenn die Digitalisierung enorme Anforderungen stellt, gilt es, die innovativen Potenziale zu erkennen und zu stärken. Deshalb wollen wir Menschen ermutigen, „ihr eigenes Ding" zu wagen, auch wenn sie dabei eine zweite oder dritte Chance brauchen.

Mit dem Ausbau des Gründungszuschusses der Arbeitsagentur und einer Anpassung an die Erfordernisse der Kulturszene, haben wir im Kreativpakt auch hier ein konkretes Angebot formuliert. Daneben brauchen wir vereinfachte Verwaltungsabläufe, vereinfachte Meldepflichten für Solo-Selbstständige und besonders eine Unterstützung derer, die diesen Weg gehen wollen. Im Rahmen der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft" der Bundesregierung findet hier schon eine wirtschaftliche Vernetzung innerhalb der Kreativwirtschaft statt. Hier gibt es aber noch Potentiale, besser über Fördermöglichkeiten zu informieren und den Zugang zu Fremdkapital für Freiberufler sowie kleine Kulturwirtschaftsunternehmen auch über Mikrokredite zu erleichtern. Es muss sich auch ein Sinneswandel vollziehen und Immaterialgüter als Sicherheit anerkannt werden, denn herkömmliche Kredite sind für Kreative kaum zu bekommen.

Bei vielen Solo-Selbstständigen laufen die sozialen Sicherungssysteme zum Teil ins Leere. Kreative in verschiedenen Bereichen sind häufig nur kurzfristig und in wechselnden Beschäftigungsverhältnissen tätig; mal sozialversicherungspflichtig - mal nicht. Deshalb setzen wir uns für eine verlängerte Rahmenfrist ein, innerhalb der ein Anspruch auf ALG I entsteht. Diese Regelungslücke, die für viele Kulturschaffende

Im Dreiklang „Verwerter-Nutzer-Urheber" ist die strukturell schwächere Stellung des Urhebers gegenüber den Verwertern zu verbessern.

problematisch ist, werden wir hoffentlich bis zum Jahresende geschlossen haben.

Für die selbständigen Künstler/-innen ist die Künstlersozialkasse seit Jahrzehnten eine wichtige Errungenschaft, die aber stetig angepasst werden muss. In der Vergangenheit waren die Einnahmen der KSK, über die viele selbstständige Kulturschaffende kranken-, renten- und pflegeversichert sind, auch deshalb kontinuierlich zurückgegangen, weil so mancher Verwerter seiner Abgabepflicht nicht nachgekommen

Im digitalen Zeitalter ist es leicht geworden, mit illegal kopierten Inhalten Geld zu verdienen. Es geht darum, illegale Plattformen zu bekämpfen und nicht die Nutzer zu kriminalisieren.

ist. Zentrales Element der Gesetzesänderung war daher die Ausweitung der Prüfung durch die Deutsche Rentenversicherung. Der Abgabesatz konnte somit stabil gehalten und die KSK zukunftsfester gemacht werden.

Einen entscheidenden Ansatz, geistiges Eigentum zu schützen und bei rechtmäßiger Verwertung Einkünfte zu generieren, bietet das Urheberrecht.

Im Dreiklang „Verwerter-Nutzer-Urheber" ist die strukturell schwächere Stellung des Urhebers gegenüber den Verwertern zu verbessern, denn die erhofften Wirkungen durch die Aufnahme der „angemessenen Vergütung" in die Urheberrechtsnovelle des Jahres 2002 haben sich in der Praxis unzureichend eingestellt. Es gilt, stärkere Anreize zu schaffen, gemeinsame Vergütungsregeln zwischen Produzenten und Gruppen von Urhebern abzuschließen, Verfahren zu beschleunigen und dabei wirksamere Konfliktlösungsmechanismen zu fixieren.

Aktuell hat das Justizministerium einen Entwurf zur Umsetzung der Verwertungsgesellschaftsrichtlinie der EU vorge-

legt, der deutliche Verbesserungen für Urheber mit sich bringen wird. Nicht nur die Schiedsstelle beim DPMA wird seine Rolle als Staatsaufsicht über die Verwertungsgesellschaften effizienter ausgestalten können, sondern auch mit der schon länger geforderten Hinterlegungspflicht für die Speichermedien- und Geräteabgabe, dürfte dies das den Urhebern über die Verwertungsgesellschaften zustehende Verteilungsvolumen deutlich erhöhen.

Weiterhin gilt es Wege zu finden, gewerbsmäßige Urheberrechtsverletzungen im Internet zu unterbinden. Im digitalen Zeitalter ist es leicht geworden, mit illegal kopierten Inhalten Geld zu verdienen. Es geht darum, illegale Plattformen zu bekämpfen und nicht die Nutzer zu kriminalisieren. Um effektiv gegen solche Plattformen vorzugehen, muss man gegen die „missbilligten Geschäftsmodelle" vorgehen können. Dies

Die Stellung des Urhebers zu verbessern und seinen wirtschaftlichen Ertrag zu erhöhen, hat auch eine europäische und internationale Dimension.

bedarf einer Rechtsgrundlage, die die Finanzierung der illegalen Plattformen durch Werbung mit einbezieht. Der Rechtsanspruch, mit dem Betreiber und ihre Erfüllungsgehilfen zivil- und strafrechtlich in die Verantwortung genommen werden, ist überfällig. Es reicht nicht, nur auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zu setzen.

Unstrittig ist, dass solche urheberrechtlichen Fragen nicht allein mit den nationalen Instrumenten gelöst werden können. Die Stellung des Urhebers zu verbessern und seinen wirtschaftlichen Ertrag zu erhöhen, hat auch eine europäische und internationale Dimension. Das europäische Parlament und die Kommission streben hier auch wenigstens eine Mindestharmonisierung des Urheberrechts in der EU an. Jetzt gilt es, auch auf europäischer Ebene gestaltend in die Debatte einzugreifen.

Mehr Information zum Kreativpakt unter: http://www.kreativpakt.org/

Fazit

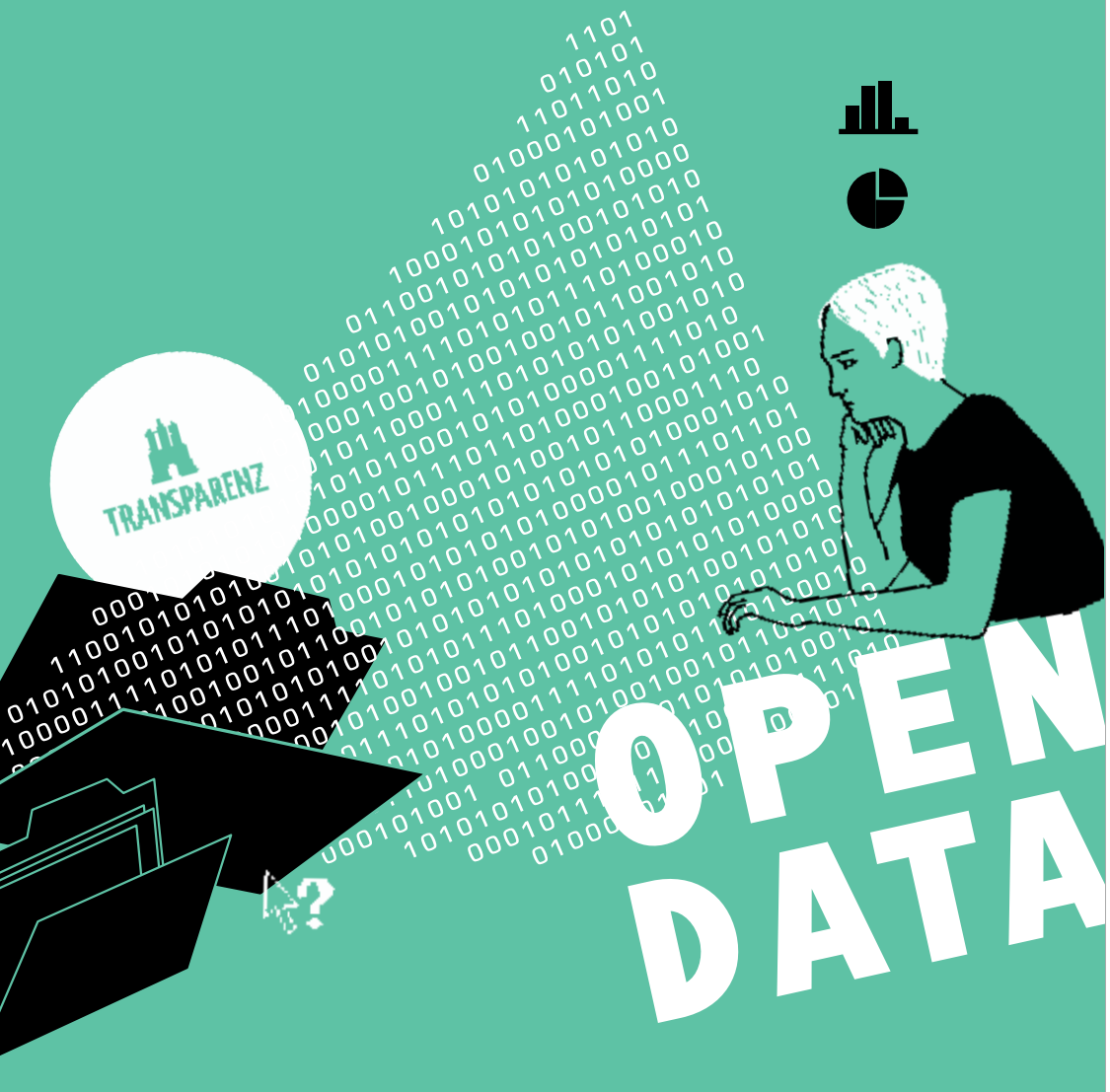
Wenn Kreativität die Quelle von Innovationen, diese wiederum Treiber für gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne eines qualitativen Wachstums sind, muss sich sozialdemokratische Politik in besonderer Weise denen zuwenden, die diese Prozesse tragen.

SIEGMUND EHRMANN

ist seit 2002 Abgeordneter für die SPD im Wahlkreis Krefeld II – Wesel II und seit 2013 Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag.
www.siegmund-ehrmann.de

12

Der Staat öffnet sich



Das Hamburger Transparenzgesetz, Open Government und Open Data – und warum Offenheit der Gesellschaft und dem Staat nützt.

VON KIRSTEN WOHLFAHRT

Die Revolution kam anno 2012 nach Hamburg. Zumindest ein enormer Umschwung. Im Sommer 2012 verabschiedete die Bürgerschaft, das Parlament der traditionsbewussten Hansestadt, das „Transparenzgesetz". Ein Gesetz, das Politik- und Verwaltungshandeln in bislang nie dagewesener Form komplett auf den Kopf stellt: Anstelle des bislang praktizierten Prinzips des Amtsgeheimnisses gilt nun eine gesetzlich verordnete Offenheit.

Das Transparenzgesetz verpflichtet Senat und Behörden der Stadt Hamburg, ihre Informationen und Dokumente zu veröffentlichen – Senatsbeschlüsse, Protokolle, Dienstanweisungen, Gutachten oder Verträge. Es löst das „Informationsfreiheitsgesetz" ab. Informationsfreiheitsgesetze, wie es sie, Stand Sommer 2015, für die Bundesebene und in zehn Bundesländern gibt, gewähren Bürgerinnen und Bürgern das Recht, Einsicht in Akten der Verwaltung zu nehmen. Aber nur auf Antrag. Das heißt, die Bürger müssen aktiv werden, um an staatliche Informationen zu kommen. Falls ihr Antrag bewilligt wird. Dieser Missstand ist nun in Hamburg beendet. Denn das Transparenzgesetz schreibt auch vor, dass Dokumente automatisch im Internet bereitgestellt werden müssen. Dafür gibt es seit September 2014 das „Transparenzportal", auffindbar unter *www.transparenz.hamburg.de*. Es funktioniert quasi wie eine Suchmaschine für staatliche Informationen.

Nicht die Bürger müssen aktiv werden, um an Informationen aus Politik und Verwaltung zu kommen. Der Staat muss liefern. Automatisch.

Das Transparenzportal ist nicht nur eine Fundgrube für diejenigen, die sich für die Elbphilharmonie (einer der meistgesuchten Begriffe) oder die Bewerbung der Stadt für die Olympischen Spiele (beliebter Suchbegriff seit 2015) interessieren. Das Transparenzportal bietet neben Schriftstücken ganz spe-

zielle Informationen: „Open Data". Das sind Daten der Verwaltung – Statistik-, Haushalts- oder Baudaten, Verkehrsdaten, Messdaten aus dem Umweltbereich, Geodaten. Diese Daten liegen im Rohformat vor. Das heißt, sie sind noch nicht verarbeitet oder graphisch aufbereitet, zum Beispiel aus Tabellenkalkulationsprogrammen in Balken- oder Tortendiagramme formatiert worden.

„Offene" Daten müssen bestimmte Kriterien erfüllen: Sie müssen zum Beispiel maschinenlesbar sein (diese Maschinen sind Computer), zeitnah zur Erhebung, kostenlos und ohne Nutzungsbeschränkungen zur Verfügung gestellt werden.

„Offene" Daten müssen bestimmte Kriterien erfüllen: Sie müssen zum Beispiel maschinenlesbar sein (diese Maschinen sind Computer), zeitnah zur Erhebung, kostenlos und ohne Nutzungsbeschränkungen zur Verfügung gestellt werden.

Im digitalen Zeitalter sind Datensätze eine natürliche und zusätzliche Informationsquelle. Sie ergänzen bislang vorhandene Informationen darüber, wie Politik und Verwaltung arbeiten und zu Entscheidungen kommen. Datensätze sind zwar per se nicht für jeden lesbar wie Beschlüsse der Stadtverwaltung, Protokolle oder Positionspapiere. Daten können aber „übersetzt" werden. Menschen mit entsprechenden technischen Kenntnissen können aus ihnen Informationen extrahieren und allgemeinverständlich darstellen. Diese „Datenverarbeiter" sind zum Beispiel Journalisten, die neben bisher üblichen Recherchemethoden auch auf Datenbanken oder Open Data zurückgreifen, um Sachverhalte zu überprüfen und für Online-Stories aufzubereiten. Datenjournalismus ist eine noch recht junge Form und Methode, um Geschichten zu erzählen. Er wird angesichts wachsender Datenmassen noch an Bedeutung gewinnen.

Aus Daten können Bilder entstehen, die Informationen oder Geschichten online ergänzen. Visualisierungen sagen oft mehr als ein paar hunderte in die Tastatur eingegebene Worte. Ein Bericht in einem lokalen Medium über die Aufstellung des kommunalen Haushalts kann durch zum Beispiel interaktive Karten illustriert werden: Wo und in welchem Stadtteil soll wie viel Geld investiert werden – und wo fehlen dringend benötigte Investitionen, zum Beispiel in Einrichtungen für Kinder oder Senioren? Haushalts- oder Statistikdaten zu Infrastrukturen und Bevölkerung liefern das Futter für die Visualisierung. Oder für eine Grafik, die ergänzend auch in der gedruckten Zeitung abgebildet wird. So erreichen wesentliche Informationen auch diejenigen Bürger, die (noch) nicht oder nur selten im Internet sind.

Open Data ist ein Baustein einer neuen Ausrichtung staatlichen Handelns: Open Government. Hinter diesem Begriff verbirgt sich das Ziel, eine offene Staatsführung zu schaffen. Erreichen lässt sich das nur durch eine Abkehr von Hierarchie und Herrschaftswissen.

Open Data ist ein Baustein einer neuen Ausrichtung staatlichen Handelns: Open Government. Hinter diesem Begriff verbirgt sich das Ziel, eine offene Staatsführung zu schaffen. Erreichen lässt sich das nur durch eine Abkehr von Hierarchie und Herrschaftswissen. Bürger und Bürgerinnen können das Regierungshandeln hierbei jederzeit einsehen und nachvollziehen. An Entscheidungen der Verwaltung werden sie beteiligt.

Open Government fußt auf drei Säulen: Transparenz – ein Teilaspekt ist hierbei Open Data – Partizipation (Beteiligung) und Kollaboration (neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern). Open Government mag zu-

nächst ein sperriger Begriff sein, doch verfolgt es zum Teil altbekannte Ziele. Beispiel „Partizipation“: Bürgerbeteiligung, sei es „offline“ oder im digitalen Zeitalter auch über das Internet, gab es schon vorher, zumindest punktuell und in unterschiedlicher Wirksamkeit und Ernsthaftigkeit: Bürgerbefragungen, stadtteilbezogene Beteiligungsprojekte, Bürgerhaushalte. „Kollaboration“ ist für den Staat insofern Neuland, weil es im digitalen Zeitalter, in dem wir zunehmend leben, leicht möglich ist, über das Internet themenbezogen, flexibel und jenseits von Hierarchien zu interagieren und zusammenzuarbeiten. Politik und Verwaltung können Bürger heute nicht nur in Versammlungen oder Workshops einbinden, um gemeinsam zum Beispiel an Fragestellungen zu Stadtentwicklung oder Verkehrspolitik zu arbeiten, sondern auch über das Internet. Auch „Transparenz“ ist keine neue Forderung. Ein gesundes Misstrauen gegenüber dem Staat ist in einer ausgereiften Demokratie mit selbstbewussten Bürgern normal. Neu sind gesetzliche Regelungen wie das Transparenzgesetz und Instrumente wie die Verwaltungs-Suchmaschine Transparenzportal, die Politik und Verwaltung quasi dazu zwingen, ihre Dokumenten- und Datenschätze für die Außenwelt zu öffnen. Automatisch.

Das Hamburger Transparenzgesetz hat in Deutschland Akzente gesetzt. Zunächst einmal war es das erste Transparenzgesetz überhaupt, das in dieser Dimension den Paradigmenwechsel von „alles ist geheim, was nicht zur Veröffentlichung gedacht wird“ in „alles wird veröffentlicht, Ausnahmen bestätigen die Regel“ angestoßen hat. Nicht veröffentlicht werden zum Beispiel personenbezogene Informationen. Der Impuls zu mehr Transparenz in Hamburg kam dabei nicht aus der Politik, sondern aus der Zivilgesellschaft. Initiiert wurde es von der „Volksinitiative Transparenz schafft Vertrauen“, die das Gesetz in einem gemeinschaftlichen Prozess mit vielen Beteiligten geschrieben hatte. Die Bürgerschaft übernahm

Informationen zum Hamburger Transparenzgesetz und zur Hamburger Initiative „Transparenz schafft Vertrauen“: www.transparenz.hamburg.de; http://www.transparenzgesetz.de

Grundlagen-Dossier zu Open Data der Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/opendata/

Beispiele für auf Open Data basierende Visualisierungen und Projekte (Zusammenstellung der Open Knowledge Foundation Deutschland): http://opendata-showroom.org/de/

Informationen zum Projekt „Code for Germany“ und zu den dezentralen Programmier-Werkstätten, den OK-Labs – Hintergründe zu datenbasierten Geschichten z.B. unter „Stadtgeschichten“: http://codefor.de/

Beispiele für Datenjournalismus: https://opendatacity.de/ ; http://katalog.datenjournalismus.net/#/

den Gesetzentwurf. Im Sommer 2015 gab es in keinem anderen Bundesland ein vergleichbares geltendes Gesetz. In Rheinland-Pfalz ist ein Transparenzgesetz in Planung, die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf beschlossen.

Open Government ist kein Trend, kein Hype, auch wenn Verteidiger des staatlichen Status Quo dies anfangs noch meinten – oder hofften. Es hat international erfolgreiche Vorbilder. Das erste große Datenportal einer Regierung startete 2009 in den USA. Es folgten Open Data-Portale unter anderem in Großbritannien, Frankreich, Österreich. Auch die EU-Kommission bekannte sich 2011 zu Open Data. Politik und Verwaltung in Deutschland zogen ab 2010 schrittweise nach, zum Teil zögerlich. Das Land Berlin schuf 2011 das erste deutsche Open Data-Portal. Kurz danach folgte Bremen. Hamburg zog 2013 nach. 2013 ging auch GovData an den Start, ein übergreifendes Portal für Datensätze aller föderalen Verwaltungsebenen – Bund, Länder, Kommunen. Kommunale Datenportale gibt es unter anderem in Rostock, Köln, Bonn und Moers. Diese Städte sind Open Government-Pioniere, die schon früh auf Öffnung gesetzt haben.

Open Data mag technisch klingen. Doch die Öffnung ist für Staat und Verwaltung vor allem eine Frage der Einstellung.

Open Data mag technisch klingen. Doch die Öffnung ist für Staat und Verwaltung vor allem eine Frage der Einstellung. Open Government erfordert einen Kulturwandel, der nicht allein durch Gesetze oder Dienstanweisungen eingeläutet werden kann. Öffnung wird oft noch als Verwundbarkeit angesehen, als Möglichkeit, dass vermeintlich Außenstehende dem Staat zu sehr auf die Finger schauen und dabei Fehler oder Missstände entdecken. Das weckt Ängste, denn es findet in gewisser Weise ein Kontrollverlust statt. Wenn Verwaltung

Umfrage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (5/2015): https://www.wissenschaftsjahr-zukunftsstadt.de/neues-aus-der-wissenschaft/alle-aktuellen-meldungen/mehrheit-der-deutschen-wuenscht-mehr-einfluss-in-ihrer-stadt.html

Studie „Partizipation im Wandel“ der Bertelsmann-Stiftung (09-2014): http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/demokratieaudit/projektthemen/vielfaeltige-demokratie-partizipation-im-wandel/

Dokumente nun fast ausnahmslos und zudem Datensätze, wichtige Primärquellen, in Rohform veröffentlicht, hat sie nur noch wenig Einfluss darauf, wie „ihre“ Informationen weiterverarbeitet und eingeordnet werden. Das erfordert Gelassenheit, eine Neudefinition des Selbstverständnisses der eigenen Arbeit – und am besten auch Neugierde auf das, was „die da draußen“ mit den Informationen aus Rathaus oder Behörde machen.

Hilfreich bei dem Schwenk vom Amtsgeheimnis hin zur offenen Verwaltung ist zudem die Einsicht, dass politisch Verantwortliche und die Verwaltung davon profitieren. Geteiltes Wissen hilft mehr, als wenn es im Archiv einer Behörde vor sich hinschlummert. Verwaltung hat, noch zumindest, meist

Open Government und Open Data machen die Demokratie nicht auf Knopfdruck besser. Die Öffnung hilft aber dabei, ein demokratisches Grundbedürfnis vieler Menschen leichter umzusetzen.

selbst keine Kapazitäten, um ihre Daten nachvollziehbar und mit Mehrwert für viele oder auch ganz bestimmte Zielgruppen aufzubereiten. Das tun mittlerweile viele engagierte Bürger, zum Beispiel in sogenannten „Open Knowledge Labs“ (OK Labs). Das sind ehrenamtlich organisierte Programmier-Werkstätten, verstreut in der ganzen Republik, in der Provinz und in urbanen Hotspots. Hier treffen sich auf Initiative des Vereins Open Knowledge Foundation Datenarbeiter und weitere Interessierte regelmäßig, um gemeinsam mit offenen Daten zu arbeiten. Die einen haben eine Idee oder eine Frage, die auch mit Daten gelöst werden kann. Andere wiederum können mit Open Data arbeiten. Eine kreative Mischung.
Open Government und Open Data machen die Demokratie nicht auf Knopfdruck besser. Die Öffnung hilft aber dabei, ein demokratisches Grundbedürfnis vieler Menschen leichter umzusetzen. Viele Bürger und Bürgerinnen wollen sich mehr einmischen, das zeigen Umfragen immer wieder. Das erfordert den offenen Staat. Daten und Informationen sind die Grundlage für Verstehen und Wissen – im Prozess der Meinungsbildung, bei Beteiligungsverfahren. Das Prinzip der Öffnung als Leitlinie für Politik- und Verwaltungshandeln durchbricht Herrschaftswissen und demokratisiert den Zugang zu Informationen.

KIRSTEN WOHLFAHRT

ist Vorstandsmitglied im Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V. Hat 2012 den Stammtisch Open Government Hamburg gegründet. Arbeitet beim IT-Dienstleister Dataport in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
www.gov20.de

13

Vertrauen und Sicherheit im Internet – Die Basis. Oder: Kommt es darauf nicht mehr an?

VON MATTHIAS KAMMER

Zwei alte Begriffe erleben in Verbindung mit dem Internet ihr Comeback: Vertrauen und Sicherheit. Im Diskurs über Chancen und Risiken des Netzes spielen sie für den Wirtschaftsraum sowie für unseren sozialen Umgang eine wichtige Rolle.

Vertrauen ist angeblich der Schlüssel für die digitale Wirtschaft. Nur wenn Vertrauen in den Nutzen der digitalen Techniken vorhanden ist, kann sich das Internet positiv weiter

Vertrauen ist angeblich der Schlüssel für die digitale Wirtschaft. Nur wenn Vertrauen in den Nutzen der digitalen Techniken vorhanden ist, kann sich das Internet positiv weiter entwickeln.

entwickeln. Dazu ist erforderlich, dass Klarheit über drei Punkte besteht. Die Nutzer müssen wissen, vor welchen Gefahren

- die Politik sie durch gesetzliche Vorgaben absichert
- die Anbieter sie durch entsprechende Ausgestaltung ihrer Offerten schützen
- welche Sicherheitsmaßnahmen jeder selbst treffen muss

Fragen zur Sicherheit von Daten erweisen sich als besondere Herausforderung für Staat, Wirtschaft, Gesellschaft sowie das Individuum. Persönliche Nutzerdaten sind längst eine begehrte Ware. Bei Internet-Kriminellen ebenso wie bei immer mehr Groß-Konzernen, die solche Angaben für Online-Marketing ausquetschen.

Dabei ist allen klar, dass Internet-User mit Risiken leben (müssen). Klar sollte mittlerweile auch sein, dass niemand ohne Grundschutz-Maßnahmen wie sichere Passwörter oder Virenschutzprogramme aktiv sein sollte. Sorglosigkeit des einzelnen erleichtert Hackern das Leben, wie Untersuchungen

unseres Instituts gezeigt haben. Ich halte deren Angriffe für die aktuell größte Bedrohung von außen.

Ein paradoxes Verhalten ist beim Umgang mit Lauschangriffen zu erkennen. 56% glauben, jeder werde abgehört. Gleichzeitig erklären 44 Prozent: Ich ändere mein Verhalten nicht. So eine Erkenntnis aus einer repräsentativen dimap-Umfrage[1] im Auftrag des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) zum Jahrestag der Snowden-Enthüllungen. Trotz der negativen Beurteilung des Vorgehens der Geheimdienste ziehen wenige eigene Konsequenzen.

Besitzt das Thema Datenschutz also für die meisten nur geringe Relevanz? Wobei für mich der Begriff zu kurz greift. Das Ziel muss höher gesteckt werden: Stärkung der Freiheitsrechte. Ich sehe unser Persönlichkeitsrecht bedroht. Ist es nicht längst in den Händen ausländischer Internet-Global-Player?

Abhöraffären und Cybercrime haben die Nutzer nicht vorsichtiger gemacht. Was wenig verwundert: Wozu verschlüsseln, wenn Top-Unternehmen und sogar der Bundestag eigene Daten nicht schützen können!

Abhöraffären und Cybercrime haben die Nutzer nicht vorsichtiger gemacht. Was wenig verwundert: Wozu verschlüsseln, wenn Top-Unternehmen und sogar der Bundestag eigene Daten nicht schützen können!

Auf keinen Fall sollten sich Verbraucher darauf verlassen, dass globale Internet-Player sie schützen. Eher im Gegenteil. Die DIVSI Entscheider-Studie[2] hat gezeigt, dass die Verantwortlichen alle Verantwortung für negative Folgen auf die Nutzer abschieben. Dabei meinen sie gleichzeitig, dass es denen dafür an der Kompetenz fehlt.

Und das Verhalten der Nutzer bleibt indifferent. Zum einen freut man sich über die Möglichkeiten des Internets. Man kann sich Wissen aneignen, kaufen, verkaufen, Reisen buchen, gesellschaftliches oder politisches Engagement zeigen – alles ist möglich.

Und der Nutzer ist aktiv, wie unsere jüngste Studie über „Beteiligung im Internet" gezeigt hat. In jedem Alter, auf jeder sozialen Ebene. Beteiligung im Internet existiert nicht nur bei den Digital Natives und den Digital Immigrants. Auch Digital Outsider werten ihre meist selektive Nutzung als „Beteiligung".

Die Zahl der Internetnutzer steigt, obwohl die meisten skeptisch sind und nicht glauben, dass ihre Daten im Netz sicher sind. Convenience geht also längst vor Sicherheit!

Zum anderen trauen viele den Angeboten und der Kommunikation innerhalb des Netzes nicht richtig. Erstaunlich dabei: Die Zahl der Internetnutzer steigt, obwohl die meisten skeptisch sind und nicht glauben, dass ihre Daten im Netz sicher sind. Convenience geht also längst vor Sicherheit!

Wobei ein Punkt gar nicht abschließend geklärt ist. Ist allgemein „Vertrauen in das Internet" oder speziell „Vertrauen zu Marken oder Angeboten" gemeint?

Müssen wir womöglich komplett umdenken? Ist die Verknüpfung „Vertrauen und Internet" antiquiert? Dann sollten die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft analysieren, warum das so ist.

Wer jedoch weiterhin Vertrauen als Schlüssel für die digitale Wirtschaft ansieht, der sollte abklären, wie sich dieses hohe Gut stärken lässt. Neue Spielregeln für das Netz könnten als Leitplanken dienen.

Besonders schwer in diesem Kontext hat es der Staat. Unsere Studie „Freiheit versus Regulierung im Internet"[3], realisiert mit Allensbach, ergab: Dem Staat wird auch im digi-

1/2/3 alle Studien Vgl.:
https://www.divsi.de

talen Lebensraum eine Rolle als beschützendes Organ zugewiesen. 61 Prozent der Bevölkerung wünschen sich staatliche Regeln.

Die daraus resultierende Aufgabe ist kaum lösbar. Denn etwa ein Drittel der Nutzer – überwiegend Digital Natives - lehnt jede Art von Regulierung ab. Wer sich sicher fühlt, wünscht Freiheit. Wer sich nicht auskennt, fordert Schutz.

Wie also einen allgemein akzeptierten Weg bei der Regulierung von Datensicherheit finden? Hier muss Sicherheit gewährleistet werden, ohne die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen einzuschränken. Es hat negative Folgen, dass eine Klärung der Schutz-Frage auf sich warten lässt. Cybercrime boomt nirgendwo mehr als bei uns. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt lag 2014 bei rund 2903 Milliarden Euro. Der angerichtete Schaden erreichte annähernd 46 Milliarden Euro.

Dennoch werden negative Schlagzeilen keinen Offline-Trend auslösen. Denn ein bewusstes „Nicht-dabei-sein" würde bedeuten, sich abzukoppeln – sich außerhalb des eigenen sozialen Kontextes zu stellen, beruflich wie privat. Wer will das schon in Kauf nehmen? Die Möglichkeiten des Internets sind mitentscheidend für eine Bewältigung von alltäglichen Dingen geworden.

Millionen von Nutzern haben die Vorteile privatwirtschaftlicher Angebote erkannt und gebrauchen sie regelmäßig – trotz Vorbehalten und Risikoabwägungen.

Allein die Nutzung des staatlichen E-Government-Angebots schleppt sich dahin. Warum?

Es könnte an mangelndem Vertrauen in die digitale Sachkenntnis von Behörden liegen, vielleicht auch an mangelnder Information oder daran, dass für gleiche Aufgaben unterschiedliche Lösungen angeboten werden. Für eine sichere Kommunikation im E-Government in Deutschland fehlt die einheitliche technische Grundlage. Dabei ist die Umsetzung

des E-Government-Grundgedankens der Gesellschaft dienlich. Sie verheißt Kostensenkungen für die Verwaltung bei Service-Steigerung für die Bürger.

Grundsätzlich scheint mir die Verwaltung für die Thematik sensibilisiert. Das spezielle Problem liegt darin, dass eine homogene übergreifende Planung als Ganzes kaum möglich

In der analogen Zeit haben allgemein anerkannte Spielregeln die Basis für den vertrauensvollen Umgang in der Gesellschaft gelegt. Offensichtlich lassen sich diese nicht deckungsgleich in die digitale Welt transformieren.

ist. Auf jeder Ebene ist man nach wie vor darauf fixiert, IT vorrangig für sich zu schneidern. Das hindert eine positive Gesamtentwicklung.

Das noch größere Problem liegt vielleicht darin, dass die Bevölkerung staatlichen Stellen in Sachen Internet wenig zutraut. Grundsätzlich gehört Datenschutz für die meisten Menschen in Deutschland zu den politischen Top-Aufgabenfeldern. So das Kern-Ergebnis einer Umfrage[4], die wir mit dem SINUS-Institut durchgeführt haben. Datenschutz rangiert über Umweltschutz oder einer verbesserten Integrationspolitik.

Allerdings halten die Bürger das Thema bei keiner Partei für besonders verankert. Diese negative Einschätzung ist fatal, da die Politik letztlich der Verwaltung die Arbeitsrichtlinien vorgibt. Wenn sich hier nichts ändert, wird auch E-Government kaum durchstarten.

In der analogen Zeit haben allgemein anerkannte Spielregeln die Basis für den vertrauensvollen Umgang in der Gesellschaft gelegt. Offensichtlich lassen sich diese nicht deckungsgleich in die digitale Welt transformieren. Gleichwohl dürfte es auch künftig nicht ohne Vereinbarungen gehen, an

4 Studie Vgl.: https://www.divsi.de

die der Einzelne sich freiwillig hält - im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrags und zum Nutzen für die Gesamtheit.

DIVSI-Schirmherr Roman Herzog hat es so formuliert: „Die Ethik des digitalen Zeitalters kann von der bisher gültigen Ethik zwar das eine oder andere lernen, sie wird aber in vielen Fragen ganz neue, bisher unbegangene Wege gehen müssen." Der frühere Bundespräsident hat den Gedanken für Internet-Regeln bereits 2013 in die Diskussion geworfen und den passenden Begriff geprägt: digitaler Kodex.

Seit gut zwei Jahren arbeiten wir an diesem Projekt. Die beteiligten Experten sind sich einig, dass ein solches freiwilliges Instrument den Umgang mit der digitalen Welt insgesamt auf eine höhere, neue Warte heben und unserer Welt auch im digitalen Zeitalter eine sichere Führung geben kann. Wir denken an soziale Normen als verbindliche Spielregeln für ein eigenverantwortliches Verhalten – sowohl für den Einzelnen als auch für die großen Player.

Ziel muss eine Übereinstimmung sein, die von einer breiten Mehrheit getragen und akzeptiert wird. Ein Kodex wird sich nur durch überzeugte Freiwilligkeit einführen lassen. Dazu ist auch ein Konsens zu zwei Problemen notwendig, denen wir uns in der zweiten Phase des Projekts widmen: Das „Recht auf Vergessenwerden" sowie „Big Data".

Mir scheint ein solcher Kodex noch aus einem anderen Grund wichtig. Niemand wird leugnen, dass die digitale Entwicklung direkte Auswirkungen auf unser berufliches und soziales Leben hat. Wir befinden uns in einem Umbruch. Keineswegs nur technisch.

Doch können wir darauf bauen, dass der Staat uns als Internet-User auf der Basis seiner Möglichkeiten Schutz bieten kann? Taugt das Grundgesetz für das digitale Zeitalter?

Wenn staatliche Stellen heute in Sachen Internet aktiv werden, ist es oft zu spät. Mit dem Lorenz-von-Stein Institut haben wir das Fundament unserer Demokratie unter diesem Blickwinkel überprüft. Die Experten konstatieren, dass eine „Neujustierung rechtlicher Ordnung im Internet" notwendig ist. Ihr vorgeschlagener „Maßnahmen-Mix" beinhaltet u.a.: Internet-spezifische Grundrechte neu zu kodifizieren, Vollzug und Rechtsdurchsetzung zu stärken, die Schutzpflichtfunktion inhaltlich weiter zu entwickeln.

Es wird Zeit, Lösungen dafür zu finden, wie wir in unserer technologisierten Welt unter Wahrung der Würde des Einzelnen künftig miteinander umgehen können. Dabei sollten wir bedenken: In der Geschichte haben jene Gesellschaften gewonnen, die die Zukunft im Blick hatten und nicht jene, die nur das Vergangene bewahren wollten.

MATTHIAS KAMMER

ist seit November 2011 Direktor von DIVSI (Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet mit Sitz in Hamburg). Von 2004 bis Oktober 2011 war er zuvor Vorstandsvorsitzender von Dataport, dem gemeinsamen IT-Dienstleister der norddeutschen Bundesländer.
www.divsi.de

14

„Big Data“ und Datenschutz

VON DR. MORITZ KARG

„Big Data“ ist ein Schlagwort, ein Synonym für die Veränderung der Informationstechnologie. „Big Data“ steht für die Art und die Bedeutung des Umgangs mit Informationen in der heutigen Gesellschaft. Es ist das Reizwort, an dem sich die gesamte gesellschaftliche Diskussion um den Umgang mit Informationen, deren Vorteilen und den damit verbundenen Risiken kristallisiert. Nähert man sich dem Begriff von der technologischen Seite, handelt es sich „nur“ um den Umgang mit Datenmengen, „die zu groß oder zu komplex sind oder sich zu schnell ändern, um sie mit händischen und klassischen Methoden der Datenverarbeitung auszuwerten“ (Wikipedia). Nicht vollkommen unbedeutend ist das Ziel des Einsatzes dieser Technologie. Aus den vorhandenen, strukturiert und unstrukturiert gespeicherten Daten sollen Erkenntnisse, Korrelationen und Trends gewonnen werden, die mit herkömmlichen Methoden der Datenverarbeitung nicht erzielbar sind (sog. „Data-Mining“).

Zwar ist derzeit noch umstritten, wie viel „Big Data“ uns tatsächlich im täglichen Leben umgibt. Das hängt selbstverständlich auch immer von der Definition des Begriffes ab. Unbestritten ist jedoch, dass wir die Schwelle zur Nutzung dieser Technologie überschritten haben. Sie hat sich den Weg aus den Laboren der Ingenieure in die reale Welt gebahnt. „Big Data“ ist Teil unseres Lebens und wird auch nicht wieder verschwinden. Viele Dienste, die wir im täglichen Leben nutzen, basieren auf „Big Data“ Technologien. Dazu wird man vor allem Angebote wie „Google Now“, „Cortana“ von Microsoft oder „Siri“ von Apple zählen müssen. Also Dienste die uns in

„Big Data“ ist Teil unseres Lebens und wird auch nicht wieder verschwinden. Viele Dienste, die wir im täglichen Leben nutzen, basieren auf „Big Data“ Technologien.

der Planung, Kommunikation und Interaktion unterstützen aber unser Handeln auch vorhersehbarer machen. „Big Data“ ist jedoch mehr. Es steckt in der Wettervorhersage, der Steuerung des Verkehrs, den Suchmaschinen oder in der Berechnung der Kreditwürdigkeit. Diese Beispiele zeigen die Breite des Einsatzes dieser Technologie und dessen unbestreitbare Vorteile für Einzelne und die Gesellschaft.

Diesen Vorteilen stehen, wie beim Einsatz von fast allen anderen Technologien auch, Risiken für das Individuum und der Gesellschaft entgegen. Zu nennen ist hierbei insbesondere die Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Also des Rechts, selbst über Art und Umfang des

Datenschutz als klassisches Abwehrrecht des Einzelnen gegen den Staat schützt nicht allein die Privatsphäre des Einzelnen. Es ist eine aktive Verpflichtung für den Staat sicherzustellen, dass bei jedem Umgang mit personenbezogenen Daten die Rechte der von der Datenverarbeitung Betroffenen Beachtung finden.

Umgangs mit den eigenen personenbezogenen Daten zu bestimmen. Bereits 1983 hat das Bundesverfassungsgericht dieses gerade unter den heutigen Bedingungen der Informationstechnologie an Bedeutung gewinnende Grundrecht aus dem Grundgesetz herausgelesen. Mittlerweile gilt das Recht auf Datenschutz europaweit und findet sich in Art. 8 der Europäischen Grundrechtecharta der Europäischen Union.

Datenschutz als klassisches Abwehrrecht des Einzelnen gegen den Staat schützt nicht allein die Privatsphäre des Einzelnen. Es ist eine aktive Verpflichtung für den Staat sicherzustellen, dass bei jedem Umgang mit personenbezogenen Daten die Rechte der von der Datenverarbeitung Betroffenen Beachtung finden. So müssen sich neben dem Staat auch Unternehmen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten

ihrer Kunden, Mitarbeiter, Nutzer etc. an die Vorgaben des Datenschutzes halten.

Das Bundesverfassungsgericht hat diesem Recht jedoch eine weitere Bedeutung beigemessen. Datenschutz ist auch eine Grundbedingung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

> Wer, so das Bundesverfassungsgericht, „nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegen-

Datenschutz beinhaltet somit eine individualschützende Funktion zur Bewahrung der Privatsphäre und der Handlungsfreiheit und ist zudem ein Strukturprinzip für eine demokratische und freiheitlich orientierte Gesellschaft.

> heit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. (...) Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das

> Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“[1]

Datenschutz beinhaltet somit eine individualschützende Funktion zur Bewahrung der Privatsphäre und der Handlungsfreiheit und ist zudem ein Strukturprinzip für eine demokratische und freiheitlich orientierte Gesellschaft. Eine derart ausgerichtete Gemeinschaft muss daher jede Technologie, die das Ziel hat, diese Freiheiten abzuschaffen oder sie zu beschränken, ablehnen.

Das Gericht hat aber auch noch eine weitere grundsätzliche Feststellung in dem Urteil getroffen. In einer auf Kommunikation und Interaktion ausgerichteten Gesellschaft kann das Recht auf informationelle Selbstbestimmung kein absolutes und unbeschränkt geltendes Recht sein. Einzelne müssen eine Beschränkung dieser Freiheit hinnehmen, wenn dies im überwiegenden gesellschaftlichen Interesse ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten und der daraus resultierende Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und Entscheidungsfreiheit Einzelner ist nur zulässig, wenn die Zustimmung der betroffenen Person vorliegt oder ein überwiegendes gesellschaftliches Interesse diesen Eingriff rechtfertigt. Das gesellschaftliche Interesse findet seinen Ausdruck in den durch den Gesetzgeber erlassenen Gesetzen und rechtlichen Vorgaben und stellt damit den Ausgleich zu den Individualinteressen her.

Grundlage dieses Ausgleichs ist die Analyse und Risikobetrachtung der Bedingungen moderner Datenverarbeitung. Sie wurde bereits vom Bundesverfassungsgericht 2008 vorgenommen. Danach ist unser Leben von einer Allgegenwärtigkeit digitaler Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von

1 Volkszählungsurteil, Urteil vom 15. Dezember 1983 · Az. 1 BvR 209/83 u.a., zu finden unter: https://openjur.de/u/268440.html

(personenbezogenen) Daten geprägt. Wer heutzutage am gesellschaftlich relevanten Leben teilhaben möchte, kommt nicht umhin, jederzeit und überall Datenspuren zu hinterlassen. Dabei liegt es nicht in der Kontrolle des Einzelnen, ob das Ergebnis menschlicher Handlungen digitalisiert wird. Es geschieht allein, weil man am gesellschaftlichen Leben teilhat. Eine Wahl hat man in der Regel nicht. So ist die heutige mobile Kommunikation ohne Erfassung der Standortdaten nicht denkbar. Moderne Autos erfassen hunderte von Informationen über unser Fahrtverhalten und den technischen Zustand, um die Funktionsweise der Assistenzsysteme, die der eigenen Sicherheit und der anderer Verkehrsteilnehmer dienen, sicherzustellen.

Wer heutzutage am gesellschaftlich relevanten Leben teilhaben möchte, kommt nicht umhin, jederzeit und überall Datenspuren zu hinterlassen.

Zweites Charakteristikum moderner Datenverarbeitung ist der extrem hohe Vernetzungsgrad. Informationen und Daten aus verschiedenen Quellen und unterschiedlichen Formaten können zusammengeführt werden. Eine Beschränkung der Zusammenführung aufgrund der Quellen, Art des Datums oder seines Formats stellt keine Hürde dar. Ohne weiteres ist man heute in der Lage, Klima- und Wetterdaten mit der Geotopologie eines Gebietes zu verschneiden, um daraus Erkenntnisse über den Ertrag von Ackerbau oder Überschwemmungsvorhersagen zu gewinnen, um diese z.B. zur Grundlage der Berechnung der Beiträge einer Ernteausfall- oder Elementarschadensversicherung zu machen. „Big Data“ Technologien wirken sich, auch wenn nicht direkt personenbezogene Daten verarbeitet werden, somit unmittelbar auf unsere Interessen aus.

Drittes Merkmal ist die Leistungsfähigkeit der heutigen Datenverarbeitungstechnologie. Nach dem Mooreschen Gesetz verdoppelt sich die Leistungsfähigkeit digitaler Datenverarbeitung alle 12 bis 24 Monate. Nicht nur das reine Handling der Daten verbessert sich. Die Rechenkapazität lässt es zu, Korrelationen zu erkennen und Prognosen zu erstellen, die über den konkreten Aussagegehalt der verarbeiteten Daten hinausgehen. Häufig wissen von den Ergebnissen selbst diejenigen nichts, deren Daten Gegenstand der Analyse sind. Man kennt das vom Arztbesuch. Die Laborwerte und die Bedeutung dieser für unser Leben kann nur der medizinische Experte interpretieren und die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Nur dass bei „Big Data“ das „Expertenwissen“ in den Algorithmen liegt und häufig diejenigen, die die Rechenprozesse anstoßen, deren Ergebnis selbst nicht kennen. „Big Data“ beantwortet Fragen, die noch nicht gestellt wurden und kann somit unser Leben determinieren.

Was muss der Staat somit sicherstellen, dass trotz der unbestreitbaren Vorteile der „Big Data“ Technologien der Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Betroffenen gesichert bleiben? An erster Stelle steht Transparenz und Beherrschbarkeit der eingesetzten Systeme. Dabei geht es nicht darum, dass wir alle im Detail verstehen, wie ein Algorithmus programmiert wird. Vielmehr müssen wir die Folgen des Einsatzes der Technologie für unsere Rechte und die Freiheit unserer Entscheidungsfindung kennen, um dadurch informierte Entscheidungen treffen zu können. Diese Entscheidungen müssen sich dann auch effektiv auf den Prozess der Analyse und des Einsatzes der Technologie auswirken. Vergleichbar ist diese Forderung mit dem Benutzen eines Autos. So muss der Fahrer nicht verstehen, wie es technisch dazu kommt, dass der Wagen beim Durchtreten des Gaspedals beschleunigt. Es reicht, dass der Fahrer weiß, welche Auswirkung der Einsatz des Gaspedals hat und welche Risiken, wie z.B. Unfälle und Umweltverschmutzung, dadurch drohen und eine Abwägung der Vor- und Nachteile eigenverantwortlich trifft.

Zweck des Datenschutzes ist die Gestaltung der Informations- und Kommunikationstechnologien in einer digitalisierten Welt. Jede und jeder soll über die Verwendung der eigenen Daten weiterhin eine eigenständige Entscheidung treffen können und in der Lage sein, selbst zu bestimmen, ob die mit der Verarbeitung verbundenen Risiken aus ganz individueller Sicht tragbar sind. Nur in den Fällen, in denen ein ganz überwiegendes gesellschaftliches Interesse besteht, darf den Betroffenen diese Entscheidung entzogen werden. Dieses Ziel kann jedoch nur durch ein entsprechendes staatliches Regelwerk, wie z.B. der Europäischen Datenschutzverordnung, erreicht werden. Deren Einhaltung muss dann effektiv kontrolliert und notfalls bei Verstößen auch sanktioniert werden.

Bundesverfassungsgerichtsurteile:

Volkszählungsurteil, Urteil vom 15. Dezember 1983 · Az. 1 BvR 209/83 u.a., zu finden unter: https://openjur.de/u/268440.html

Entscheidung zur Onlinedurchsuchung, Urteil vom 27. Februar 2008 - 1 BvR 370/07, zu finden unter: http://www.bundesverfassungs-gericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2008/02/rs20080227_1bvr037007.html

DR. MORITZ KARG

studierte Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und Rijksuniversiteit Utrecht. Von 2006 bis 2011 war er Referent und stellv. Referatsleiter des Referates „Datenschutz in der Wirtschaft, Telekommunikation und Telemedien“ am Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein. Seit 2011 arbeitet er als Referent für den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu den Themen E-Government, Telekommunikation und Telemedien, insbesondere Soziale Medien.
www.datenschutz-hamburg.de

15

Daten – der Rohstoff der Zukunft. Wie nutzen und bändigen wir die Datenflut?

EIN INTERVIEW MIT
MARCO MAAS
(AUGUST 2015)

Big Data ist heute als Schlagwort in aller Munde und verspricht Lösungen für viele Probleme. Big Data verheißt Big Business und Milliardenumsätze für die Wirtschaft, aber auch mehr Sicherheit und bessere Planbarkeit für die Politik. Allerdings weiß kaum jemand, was Big Data genau ist und was sich mit den vielen Daten erreichen lässt, denn wir stehen da immer noch am Anfang einer Entwicklung. Dan Ariely, Professor für Psychologie und Verhaltensökonomik an der Duke University in den USA, hat es wie folgt zusammengefasst: „Mit Big Data ist es wie mit Sex im Teenager-Alter: Jeder spricht darüber. Keiner weiß wirklich, wie es geht. Alle denken, dass die anderen es tun, also behauptet jeder, dass er es auch tut."

Nichtsdestotrotz werden auch schon heute fleißig Daten gesammelt. Unsere Datenspuren im Internet sind längst zu einer Art Währung geworden, die Unternehmen wie Google und Facebook groß gemacht hat. Die technischen Entwicklungen ermöglichen, immer mehr Daten zu sammeln und zu speichern. Jeder Klick lässt sich heute dokumentieren und durch Verknüpfung mit anderen Daten zu neuer Information verarbeiten. Das ist nicht ohne Risiko – von Datenmissbrauch, über Diskriminierung bis hin zu fehlerhaften Berechnungen und Prognosen. Doch es stecken für die Gesellschaft auch viele Chancen in Big Data. Marco Maas, Datenjournalist, erklärt, was sich mit den Daten machen lässt und wie sich Privatsphäre und Datenschutz verändern müssen.

Big Data – Das verwirrt und verängstigt so manchen Bürger. Was ist eigentlich Big Data?

Was Big Data ist, das weiß keiner so ganz genau. Jeder versteht darunter etwas anderes. Worauf man sich allgemein am ehesten einigen kann, ist folgendes: Wir können immer mehr Vorgänge in unserem täglichen Leben mes-

sen und diese Messungen irgendwie abspeichern und diese Daten dann analysieren. Momentan kommen dabei nicht immer nur sinnvolle Sachen heraus. Big Data ist zurzeit noch ein großes Versprechen, dass, wenn wir

Big Data ist zurzeit noch ein großes Versprechen, dass, wenn wir viel speichern, wir auch viel analysieren und daraus dann auch viel lernen können. Das ist aber ein Trugschluss.

viel speichern, wir auch viel analysieren und daraus dann auch viel lernen können. Das ist aber ein Trugschluss, denn es bringt nicht immer viel, alles zu speichern. Ich glaube aber, wenn man da mit gesundem Menschenverstand herangeht, kann Big Data der Gesellschaft schon helfen.

Was macht ein Daten-Journalist mit diesen Daten? Arbeiten Sie mit Big Data oder gibt es auch Small Data?

Als Daten-Journalist arbeitet man eher mit Small bis Medium Data, weil man meistens schon auf aufbereitete Daten zugreift. Der Daten-Journalist holt sich zum Beispiel Daten bei irgendeiner offiziellen Stelle und versucht dann, diese Daten gesellschaftsrelevant aufzubereiten. Bei Big Data geht es meist eher um Rohdaten, die ungefiltert abgespeichert werden, also zum Beispiel um Unternehmens- oder Umweltdaten. Auf diese Art von Daten greifen Journalisten nur selten zu. Wir setzen eine Stufe darüber an, wenn die erste Raffinierung der Daten schon erfolgt ist. Mit diesen Daten versuchen wir dann, unsere Geschichten zu erzählen. Und wie wir die Geschichten erzählen, das ist dann meist eine Datenanalyse, also gesellschaftlich relevante Fragen aus den Daten zu generieren oder mit entsprechenden Fragen an solche Daten heranzugehen und Antworten zu suchen. In der Vermittlung am Ende stehen dann für den Leser meist interaktive Info-Grafiken oder statische Grafiken.

Worin liegt Ihrer Meinung nach der Nutzen von Big Data für die Gesellschaft? Können die Daten die Demokratie verbessern?

Demokratie? Ich würde eher von Gesellschaft sprechen. Ein Beispiel wäre für mich die Smart City, also eine Stadt, in der es ganz viele Sensoren gibt, für die Parkraumbewirtschaftung oder auch den Verkehrsfluss. Hier kann Big Data helfen, die Stadt besser, demokratischer und lebenswerter machen. Die Sensoren können mir ganz praktisch helfen, den nächsten Parkplatz zu finden oder auch

Insgesamt kann Big Data Demokratie überprüfbarer machen, allerdings natürlich nur, wenn man die relevanten Daten abfragt und natürlich auch für alle zugänglich offenlegt.

zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln zu wählen. Für die Demokratie verbessern die Daten die Planung. Insgesamt kann Big Data Demokratie überprüfbarer machen, allerdings natürlich nur, wenn man die relevanten Daten abfragt und natürlich auch für alle zugänglich offenlegt. Welche Wohnungen werden zum Beispiel tatsächlich wo gebraucht? Wo fahren wie viele Radfahrer täglich entlang? Je mehr Informationen zur Verfügung stehen, desto besser kann dann auch die Stadtplanung funktionieren. Außerdem lassen sich Bürger besser befragen. Die große Crux ist dabei, wie man welche Daten abfragt. Wenn ich nur bestimmte Indikatoren nutze und

andere Daten einfach gar nicht abfrage, dann ist mein Bild natürlich unvollständig und ich stolpere in die Datenfalle.

Also ist die Frage, welche Daten man erhebt, entscheidend für den gesellschaftlichen Nutzen?

Ja, genau. Das Problem ist oft, dass Programmierer und Politiker unterschiedlich denken. Der Programmierer schaut, was er hat und was Punkte sind, die er abfragen kann und denkt sich vielleicht auch noch eigene aus. Dabei hat er immer im Hinterkopf, dass sich ein System auch immer erweitern lässt. Der Politiker schaut oft nur auf diese Daten als einen Status Quo und denkt sich, dass es nicht mehr gibt. Auf dieser Annahme treffen sie ihre Entscheidungen, weil sie davon ausgehen, dass der Programmierer ihnen schon die beste Datengrundlage liefert.

Wie groß ist das Risiko, durch falsche Algorithmen oder falsche Datenerhebung fehlerhafte Ergebnisse zu bekommen?

Pauschal ist das schwer zu sagen, aber ich denke, es gibt schon Risiken. Wenn man jetzt wieder das Beispiel Stadtplanung nimmt. Es soll ein neuer Stadtteil entstehen und wenn man nur bestimmte Menschen befragt und nur bestimmte Verkehrsdaten auswertet, dann besteht natürlich das Risiko einer Fehlplanung, weil man dann zum Beispiel nur Bürogebäude plant, obwohl eigentlich Wohnungen gefragt sind oder weil man Verkehrsdaten falsch auswertet.

Werden Fehlplanungen mit den Datenmengen von Big Data noch wahrscheinlicher, weil das noch komplizierter wird? Und ein Stück weit auch intransparenter, weil weder Politiker noch Bürger die Algorithmen hinter den Berechnungen wirklich verstehen können?

Ja, das schon. Das macht die „Datenversteher“ so wichtig, also die Leute, die vermitteln können zwischen den Fachleuten und den Laien und die auch die Unzulänglichkeiten des Systems verstehen. Was ich in meiner täglichen Arbeit relativ häufig merke ist, dass Datensätze zwar vorhanden sind, der Fehler dann aber ganz häufig im Detail liegt, sehr tief im Detail, so tief, dass meist kein Journalist und auch kein Politiker so genau hinschaut. Wenn jetzt jemand aus solchen Datensätzen beispielsweise einen Bericht für die Politik erstellt, dann werden die Zahlen so verarbeitet, dass sie aus einer bestimmten Betrachtungsweise heraus durchaus korrekt sind. Aber die, die dann diese Ergebnisse nutzen, die verstehen meist die Schritte vorher gar nicht. Das passiert zwangsläufig. Da muss man einfach genauer hinsehen. Das wird zukünftig noch ein großes Problem werden, denn je mehr Rechner da sind und je mehr Daten verarbeitet werden, je einfacher es wird, Daten abzufragen und zu verarbeiten, desto schwieriger wird es, aus den Daten die korrekten Rückschlüsse zu ziehen.

Dann brauchen wir mehr Datenversteher? Übersetzer für Daten?

Ja, das zum einen, aber auch Politiker müssen sich mehr als nur die fertigen Datenauswertungen ansehen, sie müssen eben auch verstehen lernen, wie diese Daten zustande gekommen sind.

Es gibt aber auch noch andere Risiken, oder? Die meisten Daten liegen heute in den Händen einiger weniger großer, meist amerikanischer Konzerne. Liegt darin ein Risiko?

Ich glaube, es besteht dann darin eine große Gefahr, wenn wir es den Konzernen überlassen. Ich glaube, der Weg über die Daten, über die Analyse von Big Data, ist der Weg in die Zukunft. Da führt kein Weg mehr dran vorbei. Das ist auch an sich eine gute Entwicklung, in der viele Chancen für positive Verbesserungen liegen. Aber ich glaube, wir haben ein grundlegendes Problem, wenn der Staat sich zurückzieht und es wenigen Konzernen überlässt, mit den vorhandenen Daten zu arbeiten. Ein Staat muss die Kompetenzen aufbauen und abschätzen können, ab wann gewisse Datensätze so wichtig sind, dass sie unter eine neutrale Obhut kommen müssen. Die Bestrebungen von Google beispielsweise, das Weltkulturerbe zu digitalisieren oder alle gedruckten Bücher, das ist erstmal gut. Aber die Frage ist ja, wem gehören dann diese Daten und will die Gesellschaft, dass ein auf Gewinn ausgerichteter Konzern die Hoheit über diese Daten hat? Ich glaube jetzt nicht, dass Google an sich böse ist, aber es ist ein Unternehmen und schon mal vom Prinzip her anders aufgestellt als eine öffentliche Bibliothek. Und hier muss man einfach neue Regeln finden. Dabei kann es nicht darum gehen, Google einfach zu zerschlagen. Es geht in erster Linie darum zu identifizieren, welche Daten für unsere Gesellschaft relevant sind und wie wir die zum Allgemeingut machen können, so dass mit denen dann jeder arbeiten kann.

Und wie ist das mit den persönlichen Daten, die jeder von uns Google oder Facebook zur Verfügung stellt? Für solche Konzerne sind Daten quasi eine Währung. Entsprechend wird zunehmend die Eigentumsfrage gestellt, also wem gehören die Daten eigentlich? Ist die Eigentumsfrage eine Chance auf eine neue Art von Datenschutz?

Ja. Wir müssen insgesamt über Daten anders nachdenken. Wichtig wäre erstmal, Transparenz herzustellen, damit ich weiß, wer welche Daten über mich besitzt und was die damit machen. Zurzeit ist es so, dass wir bei der Nutzung von Diensten wie Facebook mit der Zustimmung der ellenlangen AGBs dem Konzern erlauben, mit den Daten zu machen, was er will. Da muss es meines Erachtens in Zukunft Regelungen geben, mit denen die Unternehmen verpflichtet werden, uns genau zu sagen, was sie wann mit unseren Daten machen, denn die Unternehmen wissen gar nicht, was sie alles machen können und wollen, und können unmöglich vorhersagen, was zukünftig gehen können wird.

Wichtig wäre erstmal, Transparenz herzustellen, damit ich weiß, wer welche Daten über mich besitzt und was die damit machen.

Der zweite Punkt wäre dann tatsächlich die Möglichkeit, über die eigenen Daten zu verfügen. Ich sehe es als Aufgabe des Staates, ganz klare Regeln zu schaffen. In einer idealen Welt würde der Staat Regeln schaffen, die es dem Nutzer ermöglicht, Entscheidungen zu treffen, wann er wie und wie viele Daten preisgibt. Das Problem ist aber, dass die Politik momentan viel zu langsam ist, für die technologische Schlagzahl, die wir gerade erleben. Wenn man heute anfängt, sich mit Facebook zu beschäftigen und bis man eine entsprechende Regulierung gefunden hat, hat Facebook sich schon wieder weiterentwickelt oder ist vielleicht sogar vom Markt verschwunden und durch einen anderen Anbieter ersetzt worden.

Vielleicht brauchen wir daher so etwas wie eine Enquete-Kommission, die sich grundsätzlich mit der Frage beschäftigt, was man mit Daten machen kann und

welche Auswirkungen das auf die Gesellschaft hat und in der dann diskutiert wird, was gesellschaftlich relevant und wo Schutz notwendig ist.

Konzerne machen ganz viel mit Daten, aber der Staat ist auch aktiv – Schlagwort Vorratsdatenspeicherung. Was sind eigentlich Vorratsdaten? Und was kann man aus ihnen herauslesen?

Vorratsdaten sind die Daten, die über mein Kommunikationsverhalten gesammelt werden, in anonymisierter, teil-anonymisierter oder personalisierter Form. Das sind zum Beispiel Daten darüber, wo ich wann mit meinem Mobiltelefon war. Dazu gehören aber auch E-Mail-Daten – wer schreibt an wen. Prinzipiell besteht die Möglichkeit, das gesamte Kommunikationsverhalten zu speichern. Was alles gespeichert werden soll, das wird noch debattiert. Je nachdem, welche Daten man hat, lässt sich schon einiges heraus interpretieren. Wenn ich beispielsweise mit einer bestimmten Person immer nur abends kommuniziere, dann kann man davon ausgehen, dass es ein privater Kontakt ist. Der Inhalt der Kommunikation ist dafür meist gar nicht relevant. Wenn ich beispielsweise sehe, dass jemand öfters in Kontakt steht mit einem Facharzt und einer Klinik, kann ich daraus bestimmte Rückschlüsse ziehen. Und jeder Telekommunikationsanbieter hat eben auch Daten darüber, wo wir uns wann mit unserem Mobiltelefon aufhalten, und dafür müssen wir nicht mal damit telefonieren. Wenn ich diese Daten abgleiche mit Adressdaten, dann weiß ich recht genau, wo jemand wann war.

Müssen wir uns daran gewöhnen, dass sich die Grenzen der Privatsphäre verschieben? Bei der Volkszählung in den 80er Jahren gab es noch große Proteste. Die gibt es heute nur noch gegen die Vorratsdatenspeicherung. Gleichzeitig nutzen wir alle Google und Co. Stumpfen wir ab?

Wir müssen uns definitiv damit beschäftigen, wie wir Privatsphäre unter den neuen Bedingungen definieren. Privatsphäre ist eine Verabredung und das meist nur auf Landesebene. In anderen Ländern wird unter Privatsphäre zum Teil etwas ganz anderes verstanden. In den USA wird das Thema zum Beispiel sehr viel lockerer gesehen als hier in Deutschland. Ich glaube, wir müssen, vor allem auch weil Dienste wie Facebook und Google global agieren, auch unsere gesellschaftlichen Diskurse dahingehend führen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir diese ganzen kleinen Archipele der Privatsphären aufrecht erhalten können, wenn wir alle ein großes globales Netz benutzen.

Sie wissen sehr genau, was man alles aus Daten machen kann. Wie gehen Sie selber mit Ihren Daten um? Hat sich Ihre eigene Definition von Privatsphäre verändert?

Ich selber habe ein Smart Home, das heißt, meine Wohnung ist mit jeder Menge Sensoren ausgestattet und ich sammle jede Menge Daten, 10.000 Datenpunkte am Tag. Inzwischen kann ich zum Beispiel Krankheiten, also wenn ich krank im Bett liege, anhand meines Bewegungsmusters deuten. Bei mir war zum Beispiel eine witzige Erkenntnis, dass die Entschuldigung „ich habe die Bahn verpasst“, wenn ich in Wirklichkeit verschlafen habe, bei mir nicht mehr funktioniert, weil meine Kollegen auch auf den Datenbestand meines Smart Home zugreifen können und dann genau sehen, dass ich verschlafen habe. Und ich stelle fest, ich habe damit kein

Problem. Ich habe allerdings ein Problem damit, dass die Daten zum Teil dem amerikanischen Konzern gehören, dessen Sensoren ich nutze. Mich stört es nicht, dass meine Kollegen diese Daten sehen, aber ich würde auch nicht wollen, dass jedermann diese Daten sieht. Insgesamt ist mein Verständnis von Datenschutz und Privatsphäre vermutlich inzwischen schon ein anderer als allgemein üblich.

Wird Big Data unsere Gesellschaft verändern? Werden wir à la Orwells Big Brother unser Verhalten verändern, weil wir unter ständiger Beobachtung und Datenerfassung leben?

Ich glaube, der Orwellsche Überwachungsgedanke ist ein Konzept, das nicht zu der Realität passt, in der wir gerade leben. Es ist zwar eine Vision, die ich auch immer gerne bemühe, wenn ich etwas zu Überwachungsdaten erzähle, aber die Realität ist eine andere. Denn es ist nicht der Big Brother, der uns mit irgendeiner Intention überwacht, sondern es sind ganz viele, die nicht unbedingt Big Brothers sind, sondern die einfach Fischernetze auslegen und einfach mal schauen, was hängenbleibt. Da ist zurzeit gar nicht die Intention dahinter, dass du dein Verhalten änderst. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht eine Entwicklung in diese Richtung geben kann, wenn zum Beispiel die Krankenkassen in Zukunft überwachen, wie häufig ich mir die Zähne putze. So etwas wird vielleicht kommen. Ob das positiv oder negativ ist, das muss man dann im Einzelfall entscheiden. Wichtig wäre daher meines Erachtens, dass die Daten, die man privat halten will, auch privat bleiben und dass man sich auch noch aussuchen kann, welche Dienste man nutzt und welche nicht.

Insgesamt brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir mit Big Data und den Folgen umgehen werden, aber das muss eine Debatte sein, die nicht geprägt ist von der Angst, sondern die die Herausforderung sieht und realistische Lösungen sucht. Es muss eine Debatte sein, die sich auch nicht nur an einzelnen Konzernen wie Google orientiert, sondern das Thema generell angeht, eben mit der Frage, was Privatsphäre ist und wem die Daten gehören. Wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir das Big Brother-Problem kontrollieren können, aber gleichzeitig auch Daten für die gesellschaftliche Entwicklung nutzen können. Das ist eine riesengroße Aufgabe.

MARCO MAAS

ist Datenjournalist und Medienberater. Geschäftsführender Gesellschafter von OpenDataCity & datenfreunde GmbH. Begann seine Karriere bei der Lokalzeitung, baute dann die Online-Redaktion des NDR mit auf und ist ein Pionier im Bereich des Datenjournalismus. Für ihre Visualisierungen hat OpenDataCity diverse Preise gewonnen, u. a. Grimme Online Award, Online News Award, div. Lead-Awards u. a.
www.datenfreunde.com

Veranstaltungen

aus der Reihe „Die digitale Öffentlichkeit“ 2012 – 2015

Die Veranstaltungen bis 2012 finden Sie in Band I dieser Reihe:
http:/tiny.cc/digioeff_1 (PDF-Datei)

Alle aktuellen Termine und Themen finden Sie unter:
www.julius-leber-forum.de

Ihre persönliche Einladung erhalten Sie unter:
www.julius-leber-forum.de/kontakt

Zwischen analog und digital: Wo liegt die Zukunft unserer Demokratie?
Hamburg, 22. Februar 2012

Gast: Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Direktor des Hans-Bredow-Instituts und sachverständiges Mitglied der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Inhalt: *Das Internet verändert unseren Umgang miteinander, unser Verhältnis zum Staat, unsere Möglichkeiten, an demokratischen Prozessen teilzuhaben und auch unseren Alltag. Aber welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf unsere demokratischen Werte und unser Verhältnis zu Institutionen und Machtapparaten? Führen uns YouTube und „Liquid Democracy“ zu mehr Transparenz und Beteiligung oder verlieren wir immer mehr den Durchblick und die Motivation, uns für die Demokratie zu engagieren?*

Das digitalisierte Kinderzimmer - was das veränderte Medienverhalten mit uns macht
Hamburg, 24. Mai 2012

Gäste: Prof. Dr. Dieter Braus, Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie in Wiesbaden, Nils-Holger Henning, Kommunikationsleiter der Bigpoint GmbH

Inhalt: *Der Konsum von Medien prägt uns bereits in unserer frühen Kindheit. Er hat Einfluss auf unsere Sprache, unsere Impulsivität und unsere Aggressivität. Dabei sind die Auswirkungen analoger Medien wie Bücher weitestgehend bekannt. Doch welchen Einfluss haben jene digitalen Medien, die heute aus dem Kinder- bzw. Jugendzimmer nicht mehr wegzudenken sind? Wie beeinflussen zum Beispiel Computerspiele unser Verhalten? Unser Gehirn durchläuft einen individuellen Entwicklungsprozess, der im Mutterleib beginnt und mit dem Tod endet. Was aber passiert bei zunehmendem Medienkonsum im Gehirn und welche Auswirkungen hat das für den Umgang mit der Umwelt? Wie wirkt sich die Digitalisierung des Kinderzimmers auf die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und schließlich auf unsere Gesellschaft aus? Wie viel digitale Medien vertragen wir und wie unterscheidet sich ihr Einfluss auf unser Gehirn?*

Gerecht oder frei ? Über ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht
Hamburg, 31. Oktober 2012

Gäste: Matthias Politycki, Schriftsteller, Michael Seemann, Blogger, Hansjörg Schmidt, Sprecher für Medien und Internet der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Inhalt: *Der Streit um das Urheberrecht hat sich zu einem der zentralen Konflikte der digitalen Gesellschaft entwickelt. Urheber fürchten um ihre Existenz, Kulturschaffende erahnen den Untergang der diversifizierten Kulturlandschaft, Konsumenten sehen bei YouTube nur einen Hinweis statt des gewünschten Videos und Internetnutzer verteidigen die Freiheit des Internets. Die unterschiedlichen Interessen scheinen unversöhnlich.*
Viele Künstler haben einen Aufruf unterzeichnet, indem sie sich für die konsequente Beibehaltung und Respektierung des Urheberrechts aussprechen. Andere sind ganz im Gegenteil für eine Abschaffung des Urheberrechts zugunsten der Freiheit im Internet. Wie lassen sich digitale Nutzungspraktiken und der Schutz des geistigen Eigentums in Einklang bringen?

Internet & Partizipation – Chance oder Risiko für die Demokratie? Wie wir die politischen Beteiligungsmöglichkeiten im Internet nutzen
Hamburg, 30. November 2012

Gäste: Volker Gaßner, Redaktionsleiter Presse, Recherche und Neue Medien Greenpeace Deutschland, Lars Klingbeil, Mitglied des Bundestags und Obmann der SPD in der Enquêtekommission Internet und digitale Medien, Daniel Reichert, Liquid Democracy e.V., Prof. Dr. Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Inhalt: *Mit dem Internet wurde schon früh die Hoffnung verbunden, das neue Medium würde zu politisch besser informierten Bürgern und zu mehr Bürgerbeteiligung und damit auch zu einer partizipativen Gesellschaft führen. Skeptiker hingegen gehen davon aus, dass die bestehenden Barrieren zwischen Individuum und politischer Öffentlichkeit nicht technischer, sondern sozialer Natur sind und auch durch das Internet nicht aufgehoben werden können. Zwischen dieser Hoffnung und der Skepsis bewegen wir uns auch noch heute.*

Veranstaltungen

Mit dem Social Web sind neue Möglichkeiten entstanden, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen ebenso eingesetzt werden wie von Parteien oder von staatlicher Seite – von E-Petitionen bis Adhocracy, von Wikis bis zu Open Data. Was funktioniert? Wer beteiligt sich? Wie lassen sich Menschen online mobilisieren? Welchen Einfluss haben die neuen Online-Tools auf die politische Kommunikation, auf politische Entscheidungen und auf das politische System selbst?

(Eine Veranstaltung an der Universität Hamburg im Rahmen der Akademiekonferenz „Internet & Partizipation – Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet“ im Rahmen des "Forums Junge Wissenschaft" der Akademie der Wissenschaften in Hamburg.)

Arm, aber kreativ? Vom wirtschaftlichen Überleben im digitalen Zeitalter

Hamburg, 29. Mai 2013

Gäste: Tim Renner, Musikproduzent und Autor des Buches *Digital ist besser. Warum das Abendland auch durch das Internet nicht untergehen wird*, Benno Stieber, Vorsitzender des Verbandes Freischreiber e.V.

Inhalt: *Von der „digitalen Bohème“ ist viel die Rede und auch davon, dass die Kreativen in diesem Land finanziell kaum mehr über die Runden kommen. Das betrifft das Leistungsschutzrecht, aber nicht nur. Kreativität ist eine Ressource unserer Gesellschaft, weshalb die SPD eigens einen Kreativpakt beschlossen hat. Doch wer sind diese Kreativen überhaupt, welches Selbstbild haben sie und wie haben sie sich auf das digitale Zeitalter eingestellt? Ist das Internet der Untergang des kreativen Abendlandes - oder eben gerade nicht?*

Woher wisst ihr das und was macht ihr damit? Vertrauen und Sicherheit im Internet

Hamburg, 24. September 2013

Gäste: Horst Samsel, Abteilungsleiter im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Matthias Kammer, Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet

Inhalt: *Auch im Internet kann sich Freiheit nur entfalten, wenn Vertrauen in die Sicherheit herrscht. Zur Zeit ist aber fast nur noch von Bespitzelung, Spähprogrammen und Datenüberwachung die Rede. Das Sicherheitsgefühl nicht nur der Deutschen im Internet hat sich massiv verschlechtert. Zugleich gibt es einen merkwürdig anmutenden Widerspruch zwischen der Angst vor staatlicher Überwachung und dem freizügigen Umgang mit privaten Daten bei Facebook & Co. Woraus resultiert diese Diskrepanz? Und wie lassen sich Sicherheit und Vertrauen in der Informationsgesellschaft wieder herstellen? Was kann, was muss der Staat machen und wo müssen die Bürger/-innen selber verantwortlich handeln?*

Ohne Facebook keine Freunde? Persönliche Öffentlichkeiten im Social Web

Hamburg, 1. April 2014

Gäste: Dr. Jan-Hinrik Schmidt, Hans-Bredow-Institut, Dr. Gunnar Bender, Facebook Deutschland

Inhalt: *Mal ehrlich, haben Sie mehr als 300 Freunde? Auf Facebook ist das Normalität, dort liegt der Durchschnitt bei 342. Doch was bedeutet die Kategorie »Freund« oder »Freundin« in Zeiten des Social Webs? Wie verändert sich unsere persönliche Öffentlichkeit, wenn Algorithmen entscheiden, welche Nachrichten von welchen Freunden wir zu sehen bekommen? Führt das Internet dazu, dass unsere sozialen Beziehungen zwar zahlenmäßig mehr, aber gleichzeitig schwächer und unverbindlicher werden? Wie verändert sich unsere persönliche Kommunikation und welche Chancen liegen in der Vernetzung unserer Individualität?*

Frei und vernetzt? Wie die Digitalisierung unsere Arbeitswelten verändert

Hamburg, 28. August 2014

Gast: Dr. Jürgen Bönig, Museum der Arbeit und ver.di Hamburg

Inhalt: *Die Digitalisierung aller Lebensbereiche verändert auch unsere Arbeitswelten grundlegend. Sie führt zur Entwicklung völlig neuer Branchen; digitale Produkte und Dienstleistungen sind ein zunehmend wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auf der anderen Seite werden zahlreiche Branchen und Arbeitsplätze bedroht, weil Technologie heute nicht nur Erleichterung, sondern zunehmend Ersatz für die menschliche Arbeitskraft ist. Die Digitalisierung hat zudem enorme Auswirkungen darauf, wie, wann, wo, mit wem und woran wir arbeiten. Werden wir in Zukunft frei und selbstbestimmt arbeiten können, flexibel, an keine Zeit und an keinen Ort gebunden? Oder führen immer flexibler werdende Arbeitsformen dazu, dass wir nicht mehr zwischen Privatem und Beruflichem unterscheiden können? Wohin führt die Entgrenzung der Arbeit durch die ständige Erreichbarkeit? Was macht das mit den Menschen und was bedeutet das für die Rechte der Arbeitnehmer_innen?*

Open Data – offene Daten für eine bessere Demokratie?

Hamburg, 20. November 2014

Gäste: Christina Elmer, Datenjournalistin Spiegel Online/netzwerk recherche, Kirsten Wohlfahrt, Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V.

Veranstaltungen

Inhalt: *Open Data – das ist die Idee, öffentliche Daten für jeden frei zugänglich und nutzbar zu machen. Behörden und Ministerien, Parlamente und andere öffentliche Institutionen produzieren für ihre eigene Arbeit Unmengen von Daten – Umwelt-, Geo- und Wetterdaten, Verkehrs- und Haushaltsdaten, Statistiken, Protokolle, Gesetze, Urteile, Verordnungen und vieles mehr. In Hamburg gibt es seit Anfang Oktober das Internetportal transparenz.hamburg.de, auf dem die Stadt Dokumente und Daten veröffentlicht. Auch in anderen Bundesländern, auf Bundes- und EU-Ebene werden zunehmend öffentliche Daten frei zugänglich online gestellt. Doch was können Bürgerinnen und Bürger mit diesen Daten anfangen? Was machen Journalisten damit? Welches Potenzial haben die offenen Daten für die Demokratie?*

Big Data – der Rohstoff der Zukunft. Wie nutzen und bändigen wir die Datenflut?

Hamburg, 18. März 2015

Gäste: Dr. Moritz Karg, Mitarbeiter des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Marco Maas, Geschäftsführender Gesellschafter von OpenDataCity und Datenjournalist

Inhalt: *»Big Data« lautet das Schlagwort, das zumeist als Horrorszenario oder als Goldgrube diskutiert wird. Für die einen ist die immer größer werdende Datenmenge die dunkle Seite der Macht, in der Geheimdienste und Firmen wie Facebook und Google alles über uns wissen und die Privatsphäre zunehmend löchrig wird. Andere sehen den Nutzen von Big Data nicht nur für die Wirtschaft und die Geheimdienste, sondern auch für die Gesellschaft. Sollten wir, wenn wir die Welt immer besser analysieren können, nicht auch bessere Entscheidungen treffen können?*
Klar ist, wann immer wir im Internet surfen, chatten und mailen – wir hinterlassen jederzeit unsere Spuren. Hinzu kommen Daten von Unternehmen wie Versicherungen, Online-Shops und Telekommunikationsfirmen. Diese Spuren und Daten werden gespeichert, ausgewertet und natürlich auch verwertet. Und wir stehen heute erst am Anfang dieser Entwicklung. Welche Folgen hat Big Data für unsere Gesellschaft? Wo muss der Datensammlung und deren Verwertung Grenzen gesetzt werden? Wo kann Big Data helfen, die Gesellschaft positiv zu gestalten?

Journalismus im digitalen Zeitalter - schneller, vielfältiger, unter Druck

Hamburg, 17. Juni 2015

Gäste: Barbara Hans, stellvertretende Chefredakteurin von Spiegel Online, Prof. Dr. Volker Lilienthal, Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg

Inhalt: *Alle sind sich einig: eine demokratische Öffentlichkeit braucht guten Journalismus. Was aber bedeutet das in Zeiten, in denen die Digitalisierung die Medien und deren Nutzung fundamental verändert? Für viele Menschen ist das Internet längst zur Hauptinformationsquelle geworden. Neue Angebote erweitern das mediale Spektrum, etablierte Medien konkurrieren mit Blogs, YouTube und Twitter um die Aufmerksamkeit der Menschen. Für Journalisten erleichtert das Internet die Recherche und führt zugleich zu einer erheblichen Beschleunigung und erhöhtem Druck.*
Wie verändert die Digitalisierung den Journalismus? Ist Qualitätsjournalismus unter diesen Bedingungen noch möglich? Geht Schnelligkeit auf Kosten sorgfältiger Recherche? Welche Chancen liegen in der digitalen Medienwelt, in neuen Formaten und in der Interaktion mit den Nutzern? Welchen Wert hat Journalismus – und was muss der Demokratie guter Journalismus wert sein?

Politischer Protest im Internet - was bringt das Engagement per Mausklick?

Hamburg, 24. September 2015

Gäste: Gregor Hackmack, Gründer von Abgeordnetenwatch.de und Deutschlandchef von Change.org, Dr. Mundo Yang, Universität Siegen

Inhalt: *Wer sich heute bei aktuellen politischen Fragen engagieren will, der findet im Internet eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich direkt und einfach an politischen Protesten zu beteiligen. Eine E-Mail-Aktion von Greenpeace unterstützen, eine E-Petition auf Change.org starten, über Facebook-Gruppen oder Tweets seinen politischen Unmut äußern – schön längst findet Protest nicht mehr nur auf der Straße statt. Im Internet scheint politischer Protest schnell und unkompliziert zu sein. Eine Protestwelle folgt der nächsten.*
Das ruft auch Skepsis hervor. Lässt sich bei einem Mausklick wirklich von Engagement sprechen? Oder handelt es sich um „Slacktivism", um Faulpelzaktivismus, der weder wirkliches Engagement erfordert noch die Politik ernsthaft beeinflusst? Was bringt der Protest im Internet? Wird er wahrgenommen oder gehen die Botschaften in der Masse der Petitionen, Tweets und Facebook-Gruppen unter? Wer beteiligt sich da eigentlich und warum? Wo liegen die Chancen des Protests per Mausklick – und wo die Grenzen?

(Alle Angaben spiegeln den Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Veranstaltung.)

Impressum

REDAKTION UND HERAUSGEBER:
Dr. Kathrin Voss, Dr. Peter Hurrelbrink
für die Friedrich-Ebert-Stiftung

LAYOUT UND SATZ:
Susanne Wurlitzer (www.dreieinszwo.de)

DRUCK:
Bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

© 2015
Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
E-Mail: hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation of Quality Management): Committed to Excellence.

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der einzelnen Abschnitte die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

ISBN 978-3-95861-307-2

Fotonachweise:

Prof. Dr. Wolfgang Schulz, S.23
Foto: Hans-Bredow-Istitut

Eva-Maria Kirschsieper, S. 69:
Fotograf: Frank Ossenbrink

Matthias Politycki, S. 93:
Fotograf: Mathias Bothor

Andere: privat

EFQM
Committed to excellence

Das Internet ist zum festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Wir lesen die Zeitung auf dem Tablet, teilen unser aktuelles Befinden per Statusmeldung auf Facebook mit, kaufen online ein und unterstützen per Mausklick E-Petitionen und kommentieren auf Twitter die aktuelle Politik. Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle Lebensbereiche und stellt die Gesellschaft und die Politik vor immer neue Herausforderungen. Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf unsere Gesellschaft? Wie verändert sich unsere Demokratie? Welche Chancen stecken in der digitalen Kommunikation? Welche Risiken?

In Essays, Analysen und Interviews nähern sich die Autoren dieser Publikation diesen Fragen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, darunter Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Medienrechtler Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Bundestagsabgeordneter Lars Klingbeil, Datenschützer Dr. Moritz Karg, Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Vowe, Datenjournalist Marco Maas, Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Sigrid Baringhorst und viele mehr.

www.julius-leber-forum.de